

Chef vom Dienst
42-800/8971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/8971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 1. April 1988

Blatt 598

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Fahrgastinformationssystem für U 3 und U 6 (599)
- Neue Krankenpflegeschule für Stationsgehilfen (600)
- Neue Impfkation gegen Masern und Mumps (601)
- Hallenbad Döbling vorübergehend gesperrt (602)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Osterlämmer in vier Wiener Parks (nur FS)

Fahrgastinformationssystem für U 3 und U 6

Wien, 1.4. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie beschloß kürzlich einstimmig die Vergabe der Arbeiten für den Einbau eines Fahrgastinformationssystems auf den künftigen U-Bahn-Linien U 3 und U 6 sowie für die Leitstelle Karlsplatz. Die Gesamtkosten betragen 90 Millionen Schilling.

Dieses Fahrgastinformationssystem wird in Form einer zweizeiligen Anzeige über Fahrziel, Haltepunkt, Einschub von Schulzügen und ähnliches mehr Auskunft geben. (Schluß) pz/gg

Neue Krankenpflegeschule für Stationsgehilfen

Gesundheitsausschuß genehmigte Ausbildungslehrgang

Wien, 1.4. (RK-KOMMUNAL) In der Krankenpflege in den Wiener städtischen Spitälern treten zeitweilig immer wieder Engpässe auf, vor allem durch Schwangerschaften, Schutzfristen, Karenz-, Pflege- und Erholungsurlaube der Schwestern. Um mehr diplomierte Schwestern und Pfleger zur Verfügung zu haben, wird nun an der Krankenpflegeschule am Pulmologischen Zentrum der Stadt Wien ein Ausbildungslehrgang eingerichtet, der es geprüften Stationsgehilfinnen und -gehilfen ermöglicht, in zweieinhalb Jahren ein Krankenpflegediplom zu erwerben. Diesen neuen Ausbildungslehrgang hat der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen in seiner letzten Sitzung genehmigt.

Der zweite Bildungsweg für Stationsgehilfinnen und -gehilfen hat sich schon bisher sehr bewährt, da die Lehrgangsteilnehmer bei Lehrgangsbeginn im Durchschnitt bereits fünf Jahre lang in einem Krankenhaus oder Pflegeheim der Stadt Wien arbeiten; sie bleiben auch nach Erhalt des Krankenpflegediploms nahezu ausnahmslos bei der Stadt. Solche Ausbildungslehrgänge gibt es schon an den städtischen Krankenpflegeschulen in Lainz, am Franz-Josef-Spital und am Elisabeth-Spital. Insgesamt haben bisher 376 Stationsgehilfinnen und -gehilfen auf dem zweiten Bildungsweg ein Krankenpflegediplom erworben, 135 Pfleger stehen derzeit in Ausbildung. Der neue Lehrgang an der Krankenpflegeschule am Pulmologischen Zentrum wird im Herbst beginnen und 40 bis 45 Teilnehmer haben. (Schluß) sc/rr

Neue Impfkaktion gegen Masern und Mumps

15.000 Erkrankungen pro Jahr

Wien, 1.4. (RK-KOMMUNAL) Trotz der bestehenden Impfmöglichkeiten erkranken in Wien pro Jahr rund 15.000 Menschen an Masern, wovon sich 300 einer Spitalsbehandlung unterziehen müssen. Masern zählen ebenso wie Mumps zu jenen Kinderkrankheiten, mit denen sehr häufig Komplikationen etwa in Form von Gehirnentzündungen und Gehirnhautentzündungen verbunden sein können. So wurde seitens der Gesundheitsbehörden in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres eine zunehmende Zahl an Erkrankungen — zum Teil mit Komplikationen — registriert. In der kommenden Woche wird daher, wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag erklärte, in den Wiener Bezirksgesundheitsämtern wieder mit einer neuen Impfkaktion gegen Masern und Mumps begonnen. Geimpft wird in sämtlichen Bezirksgesundheitsämtern Dienstag und Freitag von 9 bis 11 Uhr, wobei in der „Außenstelle“ des Bezirksgesundheitsamtes 8., Schlesingerplatz 3, noch ein zusätzlicher Impftermin, jeweils Mittwoch von 10 bis 12.30 Uhr, besteht. Ferner gibt es die Möglichkeit, sich in der „Nachmittags“-Impfstelle 1., Neutorgasse 18, jeweils Donnerstag von 15 bis 17 Uhr impfen zu lassen. In Wien ist die kombinierte Masern-Mumps-Impfung für Kinder vom 14. Lebensmonat bis zum vollendeten 6. Lebensjahr kostenlos. Für Kinder über 6 Jahre bzw. Erwachsene beträgt der Kostenbeitrag 60 Schilling.

Erkrankungsquote liegt bei 90 Prozent

Der kombinierte Impfstoff — dabei handelt es sich um eine einmalige Impfung — bietet mindestens zehn Jahre Schutz gegen beide Krankheiten. Die Impfung ist vor allem für Kinder im zweiten Lebensjahr gedacht, wobei der günstigste Zeitraum beim vollendeten 14. Lebensmonat liegt. Eine Altersgrenze nach oben gibt es nicht. Nach Auskunft der Gesundheitsbehörden liegt die Erkrankungsquote für Kinder an Masern bis zum 10. Lebensjahr bei über 90 Prozent. Im Laufe dieser Erkrankung kommt es sehr häufig auch zu Lungenentzündungen oder zu Gehirnentzündungen. An Mumps hingegen erkranken wesentlich weniger Kinder, doch kann es auch hier zu verschiedenen Komplikationen, wie etwa Gehirnhautentzündungen oder Gehörschädigungen, kommen. Erkrankt ein Erwachsener an dieser Kinderkrankheit, kann es zu Entzündungen der Geschlechtsorgane kommen, wobei Männer im besonderem Maße gefährdet sind.

Auch Abendimpftermine möglich

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher appellierte anlässlich der bevorstehenden Impfkaktion vor allem an die Eltern, von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch zu machen und ihre Kinder durch eine Impfung rechtzeitig zu schützen. Neben den bereits genannten Impfterminen bietet das Gesundheitsamt auch noch Abendimpftermine an: In der Spezialambulanz 10., Gellertgasse 42-46, Mittwoch von 17 bis 19 Uhr, in der Mutterberatungsstelle 21., Freytaggasse 32, Donnerstag von 17 bis 19 Uhr sowie im Bezirksgesundheitsamt für den 21. Bezirk, Am Spitz 1, jeden ersten Donnerstag im Monat und im Bezirksgesundheitsamt für den 22. Bezirk, Schrödingerplatz 1, jeden dritten Donnerstag im Monat, jeweils von 15.30 bis 17.30 Uhr. (Schluß) zi/rr

Hallenbad Döbling vorübergehend gesperrt

Wien, 1.4. (RK-KOMMUNAL) Das Hallenbad Döbling in der Geweygasse 6 im 19. Bezirk ist ab sofort bis 18. April vorübergehend gesperrt. Wegen der Vorbereitung der Eröffnung des Sommerbades am 1. Mai müssen größere Erweiterungs- und Anschlußarbeiten an technischen Einrichtungen des Hallenbades durchgeführt werden. (Schluß) du/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Druckerei der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 5. April 1988

Blatt 603

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Über 140 Millionen für Elektro- und Gleisbau bei der U 3 (605/FS: 4.4.)
- Pensionsrecht für Beamte wird Bundesregelungen angepaßt (606/FS: 4.4.)
- Landarbeitsordnungsnovelle liegt zur Einsichtnahme auf (607)
- Bausperre in einem Teil von Penzing (608)
- Frühjahrsputz vom 11. bis 16. April (610/611)
- Smejkal: „Im Werd“ wurde freiwillig geräumt (612)
- Der Arbeitsmarkt im März (613)

Kultur:

- 28 Millionen für Altstadterhaltung (604/FS: 2.4.)

Bezirke:

- Leopoldstadt: Für mehr Problemstoff-Sammelstellen (609)
- Sitzungen von Bezirksvertretungen (609)

28 Millionen für Altstadterhaltung

Wien, 2.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Der Altstadterhaltungsbeirat genehmigte Förderungen für denkmalpflegerische Arbeiten in der Gesamthöhe von rund 28 Millionen Schilling.

Zu den geförderten Objekten zählen vor allem historische Wohnbauten in verschiedenen Bezirken, aber auch vorstädtische Biedermeierhäuser. Als bekanntestes Gebäude wurde das Palais Auersperg für eine Förderung vorgeschlagen. (Schluß) gab/rr

Bereits am 2. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Über 140 Millionen Schilling für Elektro- und Gleisbau bei der U 3

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie erfolgte der einstimmige Beschluß über die Vergabe der Elektroinstallationsarbeiten bei der künftigen U-Bahn-Linie 3 von Erdberg bis zum Volkstheater. Die Kosten dafür belaufen sich auf 102,469.000 Schilling.

Weiters wurde einstimmig die Vergabe von Gleisbauarbeiten in den Bauabschnitten U 3/2 „Schlachthausgasse“ und U 3/3 „Kardinal-Nagl-Platz“ genehmigt, der finanzielle Aufwand dafür beträgt 41,800.000 Schilling. (Schluß) pz/rr

Bereits am 4. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Pensionsrecht für Beamte wird Bundesregelungen angepaßt

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Das Amt der Wiener Landesregierung hat einen Entwurf für ein Gesetz ausgearbeitet, mit dem die Pensionsordnung 1966 für Beamte der Gemeinde Wien geändert wird.

Ziel ist eine Anpassung an die vergleichbaren bundesgesetzlichen Regelungen und an die für den Bereich des Pensionsrechtes der Beamten gegebenen Erfordernisse.

Der Entwurf mit Erläuterungen liegt in den magistratischen Bezirksämtern bis 29. April zur öffentlichen Einsicht auf.

Die Einsichtnahme ist Montag bis Mittwoch und Freitag, von 8 bis 15.30 Uhr, und Donnerstag, von 8 bis 17.30 Uhr möglich.

Zum Entwurf können bei den magistratischen Bezirksämtern schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden. (Schluß) lf/rr

Bereits am 4. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Landarbeitsordnungsnovelle liegt zur Einsichtnahme auf

Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Der Entwurf der Wiener Landarbeitsordnungsnovelle 1988, mit der arbeitsrechtliche Veränderungen bzw. Anpassungen an das Arbeitsverfassungsgesetz durchgeführt werden sollen, liegt bis 23. April in den Magistratischen Bezirksämtern zur öffentlichen Einsicht auf. Die Einsichtnahme ist Montag bis Mittwoch und Freitag von 8 bis 15.30 Uhr und Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr möglich. Zum Gesetzesentwurf können in den Magistratischen Bezirksämtern schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden. (Schluß) hrs/gg

Bausperre in einem Teil von Penzing

Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Für einen Teil von Penzing, und zwar zwischen Westbahntrasse, Cumberlandstraße, Kaltenbachgasse, dem Wienfluß und der Verbindungsbahn, soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. Der Planentwurf liegt vom 7. April bis 5. Mai während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Für einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, der jetzt ausgearbeitet werden soll, wird überprüft, wie weit die zulässigen Gebäudehöhen und Widmungskategorien den Zielen für die Stadtentwicklung in diesem Bereich entsprechen. (Schluß) and/gg

Leopoldstadt: Für mehr Problemstoff-Sammelstellen

Wien, 5.4. (RK-BEZIRKE) Einstimmig wurden von der Leopoldstädter Bezirksvertretung zwei von der sozialistischen Fraktion eingebrachte Anträge angenommen: Mehr Sammelstellen für Problemstoffe und Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit in einem Teil des Praters werden verlangt.

Die bisher einzige Problemstoff-Sammelstelle am Karmelitermarkt hat sich bestens bewährt. Für viele Bezirksbewohner liegt sie jedoch aus der Hand. Die Bezirksvertretung will daher mehr Sammelstellen dieser Art, und schlägt Standorte am Volkertplatz und am Vorgartenmarkt vor.

Im Straßenzug Vivariumstraße/Sportklubstraße kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen für Fußgänger und Kraftfahrzeuge, weil sich der derzeitige Straßenquerschnitt im Kurvenbereich als zu groß erweist. Die MA 19 wird ersucht, Pläne für eine Umgestaltung auszuarbeiten. (Schluß) smo/gg

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Meidlinger Bezirksvertretung

Wien, 5.4. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Meidlinger Bezirksvertretung findet am kommenden Freitag, dem 8. April, um 14 Uhr, im Sitzungssaal 12, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock, statt. Neben der Behandlung von Anfragen und Anträgen stehen Sachkreditgenehmigungen auf der Tagesordnung. Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau

Mittwoch, den 13. April, findet um 16 Uhr im Amtshaus 7, Hermannngasse 24-26, eine Sitzung der Bezirksvertretung Neubau statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Döbling

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung für den 19. Bezirk findet am Donnerstag, dem 14. April, um 15 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvertretung, 19, Gatterburggasse 14, statt.

Sitzung der Floridsdorfer Bezirksvertretung

Die nächste Sitzung der Floridsdorfer Bezirksvertretung wurde von Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN für Dienstag, den 19. April, einberufen. Sie findet um 15 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorsteherung 21, Am Spitz 1, 2. Stock, statt. (Schluß) red/gg

Frühjahrsputz heuer vom 11. bis 16. April

Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL berichtete im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag über die Aktion „Frühjahrsputz“, die heuer vom 11. bis 16. April stattfindet. Wie jedes Jahr setzt die Stadtverwaltung zahlreiche Maßnahmen, um die letzten Reste des Winters aus dem Stadtbild zu entfernen. Selbstverständlich wird das ganze Jahr über für die Sauberkeit der Stadt gesorgt. Aber gerade im Frühling ist es im besonderen Interesse der Bewohner und Besucher Wiens, die unliebsamen Spuren des Winters zu beseitigen und die Stadt auf allen öffentlich zugänglichen Flächen, Parkanlagen, Gewässern, Waldwanderwegen, usw. verstärkt zu säubern. Schwerpunkte dieser Aktion werden beispielsweise die Beseitigung wilder Müllablagerungen, die Säuberung von Grünflächen, die Beseitigung des Streusplitts, die Reinigung der Straßen, die Ausbesserung der Schlaglöcher sowie die Beseitigung von „vergesse-nem“ Bauschutt sein. Als spezielles Service stellt die MA 48 den Kleingärtnern auf Wunsch kostenlos Mulden zur Verfügung.

Beim Frühjahrsputz wird nicht nur gereinigt, sondern auch repariert. So werden beispielsweise kaputte Spielgeräte und Bänke in den Parkanlagen ausgebessert, die Devastierungen auf den Wanderwegen beseitigt sowie kaputte Mistkübel repariert. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit werden die Ampelanlagen und Verkehrshinweistafeln sowie die Straßenbahnschienen und die Haltestellenbereiche gesäubert. Autowracks, die das Stadtbild verunzieren, und Sperrmüll, der mit Vorliebe im Wald deponiert wird, werden entfernt. Auch das Freizeitparadies Donauinsel wird im Frühjahr „geputzt“. Bei der öffentlichen Beleuchtung werden kaputte Lampen getauscht.

Wie jedes Jahr wird die Stadtverwaltung beim Frühjahrsputz von zahlreichen Organisationen, wie Feuerwehr, Bundesheer, Naturwächter, Kinderfreunde, usw. unterstützt. Auch die Schulen sind herzlich eingeladen, mitzumachen.

Planquadrat Wieden

Eine Schwerpunktaktion im Rahmen des Frühjahrsputzes wird im 4. Bezirk durchgeführt. Es wurde bereits eine Bestandsaufnahme über die durchzuführenden Arbeiten, wie z.B. Entfernung von Autowracks, Beseitigung von Schlaglöchern, Reparatur von Verkehrszeichen, Reinigung von Grundstücken etc. durchgeführt. Die Mitarbeiter des Mobilien Bürgerdienstes werden diesen Bezirk verstärkt überprüfen. Auch in den Bezirken Landstraße und Margareten wird der Frühjahrsputz verstärkt durchgeführt.

Schwerpunktaktion Höhenstraße

Im Zuge des Frühjahrsputzes wird auch an der Höhenstraße eine Schwerpunktaktion durchgeführt, an der sich mehrere Organisationen, z.B. die Kinderfreunde, beteiligen. Aber auch jeder Wiener Bürger kann mithelfen, den Wienerwald zu säubern. Mistsäcke und Gummihandschuhe werden von 11. bis 16. April an folgenden Stellen bereitgehalten:

Schottenhof
Fischerhaus
Heuriger am Cobenzl
Häuserl am Roan
Häuserl am Stoan
Grüaß di a Gott-Wirt

Die gesammelten Abfälle können auf einem der Parkplätze an der Höhenstraße deponiert werden. Sie werden noch am selben Tag abgeholt.

Forts. auf Blatt 611

Zwei Handbreit frei....

Den fleißigen Leuten von der Straßenreinigung können die Autofahrer bei ihrer mühsamen Tätigkeit helfen: Sie brauchen ihren Wagen nur ca. 20 Zentimeter vom Gehsteig weg parken, damit mit dem Besen auch das Rinnsal problemlos gekehrt werden kann.

Jeder kann beim Frühjahrsputz mitmachen

Eine saubere Stadt sollte eigentlich das Anliegen jedes ihrer Bewohner sein. Deshalb kann jeder einen aktiven Beitrag zum Frühjahrsputz leisten. Die Anlaufstelle für Meldungen über Autowracks, Schlaglöcher, verwahrloste Grundstücke, beschädigte Mistkübel, vergessene Baustoffe, kaputte Spielgeräte, usw. ist die Stadtinformation mit der Telefonnummer 438989, rund um die Uhr. Hauseigentümer mögen daran denken, daß die Gehsteige nicht nur im Winter zu reinigen sind.

... Und es ist auch schon ein kleiner Beitrag zur Reinhaltung der Stadt, wenn man die Bananenschale nicht ins Rinnsal, sondern in den Mistkübel wirft.
(Forts. mgl.) du/ke

Forts. von Blatt 610

Smejkal: „Im Werd“ wurde freiwillig geräumt

Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Freiwillig geräumt wurde Dienstag vormittag das von sieben Personen seit Donnerstag besetzt gehaltene Haus „Im Werd 19“. Dies berichtete Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL im Pressegespräch des Bürgermeisters. Es sei erfreulich, sagte Smejkal, daß man die „Besetzer“ der ehemaligen Notschlafstelle für Obdachlose überzeugen konnte, daß derartige Aktionen keine Lösung für die Probleme der Betroffenen brächten. Seit der Einrichtung der Notschlafstelle im ehemaligen Kinderheim „Im Werd“ habe Klarheit darüber bestanden, daß dieses Haus ab Anfang April der Behindertenorganisation „Jugend am Werk“ zur Errichtung von Wohn- und Therapieplätze zur Verfügung stehen würde.

Die Stadt Wien, unterstrich Smejkal, habe auch in diesem Fall auf ein positives Gesprächsklima Wert gelegt, könne jedoch derartige Protestaktionen wie die Besetzung eines Hauses nicht akzeptieren. (Forts.mgl.) jel/bs

Der Arbeitsmarkt im März

Wien, 5.4. (RK-LOKAL) Die Situation am Wiener Arbeitsmarkt hat sich Ende März 1988 etwas entspannt. Mit 45.682 Arbeitslosen gab es um 1.583 Arbeitslose weniger als im Februar, der Rückgang fiel bei den Männern mit 899 stärker aus als bei den Frauen mit 684. Die Wiener Arbeitslosenrate betrug im März 5,9 Prozent, um 0,2 Prozent weniger als im Februar.

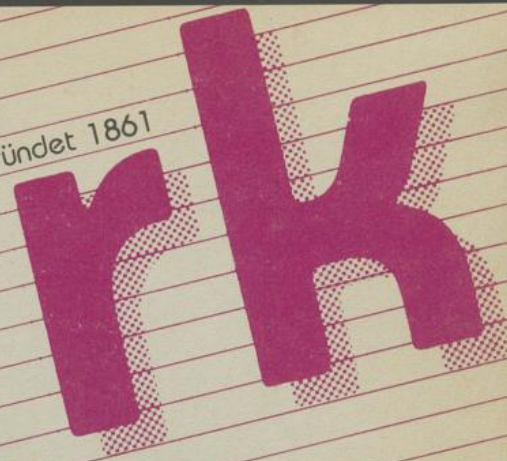
Gegenüber dem März des Vorjahres gab es jedoch noch immer eine leichte Zunahme der Arbeitslosenzahl um 177. Im Vergleich zu anderen Wintermonaten fiel die Zunahme im heurigen März geringer aus — in den Monaten vorher gab es immer ein Plus jenseits der 1.000er Zahl. Erfreulich war die Entwicklung am Sektor Bau — mit 4.227 Arbeitslosen lag die Zahl um 773 unter dem Wert vom März 1987. Bedenklich ist die Entwicklung im Sektor Metall-Chemie: mit 6.075 Arbeitslosen beträgt die Zunahme gegenüber dem heurigen Februar 125 und gegenüber dem März des Vorjahres 459.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen geht zurück. In der Altersgruppe zwischen 15 und 25 Jahren wurden 9.106 Arbeitslose registriert — um 503 weniger als im heurigen Februar und um 414 weniger als im März des Vorjahres. (Schluß) sei/ke

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex: 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 6. April 1988

Blatt 614

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Straßenbenennungen in Liesing (615)
- Koordinator für Weltausstellungspläne (616)
- Goldene Ehrenzeichen für Parlaments-Vizedirektoren (617)
- Schirmer: Keinen Keil zwischen Hundehalter und andere Menschen treiben! (618)
- Integration behinderter Kinder in der Schule (619)
- Straßenbauarbeiten auf der Nordbrücke, Reichsbrücke und der Großen Ungarbrücke (nur FS)

Kultur:

- ÖVP: „Theaterförderung in der Krise“ (620)

Straßenbenennungen in Liesing

Wien, 6.4. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß folgende Straßenneu- und Umbenennungen in Liesing: Der südliche Teil der Kalksburger Straße zwischen dem Kalksburger Kirchenplatz und dem Umkehrplatz nach ONr. 40 wird nach einer alten topographischen Bezeichnung in „In der Klausen“ umbenannt.

Die Siedlergasse zwischen der Altmannsdorfer Straße und der Kinskygasse wird nach dem Bürgermeister von Erlaa und Klubobmann der SPÖ Liesing, Alois PAKES (1899-1978), in „Pakesgasse“ umbenannt.

Die Verkehrsfläche, die durch die Umgestaltung der Einmündung der Anton-Baumgartner-Straße in die Erlaaer Straße entstanden ist, wird „Erlaaer Platz“ benannt.

Die Verkehrsfläche zwischen der Karl-Scheiber-Gasse und der nördlich gelegenen Mühlbreiten wird nach dem Dirigenten Prof. Dr. Josef KRIPS, Träger des Ehrenringes der Stadt Wien, in „Kripsgasse“ benannt.

Die Verkehrsfläche, die von der Anton-Baumgartner-Straße zum Block C des Wohnparks Alt-Erlaa führt, wird nach dem Bezirksvorsteher-Stellvertreter und Bezirksobmann der ÖVP Liesing, Ing. Alfred PRAUS, in „Prausgasse“ benannt.

Die Verkehrsfläche, die in Fortsetzung der Atzgersdorfer Straße die Südbahn unterfährt und bis zur Ziedlergasse reicht, wird ebenfalls in „Atzgersdorfer Straße“ benannt.

Das aufgelassene Teilstück der Atzgersdorfer Straße nördlich der Südbahn wird in die nach dem Gemeinderat und Bürgermeister von Atzgersdorf benannte „Ludwig-Kirschner-Gasse“ einbezogen.

Das abgetrennte Teilstück der Atzgersdorfer Straße und eine unbenannte Verkehrsfläche in Verlängerung dieses Teilstückes, beide südlich der Südbahn bis zum Kirchenplatz, werden nach dem Landschafts- und Vedutenmaler Alexander SCHERBAN (1886-1964) in „Scherbangasse“ benannt. (Schluß) gab/gg

Koordinator für Weltausstellungspläne

Wien, 6.4. (RK-KOMMUNAL) Die mögliche Bewerbung um eine gemeinsame Weltausstellung in Wien und Budapest 1995 erfordert auch im Bereich des Magistrats umfangreiche Vorarbeiten, um die notwendigen Grundlagen und Voraussetzungen zu schaffen.

Obersenatsrat Dr. Walter SKOPALIK wurde nun von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION mit der Koordination dieser Vorarbeiten betraut. Der Magistratsdirektor wies sämtliche Dienststellen an, dem Koordinator für Weltausstellungsangelegenheiten jede mögliche sachdienliche Unterstützung zu leisten.

Baudirektion: Dezernat für Stadterneuerung

Im Rahmen der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion wurde Anfang April ein eigenes Dezernat für Stadterneuerung eingerichtet, dessen Leitung Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Horst BERGER übernimmt. Hauptaufgabe des neuen Dezernats des Wiener Stadtbauamtes ist die Koordination der Stadterneuerungsmaßnahmen der städtischen technischen Dienststellen mit dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds. (Schluß) ger/bs

Goldene Ehrenzeichen für Parlaments-Vizedirektoren

Wien, 6.4. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichte Mittwoch Stadtrat Günther SALLABERGER an die beiden Parlaments-Vizedirektoren Dr. Eduard NEUMAIER und Dr. Reinhold RUCKSER.

Sallaberger unterstrich die hervorragende Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und dem Land Wien, zu der die beiden Ausgezeichneten über viele Jahrzehnte beigetragen haben. An der kleinen Feier nahmen auch der Vorsitzende des Bundesrates Univ.-Prof. Dr. Herbert SCHAMBECK und der 3. Präsident des Wiener Landtages Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN teil. (Schluß) lf/bs

Schirmer: Keinen Keil zwischen Hundehalter und andere Menschen treiben!

Wien, 6.4. (RK-KOMMUNAL) „Zur heutigen Aussendung von Frau Gemeinderat Ingrid KARIOTIS (FPÖ), die ja auch Mitglied des Gemeinderatsausschusses Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst ist, möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß die Hundefrage zwar ein wichtiges Problem, aber nicht die einzige Aufgabe meines Ressorts ist. Wie Frau Kariotis vielleicht nicht bekannt ist, liegen die Schwerpunkte meiner Arbeit unter anderem bei der Verbesserung der Nahversorgung, bei der Lebensmittelkontrolle bzw. beim Konsumentenschutz generell, bei der Hilfe für den Bürger, den Anliegen der Frauen, den Rechtsangelegenheiten, den Staatsbürgerschaftsfragen und natürlich auch beim Tierschutz und damit dem Hundeproblem. So sehr ich mir durchaus eine Schulung für Hundebesitzer/innen vorstellen kann, so sehr bin ich dagegen, diese jetzt grundsätzlich zu verteufeln und dabei zu vergessen, daß Tiere speziell für ältere Menschen oft der einzige Trost sind“: Das erklärte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Aussendung des FPÖ-Pressedienstes. Schirmer betonte dabei, daß — wie die Erfahrungen anderer Länder zeigen und auch österreichische Massenmedien berichten — Haustiere auch therapeutischen Zwecken dienen und es daher gerade jetzt nicht angebracht sei, einen Keil zwischen Hundehalter und andere Menschen zu treiben.

Schirmer wies in diesem Zusammenhang auch auf die diversen bereits durchgeführten Aktivitäten auf dem Gebiet der Hundehaltung hin — von Informationen für die Hundebesitzer, Gesprächen mit der Polizei und mit Tierschützern bis zum Projekt eigener Hunde-Auslaufplätze und der Propagierung eigener Hunde-Reinigungssets. Im Rahmen des Frühjahrsputzes werden zehntausend Hundebesitzer der Innenbezirke ein solches Reinigungsset zugesendet erhalten (die restlichen rund 50.000 Hundehalter bekommen ein derartiges Set ebenfalls, sobald die Erzeugerfirma mit der Produktion nachgekommen ist; dabei wird bewußt ein österreichisches Produkt genommen und nicht wie bisher ein Set aus Deutschland importiert).

Was aber die Importkontrolle betrifft, so scheint vergessen worden zu sein, daß diese von den Grenztierärzten durchgeführt wird, sagte Schirmer. Nach den bundesgesetzlichen Bestimmungen bzw. dem Tierseuchengesetz können jedoch Hunde mit entsprechendem Ursprungszeugnis und dem Nachweis der erforderlichen Impfungen importiert werden — die Kontrolle wird aber nicht vom Marktamt oder dem Veterinäramt, sondern von den Grenztierärzten vorgenommen.

Vergangene Woche war ebenfalls von Frau Gemeinderat Kariotis eine Kontrolle umweltgefährdender Betriebe bzw. eine Verlagerung der entsprechenden Kompetenzen zur Umweltpolizei gefordert worden. Auch hier wurde offensichtlich vergessen, daß in Wien bereits seit Jahren — es gibt dazu einen eigenen MD-Erlaß aus dem Jahr 1977 — Betriebe, in denen durch technische Fehler oder menschliches Versagen Schäden für Gesundheit bzw. Umwelt entstehen könnten, von der Gewerbebehörde bzw. Gewerbebehörde besonders streng überprüft werden, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/bs

Integration behinderter Kinder in der Schule

Wien, 6.4. (RK-KOMMUNAL) „In Wien kann jedes behinderte Kind in das Regelschulwesen integriert werden“, erklärte der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, Mittwoch in einer Pressekonferenz.

„Während in anderen Bundesländern das Einrichten von einzelnen Klassen, in denen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden, ein oft unlösbares Problem ist, bietet der Stadtschulrat für Wien ein flächen- und bedarfsdeckendes Integrationsmodell an“, sagte Matzenauer.

In Wien ist somit sichergestellt, daß kein behindertes Kind vom Besuch einer 1. Volksschulklasse ausgeschlossen wird. Es ist allerdings vor allem aus pädagogischen Gründen nicht sinnvoll, jedes behinderte Kind um jeden Preis in das Regelschulwesen einzugliedern. Daher bietet der Stadtschulrat für Wien allen Eltern, die bei der Schuleinschreibung den Wunsch nach Integration ihres Kindes äußern, eine speziell für ihren Fall zusammengestellte Expertenkommission zu einem Beratungsgespräch an.

„Damit ist sichergestellt, daß in Wien jedem Kind, speziell nach seinen Bedürfnissen, eine optimale Schulform angeboten wird“, schloß Matzenauer.

Für Eltern behinderter Kinder, die wissen wollen, ob ihr Kind auch in einer normalen Volksschule unterrichtet werden kann, hat der Stadtschulrat eine Beratungsstelle eingerichtet. Sie ist unter der Telefonnummer 83 36 11/219 DW erreichbar. (Schluß) ssr/gg

ÖVP: „Theaterförderung in der Krise“

Wien, 6.4. (RK-KULTUR) ÖVP-Gemeinderat Mag. Robert KAUER kritisierte am Mittwoch in einem Pressegespräch die Theaterförderung der Stadt Wien. Trotz des hohen Ausgabenrahmens sei eine Reihe von Bühnen überschuldet. Die Kreditzinsen für die Schulden dieser Theater seien für das Kulturbudget verloren. Kauer schlug eine Entschuldungsaktion für alle geförderten Theater aus Sondermitteln vor und regte die Schaffung eines Förderungsinstruments zur Vorfinanzierung von Theaterproduktionen — im besonderen der Freien Gruppen — an. Die Umbaukosten des Volkstheaters sollten durch die Eigentümer, Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer, gedeckt werden. Mit „Projekt-Hybriden“ wie der Revitalisierung des Neubäudes sollte Schluß gemacht werden.

Zum Ronacher sagte Kauer, hier gelte es, die Funktion des Theaters für die Zukunft zu definieren. Für die Stegreifbühne Tschauer sollten Interessierte eingeladen werden, sich um die Fortführung des Betriebes zu bewerben. (Schluß) gab/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Siege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus 3, Siege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien. Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 7. April 1988

Blatt 621

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk: Weltausstellung ist österreichisches Anliegen (627)

Kommunal/Lokal:

Namensänderung: 3.200 Schilling für Bundes-Stempelmarken (622/FS: 6.4.)

Ehrenzeichen des Landes Wien (623)

Bürgermeister-Appell zum Nichtraucherstag (624)

9. Wohngemeinschaft des Jugendamtes (626)

Stadt Wien: Einkauf umweltfreundlicher Produkte (628)

120 Millionen Schilling für neue Gemeindebauten (631)

Marathon: Maßnahmen der Verkehrsbetriebe (nur FS)

Kultur:

Südtirolwochen in Wien „Zwischen Tradition und Fortschritt“ (629)

Wirtschaft:

Hafenkran kann zwischen Freudenau und Albern „pendeln“ (625)

Wiener Hafen: Höherer Schiffsumschlag, mehr Schiffe (625)

Mayr: Entlastung der Straßen durch Container (630)

Namensänderung: 3.200 Schilling für Bundes-Stempelmarken

Wien, 6.4. (RK-KOMMUNAL) Zu der APA-Meldung vom Mittwoch, in der es um die von Frau Nationalratsabgeordneter Freda BLAU-MEISSNER gewünschten Namensänderung bzw. die dabei entstehenden Kosten geht, ist festzustellen, daß die entsprechenden Regelungen dafür im Namensänderungsgesetz des Bundes festgehalten sind. Wenn wichtige Gründe vorliegen, ist demnach eine Namensänderung möglich. „Was die Kosten betrifft, so entfällt der Großteil davon, dem Gebührengesetz entsprechend, auf Bundes-Stempelmarken, nämlich 3.200 Schilling“, betonte Stadträtin Christine SCHIRMER dazu. 1.500 Schilling beträgt die Verwaltungsabgabe, 120 Schilling kosten die Stempelmarken für den Antrag.

Da auch bei Staatsbürgerschaftsanträgen bzw. -verleihungen große Kosten entstehen, wurde bereits mit dem Finanzamt für Körperschaften Kontakt aufgenommen, von diesem jedoch auf die Gesetzeslage (das Gebührengesetz schreibt die entsprechenden Gebühren — mit Ausnahme von Mittellosigkeit usw. — vor) verwiesen. Weitere Gespräche speziell im Hinblick auf die Kosten bei Einbürgerungen müssen daher auf anderer Ebene geführt werden. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 6. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Mittwoch nachmittag im Wiener Rathaus Ehrenzeichen des Landes Wien an verdienstvolle Persönlichkeiten der Wiener Wirtschaft. Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Direktor Franz HERDIN, Kommerzialrat Karl KUPKA und Kommerzialrat Dkfm. Wilhelm MILLER. (Schluß) sei/bs

Bürgermeister-Appell zum Nichtraucheritag

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Der heutige Tag ist von der Weltgesundheitsorganisation unter dem Motto „Gesundheit für alle, alle für Gesundheit“ zum Nichtraucheritag erklärt worden.

Aus diesem Anlaß hat sich auch Bürgermeister Zilk in einem Rundschreiben an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller städtischen Dienststellen gewandt und an die möglichen Gesundheitsschäden erinnert, die durch Rauchen entstehen können, wobei auch die „passiven“ Raucher gefährdet seien. Er appellierte an alle städtischen Bediensteten, das Rauchen in den Amtsräumen nicht nur an diesem Tag zu vermeiden, sondern auch „in Hinblick zu beweisen, daß eine Änderung der Rauchgewohnheiten während der Dienstzeit ohne jeden Zwang erreicht werden kann“. (Schluß) red/rr

Hafenkran kann zwischen Freudenu und Albern „pendeln“

**Wiener Hafen ist auch für Spitzenbelastungen gerüstet –
Kosten des neuen mobilen Kranes 15 Millionen Schilling**

Wien, 7.4. (RK-WIRTSCHAFT) Mit einem mobilen Kran, der Lasten bis zu 32,7 Tonnen heben kann, komplettierte nun der Wiener Hafen seine technischen Anlagen. Der neue Kran vom Typ Liebherr LHM 1080, der 15 Millionen Schilling gekostet hat, ist vor allem für den Einsatz bei Spitzenbelastungen gedacht, außerdem dient er als Reserve bei Störung oder Wartung anderer Umschlagseinrichtungen. An Leistungsfähigkeit ist der mobile Hafenkran einem schienengebundenen aboslut ebenbürtig.

Ein mobiler Kran bringt aber mehrere Vorteile. Er kann auf allen befestigten Flächen des Hafengebietes eingesetzt werden, die Verstellung erfolgt im betriebsbereiten Zustand, also ohne Umbauten. Für das Verfahren durch Hallen kann der Kran „umgelegt“ werden, für den Transport zwischen den Hafenanlagen Freudenu und Albern sind nur geringe Umbauten bzw. Demontagen nötig.

Der neue mobile Hafenkran — übrigens einer der größten in europäischen Binnenhäfen — ermöglicht den Umschlag in allen Bereichen der Häfen Albern und Freudenu. Dies bedeutet eine wesentliche Steigerung der Leistungsfähigkeit und eine Erhöhung der Sicherheit.

Der mobile Hafenkran kann sowohl von der Turmkabine als auch von der Oberwagenkabine aus betrieben werden. Er ist mit einem Daimler-Benz-Dieselmotor mit einer Dauerleistung von 320 kW ausgestattet. Der Kran kann auch mit Motorgreifern für Schüttgut etc. ausgerüstet werden. Derzeit stehen Greifer mit einer Kapazität von 5 Kubikmetern und 3,5 Kubikmetern zur Verfügung. (Forts.mgl.) wh/bs

Wiener Hafen: Höherer Schiffsumschlag, mehr Schiffe

**Wien verzeichnete die größte Zuwachsrate –
In der Lagerhaltung die 100.000-t-Marke überschritten**

Wien, 7.4. (RK-WIRTSCHAFT) In den Binnenhäfen an der österreichischen Donau stieg im vergangenen Jahr der Schiffsumschlag um 1,4 Prozent, was die zunehmende Bedeutung der Donau als internationaler Handelsweg unterstreicht. Die größten Zuwachsraten verzeichnete der Wiener Hafen mit einem Plus des Schiffsumschlags von 3,5 Prozent auf insgesamt 1,728.126 Tonnen. Linz (Werks- und Stadthafen) verzeichnete eine Steigerung um 0,7 Prozent auf 4,860.403 Tonnen, Krems verzeichnete bei eine Plus von 1 Prozent einen Schiffsumschlag von 209.000 Tonnen.

Insgesamt kann der Wiener Hafen mit dem Geschäftsjahr 1987 zufrieden sein. Der Rekordumschlag im Wiener Ölhafen unterstreicht die Bedeutung der Anlage für die Versorgung der Bundeshauptstadt und der Ostregion. Zudem erwies sich der Ölhafen bei Havarien von Tankern im Raum Wien als gut abgesicherter Zufluchtsort. Mit einem Gesamtumschlag von mehr als 53.000 Containereinheiten (TEU) ist der Containerterminal im Hafen Freudenu einer der größten in Europa.

Eine günstige Entwicklung verzeichnete der Wiener Hafen im abgelaufenen Geschäftsjahr auch im Lagergeschäft. Erstmals wurde in der Lagermanipulation die 100.000-Tonnen-Marke überschritten, beim Palettenhandling wurde die Millionen-Marke überboten. (Forts. mgl.) wh/rr

9. Wohngemeinschaft des Jugendamtes

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Sozialpädagogische Wohngemeinschaften haben heute einen festen Platz im Betreuungsangebot des Wiener Jugendamtes. Die neunte derartige Einrichtung im 10. Bezirk, Otto-Probst-Straße 3, präsentierte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Donnerstag im Rahmen eines Pressegespräches. Neben Heimen und Pflegefamilien bieten diese Wohngemeinschaften eine weitere Möglichkeit, Kinder und Jugendliche, die nicht in ihrer Familie leben können, gezielt zu fördern, sagte Smejkal.

Wohngemeinschaften: Chance zur gesellschaftlichen Integration

Wohngemeinschaften sind für jene Kinder und Jugendliche vorgesehen, die den „Schutzraum eines Heimes“ nicht mehr benötigen und bei denen man weiß, daß sie die nächsten Jahre nicht in der Familie verbringen werden können.

Das Leben in einer Wohngemeinschaft setzt eine hohe Bereitschaft zu Initiative und sozialem Lernen, sowohl bei den Kindern als auch bei den Betreuern, voraus. Sie bieten für heranwachsende Kinder und Jugendliche die größtmöglichen Chancen für gesellschaftliche Integration.

Die Wohngemeinschaften des Jugendamtes sind kleine, überschaubare Wohneinheiten, in denen jeweils acht Kinder oder Jugendliche und vier Erzieher — zwei Frauen, zwei Männer — für die nächsten Jahre eine stabile Wohn- und Lebenssituation miteinander gestalten.

Die neue Wohngemeinschaft des Jugendamtes ist dem Charlotte Bühler-Heim angeschlossen. Durch gemeinsame Planung und Einrichtung der ca. 180 Quadratmeter großen Wohnung durch Erzieher und Kinder konnte die neue Wohngemeinschaft sehr familienähnlich gestaltet werden. Auch die Lage der Wohnung ermöglicht es, daß die Wohnumgebung von den Kindern so erlebt werden kann, wie sie diese auch mit ihren Familien erleben würden.

In den Sozialpädagogischen Wohngemeinschaften steht das lebensnahe Gestalten und das lebenspraktische Training für Kinder und Jugendliche im Vordergrund. Der Alltag in der Wohngemeinschaft ist dem in der Familie ähnlich.

Für die fünf Mädchen und drei Buben im Alter von 11 bis 16 Jahren, die alle bereits längere Zeit in einem Heim lebten, sind somit in der neuen Wohngemeinschaft die bestmöglichen Bedingungen gegeben, um in Ruhe und Kontinuität „groß“ zu werden.

Die Zahl der Kinder in Heimen konnte in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt und um die Hälfte reduziert werden. Waren 1970 noch 3.972 Kinder und Jugendliche in Heimen untergebracht, so mußten 1987 nur mehr 1.598 Kinder und Jugendliche in Heimen versorgt werden. Dazu hat der Ausbau der ambulanten Einrichtungen des Jugendamtes der Stadt Wien entscheidend beigetragen. Die Ausweitung der Pflegestellen hat dazu geführt, daß vor allem kleinere Kinder in Pflegefamilien untergebracht werden können. Im Jänner 1988 befanden sich 2.066 Wiener Kinder und Jugendliche auf Pflegeplätzen, wovon zwei Drittel im Kindesalter waren. (Forts. mgl.) jel/gg

Zilk: Weltausstellung ist österreichisches Anliegen

Linzer Interesse an Weltausstellung ist erfreulich

Wien, 7.4. (RK-POLITIK) Die Absicht der Linzer Stadtväter, sich an der für 1995 geplanten Weltausstellung Wien/Budapest zu beteiligen, wird von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßt. Zilk: „Für mich war die Weltausstellung immer ein gesamtösterreichisches Anliegen, ich freue mich über das Interesse aus Linz.“ Die zweimalige Durchführung der Olympischen Winterspiele in Innsbruck habe die Zustimmung aller Bundesländer gefunden, er könne sich auch für die Weltausstellung ein gemeinsames Vorgehen im Interesse Österreichs vorstellen, betonte Zilk abschließend. (Schluß) sei/bs

Stadt Wien: Einkauf umweltfreundlicher Produkte

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Der Zentrale Einkauf, die MA 54, die für die meisten anderen Dienststellen der Stadt Wien Büromaterial usw. besorgt, bemüht sich bereits seit längerer Zeit verstärkt auf umweltschonende Produkte bzw. Alternativprodukte umzusteigen. „Wir sind generell bestrebt, Produkte mit nach derzeitigem Wissen schädlichen Auswirkungen nicht zu beschaffen“, betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER dazu Donnerstag in einem Bericht im Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst.

So werden zum Beispiel bei allen Möbelausschreibungen Spanplatten der Emissionsklasse I vorgeschrieben, um die Formaldehydabgabe auf die empfohlenen Mindestwerte — sie betragen zehn Prozent der gesetzlich zulässigen Werte — zu verringern. Für Lackierung werden zunehmend lösungsmittelfreie Produkte gekauft, bei Lehrmitteln giftfreie lebensmitteltreue Farben verlangt. Bei Verpackungsbehältern aus Kunststoff werden Gebinde aus PVC möglichst nicht gekauft (ihr Anteil sinkt ständig und liegt derzeit nur noch bei 10 Prozent). Forciert werden Lieferungen mit Leihgebinden, um die Zahl der Verpackungsbehälter zu verringern bzw. sie mehrmals zu verwenden und so die Abfallmenge zu verkleinern. Seit rund zwei Jahren werden von der MA 54 Produkte, die Fluorkohlenwasserstoff als Treibgas enthalten, nicht mehr angeschafft. Auch beim Papierverbrauch wird immer mehr Altpapier eingesetzt. (Forts.mgl.) hrs/bs

Südtirolwochen in Wien „Zwischen Tradition und Fortschritt“

Wien, 7.4. (RK-KULTUR) Zwischen 7. und 30. April finden in Wien „Südtiroler Kunstwochen“ statt. Über das reichhaltige Programm informierten am Donnerstag Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und die Südtiroler Landesräte Dr. Anton ZELGER und Dr. Hugo VALENTIN in einer Pressekonferenz. Bürgermeister Dr. Zilk verwies auf die engen Beziehungen und Kontakte zwischen Wien und Südtirol. Zilk erinnerte daran, daß etwa an den Bauwerken an der Ringstraße zahlreiche Südtiroler Bildhauer tätig gewesen seien. Auch die Dreifaltigkeitssäule am Graben stammt von einem Südtiroler Bildhauer. Landesrat Dr. Zelger dankte der Wiener Bevölkerung für das große Interesse an Südtirol. Der Südtiroler Politiker meinte, ohne die materielle und ideelle Hilfe aus Österreich wäre es nicht möglich gewesen, die „Deutsche Kulturlandschaft“ in Südtirol aufrecht zu erhalten.

Ein Auszug aus dem umfangreichen Programm:

Freitag, 8. April

11 Uhr: Eröffnung der Ausstellung „Das Buch in Südtirol“ in der Österreichischen Nationalbibliothek

Montag, 11. April

19 Uhr: Votivkino, Vorführung des Filmes „Die Walsche“

Dienstag, 12. April

18 Uhr: Votivkino, Vorführung von sieben Kurzfilmen

Mittwoch, 13. April

19 Uhr: Bundesländerhaus, 1., Schenkenstraße 4, Dichterlesung mit Südtiroler Autoren

Donnerstag, 14. April

19 Uhr: Bundesländerhaus, 1., Schenkenstraße 4, Vortrag zum Thema „Die Geschichte Südtirols seit 1918“

Freitag, 15. April

19 Uhr, Bundesländerhaus, 1., Schenkenstraße 4, Lichtbildervortrag „Die Brixner Hofburg, ein Denkmal österreichischer Kunst und Geschichte“

Samstag, 16. April

19.30 Uhr: Konzerthaus, Chorkonzert des Südtiroler Sängerbundes.

Auskunft über alle Veranstaltungen der Südtirolwochen erteilt die Stadtinformation unter der Tel.Nr. 43 89 89. (Schluß) fk/bs

Mayr: Entlastung der Straßen durch Container

Planungsgesellschaft soll Grundlagen für den österreichischen Abschnitt eines Donau-Oder-Kanals erarbeiten

Wien, 7.4. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Eine Verstärkung des Containerverkehrs sei die vernünftigste Art, die Straßen zu entlasten, erklärte der Wiener Vizebürgermeister Hans MAYR bei der Inbetriebnahme des neuen mobilen Krans im Wiener Hafen. Durch den Ausbau des Containerverkehrs vergrößere sich die Chance, mehr als bisher auf Wasserstraßen und auf die Bahn auszuweichen.

Die Donau müsse als Transportweg mehr genutzt werden, daher habe man auch das Augenmerk auf einen Donau-Oder-Kanal zu richten. Der Vizebürgermeister kündigte eine von Wien und Niederösterreich getragene Planungsgesellschaft an, welche die Grundlagen für den österreichischen Abschnitt des Kanals erarbeiten soll. Es biete sich ein Stichkanal von Angern an der March nach Wien an, sagte Mayr, weil man bei dieser Lösung ohne Stauhaltung und Schleusen auskommt.

Man müsse in der Ostregion eine Aufbruchstimmung erzeugen, meinte der Vizebürgermeister und begrüßte die Absicht der Stadt Linz, sich an einer Weltausstellung zu beteiligen. Eine solche Ausstellung sei eine gute Möglichkeit, das Verhältnis zu den Nachbarn zu verbessern. Eine Weltausstellung sei daher auch keine Wiener, sondern eine gesamtösterreichische Angelegenheit. (Schluß) wh/rr

120 Millionen Schilling für neue Gemeindebauten

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) 120,6 Millionen Schilling für die Errichtung neuer Gemeindewohnbauten genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung in seiner Sitzung am Donnerstag. Zusätzlich wurden für den Wohnungsneubau Aufträge an die Wirtschaft im Wert von 41,9 Millionen Schilling beschlossen.

Für die Erhaltung bestehender Gemeindewohnhäuser sollen in nächster Zeit weitere rund 107 Millionen Schilling aufgewendet werden.

Der Gemeinderatsausschuß genehmigte schließlich auch die Vergabe eines Auftrages zur Errichtung von 25 Fahrtreppen in der künftigen U-Bahn-Station „Westbahnhof“ an eine Wiener Firma im Wert von 132 Millionen Schilling. (Schluß) ah/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 8. April 1988

Blatt 632

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Terminvorschau vom 11. bis 24. April (633)
- Provisorische Verlegung des Radweges beim Volksgarten (634)
- Umfangreiches Brückenwartungsprogramm läuft an (634)
- Rätselrallye für deutsche Reisebüro-Topmanager in Wien (635)
- Preisverleihung für „Wien im Blumenschmuck“ (636)
- Goldene Ehrenmedaille für Generaldirektor Flöttl (636)
- Pfannbauernquelle: Stollendurchschlag Wetterinstollen (637)
- Fernwärmeanschluß für Lainz (639)
- Verabschiedung von 170 Lehrpersonen (640)
- Fünf Millionen für Wasserbauarbeiten nördlich der Donau (641)
- Baumfällungen beim Wienfluß und beim Halterbach (nur FS)

Kultur:

- Renovierungsarbeiten im Eroica-Haus (638)
- Hermesvilla wegen Vorbereitungsarbeiten für Ausstellung geschlossen (638)

Terminvorschau vom 11. bis 24. April

Wien, 8.4. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 11. bis 24. April hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 11. APRIL:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales
11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 12. APRIL:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
13.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie
14.00 Uhr, Bgm. Zilk, StR. Sallaberger: Verabschiedung von in den Ruhestand getretenen Bediensteten (Rathaus, Festsaal)

MITTWOCH, 13. APRIL:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vzbgm. Mayr, Komm.-Rat Eduard Lang, Neugestaltung des Praters (Prater, Calafatiplatz, Kinderautodrom Sittler)

DONNERSTAG, 14. APRIL:

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Univ.-Prof. Dr. Irenäus Eibl-Eibesfeldt (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)

FREITAG, 15. APRIL:

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik
10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Edlinger an Min.-Rat Dipl.-Ing. Dr. Leopold Putz (Arbeitszimmer Edlinger)
10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Dr. Pasterk, Festwochen (Theater an der Wien)

MONTAG, 18. APRIL:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
18.30 Uhr, Eröffnung der Ausstellung Roda Roda (Z-Galerie, Operngasse 6) durch StR. Dr. Pasterk

DIENSTAG, 19. APRIL:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 20. APRIL:

14.00 Uhr, Überreichung des Silbernen Rathausmannes an Prof. Paul Peschke durch StR. Dr. Pasterk (Arbeitszimmer Pasterk)

DONNERSTAG, 21. APRIL:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß für Personal
11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung
19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Außenminister a.D. Dr. Erich Bielka (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)
19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding, Donauturm

FREITAG, 22. APRIL:

14.00 Uhr, Eröffnung Schönbornpark

SONNTAG, 24. APRIL:

Familiensonntag
10.00 Uhr, Wiener Waldtag, Schloß Wilhelminenberg (Schluß) ger/rr

Provisorische Verlegung des Radweges beim Volksgarten

Wien, 8.4. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Montag, den 11. April, machen Kabellegungsarbeiten der E-Werke im Bereich Dr.-Karl-Renner-Ring und Dr.-Karl-Lueger-Ring von der Bellaria bis zum Burgtheater eine Verlegung des Radweges hin zur Volksgartenmauer — in Form eines kombinierten Rad- und Gehweges — notwendig. Diese Regelung wird voraussichtlich bis Ende Mai aufrecht bleiben. (Schluß) pz/rr

Umfangreiches Brückenwartungsprogramm läuft an

Wien, 8.4. (RK-KOMMUNAL) Beginnend mit Montag, dem 11. April, werden im Rahmen eines umfangreichen Instandhaltungsprogrammes an allen Brücken über Donau, Donaukanal, Wienfluß (einschließlich der die U-Bahn überquerenden Objekte) sowie einigen anderen Brücken im Wiener Stadtgebiet zum Teil komplizierte Wartungsarbeiten durchgeführt.

Unter anderem wird das Entwässerungssystem mit Hochdruck durchgespült. Außerdem erfolgen nach der winterlichen Beanspruchung eine gründliche Reinigung und etwaige Reparaturen. Um den Verkehr möglichst wenig zu behindern, werden diese Arbeiten, die etwa einen Monat dauern werden, in den Nachtstunden durchgeführt. (Schluß) pz/bs

Rätselrallye für deutsche Reisebüro-Topmanager in Wien

Alle freundlichen Wiener sind um Hilfe gebeten

Wien, 8.4. (RK-LOKAL) Außergewöhnlich wißbegierige Wien-Besucher aus Deutschland werden am Montag, dem 11. April, von 14 bis 17 Uhr die Wiener Innenstadt bevölkern und so manchem echten Wiener eigentümliche Fragen über die Stadt stellen. Es sind Manager deutscher Reisebüros, die an einer vom Wiener Fremdenverkehrsverband organisierten Rätselrallye teilnehmen. Dieses Rätselspiel gehört zum Rahmenprogramm der Tagung des Deutschen Reisebüro-Verbandes „DER“, die von 11. bis 14. April in Wien stattfindet, und rund 850 Spitzenvertreter der deutschen Tourismusbranche in unsere Stadt bringt.

Um es den deutschen Reiseexperten nicht zu leicht zu machen, sind unter den 60 Fragen einige harte Nüsse, die ohne Hilfe kaum zu knacken sind. Es ist daher damit zu rechnen, daß sich Ratsuchende an Passanten und Geschäftsleute in der Innenstadt wenden. Der Wiener Fremdenverkehrsverband bittet alle freundlichen Wienerinnen und Wiener, dem Wissensdurst der Fragenden mit Verständnis und Hilfsbereitschaft zu begegnen. (Schluß) wfv/gg

Preisverleihung für „Wien im Blumenschmuck“

Wien, 8.4. (RK-KOMMUNAL) Den Preisträgern der Aktion „Wien im Blumenschmuck 1987“ überreichte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL Donnerstag abend ihre Gewinne. Im Rahmen dieses Wettbewerbs, an dem sich sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen beteiligen können, werden schön geschmückte Blumenfenster, Innenhöfe, Balkone, Vorgärten usw. bewertet. Die Jury besteht aus Gartenfachleuten. Die Aktion gibt es in teilweise veränderter Form bereits seit dem Jahr 1951.

An „Wien im Blumenschmuck 1987“ nahmen 830 Bewerber teil. Den ersten Preis, eine Woche Aufenthalt für zwei Personen auf der Blumeninsel Madeira, gewann Renate SCHWEIGER, den zweiten Preis, eine Kilometerbank für 5.000 Kilometer Bahnfahrt innerhalb Österreichs, gewannen Erika und Franz STEINER, und den dritten Preis, eine Kilometerbank über 2.000 Kilometer, erhielt Gertrude EXLER. Weitere Preise, unter anderem die Goldene, Silberne und Bronzene Rose, wurden von der Wiener Landwirtschaftskammer gestiftet.

Die Aktion „Wien im Blumenschmuck“ wird auch heuer wieder durchgeführt. Offizieller Auftakt wird der Blumenmarkt Am Hof, am 10. und 11. Mai, sein. Für nähere Auskünfte steht die Österreichische Gartenbaugesellschaft, 1, Parkring 12, Telefon 512 84 16, gerne zur Verfügung. (Schluß) du/rr

Goldene Ehrenmedaille für Generaldirektor Flöttl

Wien, 8.4. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte gestern, Donnerstag, abend im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung „Kunst in Südtirol“ in der BAWAG-Fondation an BAWAG-Generaldirektor Kommerzialrat Walter FLÖTTL die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Der Ehrung wohnten unter anderem Bundesminister Alfred DALLINGER und der Südtiroler Landeshauptmann Dr. Silvius MAGNAGO bei. (Schluß) red/rr

Pfannbauernquelle: Stollendurchschlag Wetterinstollen

Wien, 8.4. (RK-KOMMUNAL) Am Freitag nachmittag fand in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL der feierliche Durchschlag des Wetterinstollens für das Wasserleitungsprojekt Pfannbauernquelle in Mürzsteg-Dobrein in der Steiermark statt.

Der Wetterinstollen ist einer der drei Stollen im Zuge des Projektes Pfannbauernquelle. Er hat eine Länge von 8.080 Metern, der Lärchsteinstollen eine Länge von 2.595 Metern und der Scheiblingstollen eine Länge von 1.170 Metern. Der Stollenanschlag des Wetterinstollens war am 6. Oktober 1986 durchgeführt worden. Die Arbeitsbedingungen für die Vortriebsarbeiten im Stollen waren aufgrund der angetroffenen Gebirgsverhältnisse und Wassereintritte schwierig. Der Stollendurchschlag nach eineinhalb Jahren Vortriebsarbeiten von den Seiten Wetterin Ost und Wetterin West beruht auf exaktesten ingenieurtechnischen Berechnungen, wenn man bedenkt, daß die Stollenlänge rund acht Kilometer beträgt.

Ende 1988 Vollversorgung aus Hochquellenleitungen

Das Wasserleitungsprojekt Pfannbauernquelle ist von wesentlicher Bedeutung für die Trinkwasserversorgung Wiens. Das Wasser der Pfannbauernquelle wird in bestehende Anlagen des Schneesalpenstollens eingeleitet und gelangt über die I. Wiener Hochquellenleitung nach Wien. Somit wird Ende 1988 mit der Einleitung der Pfannbauernquelle in Normalzeiten die Vollversorgung der Wiener Bevölkerung mit Wasser aus den beiden Hochquellenleitungen gewährleistet sein.

Die Pfannbauernquelle entspringt im Gemeindegebiet von Gußwerk in der Steiermark, im Einzugsbereich der II. Hochquellenleitung. Aufgrund der Auslastung der II. Hochquellenleitung beschloß man, eine Verbindungsleitung zur I. Hochquellenleitung, die noch freie Kapazitäten aufweist, zu legen. Diese Leitung für das Wasser der Pfannbauernquelle hat eine Gesamtlänge von 20.757 Metern und führt zum größten Teil durch die bereits erwähnten Stollen. 250 bis 350 Liter pro Sekunde sprudeln aus dieser Quelle. Aufgrund der relativ hohen Lage der Quelle wird das Wasser nach Fertigstellung des Projekts auch zur Energiegewinnung im Rahmen eines Kraftwerks bei Hinternaßwald herangezogen werden. Die Fassung der Quelle erfolgte in den Jahren 1977/78. Die Gesamtkosten für das Wasserleitungsprojekt Pfannbauernquelle betragen rund 569 Millionen Schilling.

Somit werden Ende dieses Jahres rund 25.000 Kubikmeter bestes Hochquellenwasser pro Tag mehr als bisher in etwa 70 Zentimeter starken Leitungsrohren von der Pfannbauernquelle nach Wien fließen und dort für eine einheitliche Wasserqualität sorgen. Die schwierige Realisierung dieses Großprojekts unterstreicht aber auch die Bedeutung eines sinnvollen Wassergebrauchs. (Forts.mgl.) du/bs

Renovierungsarbeiten im Erolca-Haus

Wien, 8.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Die Renovierungsarbeiten im Erolca-Haus in der Döblinger Hauptstraße 92 dauern, nicht wie ursprünglich vorgesehen bis 11., sondern bis 18. April. Das Museum bleibt während der Dauer der Renovierungsarbeiten geschlossen. (Schluß) gab/rr

Hermesvilla wegen Vorbereitungsarbeiten für Ausstellung geschlossen

Wien, 8.4. (RK-KULTUR) Die Hermesvilla im Lainzer Tiergarten bleibt wegen Vorbereitungsarbeiten für die Ausstellung „Emilie Flöge und Gustav Klimt“ bis 29. April geschlossen. Die Ausstellung ist ab 1. Mai zu sehen. (Schluß) gab/rr

Fernwärmeanschluß für Lainz

Stacher: Fernwärme so bald wie möglich

Wien, 8.4. (RK-KOMMUNAL) Als „völlig falsch“ bezeichnete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER die von ÖVP-Gemeinderätin Hilde SCHILLING Freitag in einer Tageszeitung aufgestellte Behauptung, daß ein Anschluß des Krankenhauses bzw. Pflegeheimes Lainz an das Fernwärmenetz aus finanziellen Gründen nicht möglich wäre. Das Krankenhaus und das Pflegeheim werden vielmehr, wie Stacher betonte, zum ehestmöglichen Termin angeschlossen und mit umweltfreundlicher Wärme versorgt werden. Aufgrund der derzeit vorgesehenen Ausbauphasen der Heizbetriebe kann mit der Fertigstellung der Anschlußleitung bis zum Areal des Krankenhauses bzw. Pflegeheimes Lainz bis Ende 1989 gerechnet werden. Gleichzeitig werden seitens der Heizbetriebe im Laufe dieses Jahres innerhalb des Anstaltsgeländes die notwendigen Bestandsaufnahmen der vorhandenen heizungstechnischen Anlagen sowie die für den Fernwärmeanschluß erforderlichen Planungsarbeiten durchgeführt. Diese Planungsarbeiten, die unter anderem auch der Erhebung der erforderlichen Wärmekapazität dienen, werden voraussichtlich Ende 1988/Anfang 1989 abgeschlossen sein. Die anschließende Bauzeit für die Umstellungsarbeiten innerhalb des Anstaltsareals wird zirka zwei Jahre dauern, sodaß Anfang 1991 mit der Fertigstellung gerechnet werden kann. Dies alles müßte eigentlich die ÖVP-Gemeinderätin wissen, da dieser Zeitplan von ihm im Rahmen der Fragestunde des letzten Gemeinderates bereits bekanntgegeben wurde, sagte Stacher. Der vorgesehene Anschluß an das Fernwärmenetz im Jahr 1991 ist daher, wie der Stadtrat nochmals betonte, keine Frage der finanziellen Bedeckung, sondern abhängig von der technischen Anschlußmöglichkeit. Umso bedauerlicher seien daher — so Stacher — die von der ÖVP-Gemeinderätin aufgestellten falschen Behauptungen.

Derzeit umweltfreundliches Erdgas

Falsch ist allerdings, wie Stacher erklärte, auch die Behauptung, daß Lainz gegenwärtig von gewaltigen Koksverbrennungsanlagen gespeist werde. So wird das Krankenhaus Lainz seit 1978 durch ein zentrales Kesselhaus mit umweltfreundlichem Erdgas versorgt. Als Reserve besteht die Möglichkeit, die Anlage mit schwefelarmen Heizöl zu betreiben. Das Pflegeheim Lainz wird derzeit über dezentrale Kesselhäuser in den diversen Pavillons, teilweise noch mit Koks, teilweise mit schwefelarmen einprozentigem Heizöl, versorgt. (Schluß) zi/rr

Verabschiedung von 170 Lehrpersonen

Wien, 8.4. (RK-KOMMUNAL) In einer Feierstunde verabschiedeten Freitag Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK und der amtsführende Präsident des Wiener Stadtschulrates, Prof. Hans MATZENAUER, 170 in den Ruhestand getretene Lehrpersonen.

Im Rahmen der Feierstunde stellte Dr. Zilk fest, es gebe heute oft Schuldiskussionen, die einem, wenn man sie mit den enormen Schwierigkeiten zu Beginn der Zweiten Republik vergleicht, wie Scheindiskussionen vorkommen. Dennoch müsse man sachlich weiterdiskutieren, unter anderem den schweren Weg des Abbaues des Proporz. Er werde jedenfalls „seine Perestroika“ fortsetzen.

Präsident Matzenauer erinnerte daran, daß besonders im Lehrberuf pädagogische Höhen und menschliche Tiefen dicht beieinander liegen. Dennoch sei er aus vielen Gesprächen überzeugt, daß der überwiegende Teil der Lehrer ihre Berufswahl nicht bereut habe.

An der Verabschiedung nahmen auch Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL und der Vizepräsident des Stadtschulrates, Landtagsabgeordneter Dr. Wolfgang PETRIK, teil. (Schluß) ull/bs

Fünf Millionen für Wasserbauarbeiten nördlich der Donau

Gemeinderatsausschuß genehmigte die Mittel

Wien, 8.4. (RK-KOMMUNAL) Für verschiedene wasserbauliche Arbeiten im 21. und 22. Bezirk genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport Freitag insgesamt fünf Millionen Schilling. Damit werden vor allem Arbeiten an den Hängen des Bisambergs, an der Alten Donau und am Mühlwasser finanziert.

Im Zuge der Erhaltungsarbeiten an wasserbaulichen Einrichtungen im 21. Bezirk ist es erforderlich, die verschiedenen Bachläufe an den Hängen des Bisambergs sowie die Trockengerinne und deren Böschungen laufend zu säubern, von Müll, Gerümpel, Astwerk usw. zu befreien und von Verklausungen freizuhalten. Die Sickerteichanlagen müssen von Schlammablagerungen geräumt und verschiedene Pflasterflächen neu hergestellt beziehungsweise instandgesetzt werden, um sie bei starken Regenfällen nicht zu gefährden. Im 22. Bezirk müssen die Entlastungsanlagen der Alten Donau sowie die regelbaren Staustufen des Mühlwassers funktionstüchtig gehalten werden. Im Bereich der Donaualtarme sind die Sohl- und Ufersicherungen laufend zu ergänzen und Müllablagerungen zu entfernen, um die Erholungsfunktion zu erhalten. (Schluß) and/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 11. April 1988

Blatt 642

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Achtung: Wieder falscher Gaskassier unterwegs! (643/FS: 8.4.)
- Landaufenthaltsaktion beginnt im Mai (645/FS: 9.4.)
- Kunsth Handwerk im Kindergarten (645/FS: 10.4.)
- Brückenneubau über die Liesing fertiggestellt (647)
- Olivenöl: Werte weit unter den Richtgrenzen der BRD (650)
- 180.000 Schilling für „Lesen im Park“ (651)
- HAMPL-Fuchs: Die Zahl der Armen hat in Wien zugenommen (652)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- Musiker-Karikaturen von Mahler bis zur Gegenwart (644/FS: 9.4.)
- Schnitzlers „Leutnant Gustl“ im Historischen Museum (644/FS: 10.4.)
- Wiener Vorlesungen: Prof. Eibl-Eibesfeldt über die Evolution (649)
- Vortrag von Landeshauptmann Silvius Magnago (649)
- „Aspekte von Alltagsfaschismus“ — Veranstaltung im Historischen Museum (nur FS)

Wirtschaft:

- Donauzentrum: Umsatz über zwei Milliarden (648)

Sport:

- 5. Wien-Marathon: Sieg ging an Jugoslawien (646/FS: 10.4.)

Achtung: Wieder falscher Gaskassier unterwegs!

Bereits am 8. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 8.4. (RK-LOKAL) In Wien ist wieder ein falscher Gaskassier unterwegs, der versucht, den Leuten Geld herauszulocken. Gestern, Donnerstag, hatte er Erfolg: Ausgerüstet mit einem ausweisähnlichen Papier, Handschuhen, die er nicht ablegt, sowie einem Werkzeugkoffer, in dem sich nur ein Hammer befindet, verschaffte er sich Einlaß in eine Gemeindefwohnung im 20. Bezirk. Der älteren Dame schwindelte er vor, der Gaszähler sei defekt und müsse ausgetauscht werden. Dafür verlangte er ein Akonto.

Die Dame gab ihm Bargeld und einen Blankoscheck (!), wodurch der Gauner insgesamt 27.000 Schilling erbeutete. Heute versuchte der Betrüger sein Glück im 3. Bezirk, hatte aber keinen Erfolg: Die Wohnungsinhaber wurden mißtrauisch und brachten ihn ebenfalls zur Anzeige. Wegen der ständig getragenen Handschuhe konnte die Polizei keine Spuren sicherstellen.

Achtung: Wenn ein angeblicher Gaswerke-Bediensteter versucht, sofort Geld zu kassieren, kann es nur ein Betrüger sein! Die Gaswerke verlangen nämlich prinzipiell keine Barzahlungen, sondern Zahlungen mittels Erlagschein.

Jeder Gaswerke-Bedienstete muß seinen Dienstausweis bei sich haben: Ein grüner Ausweis in Führerscheingröße mit dem Stadtwappen auf der Vorderseite und der Aufschrift „Amtliche Dienstlegitimation“ mit folgenden Kennzeichen im Inneren: Dienstnummer, Name, Dienstgemeinschaft, Rundsiegel und Foto mit Prägestempel.

Die Gaswerke ersuchen, Personen, die sich als Gaskassiere ausgeben, aber nicht ausweisen können, sofort zur Anzeige zu bringen. Auf keinen Fall sofort bezahlen! (Schluß) roh/rr

Musiker-Karikaturen von Mahler bis zur Gegenwart

Ausstellung der Stadt- und Landesbibliothek

Wien, 9.4. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek zeigt bis September eine Wechsausstellung mit dem Titel „Musiker-Karikaturen von Mahler bis zur Gegenwart“.

Komponisten, Dirigenten, Virtuosen, Sänger und auch die Vertreter der „leichten Muse“ werden so dargestellt, wie sie namhafte Karikaturisten, unter anderem Benedikt F. Dolbin, Ludwig Unger, Berhard Leitner, Winnie Jakob, gesehen und gezeichnet haben. Darunter befinden sich auch einige sehr seltene Blätter, zum Beispiel zu Gustav Mahler, Richard Strauss, Arnold Schönberg, Anton Webern, Bela Bartok und Igor Strawinsky.

Die Ausstellung ist am Ausstellungsgang vor der Bibliothek, Rathaus, Stiege IV, 1. Stock von Montag bis Donnerstag, von 8 bis 18 Uhr, und Freitag, von 8 bis 16 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen.

Ein ausführlicher Katalog ist im Katalogzimmer der Bibliothek (Zimmer 333) kostenlos zu beheben. (Schluß) gab/bs

Bereits am 9. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Schnitzlers „Leutnant Gustl“ Im Historischen Museum

Wien, 10.4. (RK-KULTUR) Die Gruppe THEATRE COMEDIE führt im Historischen Museum der Stadt Wien das Stück „Leutnant Gustl“ von Arthur Schnitzler auf. Die Premiere findet am 15. April statt.

Weitere Aufführungen sind für den 16. und 17. April vorgesehen. Beginnzeit ist jeweils 20 Uhr. Karten sind an der Abendkasse ab 19.15 Uhr sowie telefonisch unter 65 87 47/Klappe 32, Montag bis Freitag, von 9 bis 12 Uhr, erhältlich. (Schluß) fk/rr

Bereits am 10. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Landaufenthaltsaktion beginnt im Mai

Anmeldungen ab sofort

Wien, 9.4. (RK-KOMMUNAL) Einen 14tägigen Erholungsurlaub bietet das Sozialamt der Stadt Wien — MA 12 — im Rahmen der Landaufenthaltsaktion, die im Mai beginnt. Teilnehmen können Dauersozialhilfebezieher, Besucher von Pensionistenklubs und, nach Maßgabe der freien Plätze, auch Pensionisten, die keinen Pensionistenklub besuchen. Anmelden kann man sich ab sofort beim zuständigen Sozialreferat.

Die Landaufenthaltsaktion wird heuer zum 37. Mal durchgeführt. Bisher nahmen an den insgesamt 2.703 Turnussen rund 109.500 Urlauber teil. Gedacht ist dieses Freizeitangebot, das den Teilnehmern heuer Urlaube im Burgenland, in Nieder- und Oberösterreich, in der Steiermark und in Kärnten bietet, vor allem für Senioren, die nicht mehr alleine auf Urlaub fahren können. In jeder Urlaubspension steht ein Betreuer zur Verfügung, der sich der Urlauber annimmt. Ebenfalls teilnehmen können Senioren, die Diätverpflegung brauchen, und Diabetiker. Der Landaufenthalt im Rahmen der Aktion des Sozialamtes dauert jeweils 14 Tage. (Schluß) jel/rr

Kunsth Handwerk im Kindergarten

Ausstellung vom 12. bis 19. April

Wien, 10.4. (RK-LOKAL) Vom 12. bis 19. April laden die Wiener Kindergärtnerinnen und Kindergärtner zu einer Ausstellung unter dem Motto „Kunsth Handwerk im Kindergarten“ in den Großen Saal der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, 9, Maria-Theresien-Straße 11, ein. Gezeigt werden Kunsthandwerk aus dem Kindergarten und historisches Spielzeug. Geöffnet ist die Ausstellung, bei der es einen Workshop, Basar und Kinderbetreuung gibt, jeweils von 10 bis 19 Uhr. (Schluß) jel/bs

Bereits am 9. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 10. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

5. Wien-Marathon: Sieg ging an Jugoslawen

Wien, 10.4. (RK-SPORT) Mit einem Sieg des Jugoslawen Mirko WINDIS (2:17:45 Stunden), der in einem packenden Finish den Österreicher Helmut SCHMUCK (2:17:50) auf Platz 2 verwies, endete am Sonntag der fünfte Wiener Stadtmarathon. Der Start war um 10 Uhr auf dem Wiener Rathausplatz mit dem Startschuß von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK erfolgt. Insgesamt hatten sich rund 6.500 Läufer am Marathon bzw. an den Volksläufen beteiligt. Zehntausende Wiener schauten den Läufern entlang der Strecke zu, die über den Ring zum Donaupark in den Prater und wieder zurück zum Ring zum Heldenplatz geführt hatte. (Schluß) fk/gg

Bereits am 10. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Brückenneubau über die Liesing fertiggestellt

Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge der Verbreiterung der Triester Straße im Abschnitt von der Autobahnabfahrt bis zur Eisenbahnbrücke (Hermannsweg) auf vier Fahrspuren in Richtung stadteinwärts wurde nunmehr, den Sicherheitserfordernissen für Fußgänger und Radfahrer Rechnung getragen, neben der Straßenbrücke ein eigener Übergang über die Liesing errichtet. Die mit einem finanziellen Aufwand von rund 1,1 Millionen Schilling in knapp sechsmonatiger Bauzeit fertiggestellte Liesingbachbrücke (offizielle Objektbezeichnung) besteht aus einer Stahlbetonkonstruktion mit Gußasphaltbelag von 17 Meter Länge und 3,60 Meter Breite. (Schluß) pz/bs

Donauzentrum: Umsatz über zwei Milliarden

**Steigerung von 23,3 Prozent –
Durchschnittlich mehr als 30.000 Besucher pro Tag**

Wien, 11.4. (RK-WIRTSCHAFT/LOKAL) Mit einer Umsatzsteigerung von 23,3 Prozent auf 2,153 Milliarden Schilling verzeichnete das Donauzentrum im 22. Bezirk im vergangenen Geschäftsjahr einen neuen Rekord und bewies gleichzeitig die Notwendigkeit der Erweiterung um rund 10.000 Quadratmeter Verkaufsfläche, die im Oktober 1986 mit dem Bauteil IV abgeschlossen worden war.

Die Entwicklung des Umsatzes im Donauzentrum:

1985 — 1.589 Millionen Schilling
1986 — 1.746 Millionen Schilling (+ 9,9 Prozent)
1987 — 2.153 Millionen Schilling (+ 23,3 Prozent)

Mit einem Umsatz von rund 45.800 Schilling pro Quadratmeter und Jahr behauptet das Donauzentrum auch im internationalen Vergleich eine sehr gute Position, im Jahre 1984 lag die „Flächenproduktivität“ bei 42.000 Schilling pro Quadratmeter. Die Einrichtungshäuser, die einen großen Flächenbedarf haben, drücken den Schnitt, der für einzelne Branchen Gruppen wesentlich höher liegt.

So beträgt der Umsatz pro Quadratmeter und Jahr:

Textil/Sport — 62.400 Schilling
Schuhe — 72.800 Schilling
Photo/Elektro/Hifi — 101.000 Schilling
Nahrungs-, Genußmittel, Imbiß — S 97.800 Schilling
Dienstleistungen — 105.400 Schilling

Allgemein ist auch die Besucherfrequenz gestiegen, die derzeit zwischen 30.000 und 35.000 pro Tag liegt. Stärkster Tag ist Freitag. Die stärkste Stundenfrequenzen verzeichnet man an Samstagvormittagen. Die übrigen Wochentage fallen aber nur geringfügig ab, was beweist, daß das Donauzentrum auch eine wichtige Funktion als Nahversorgungszentrum erfüllt und nicht nur einen Kaufkraftabfluß aus der Bundeshauptstadt verhindert.

Derzeit sind im Donauzentrum auf einer Gesamtverkaufsfläche von 47.900 Quadratmetern knapp über 100 Fach- und Dienstleistungsbetriebe untergebracht. Im Donauzentrum — einschließlich der angeschlossenen Büros — sind rund 1.700 Mitarbeiter beschäftigt. (Schluß) wh/rr

Vortrag von Landeshauptmann Silvius Magnago im Rathaus

Wien, 11.4. (RK-KULTUR) Der Landeshauptmann von Südtirol, Dr. Silvius MAGNAGO, hält am Mittwoch, dem 13. April, einen Vortrag zum Thema „Wie kann eine sprachliche Minderheit geschützt werden?“. Die Veranstaltung, im Rahmen der „Südtiroler Kulturwochen“ in Wien, findet im Wappensaal des Wiener Rathauses statt und beginnt um 17 Uhr. (Schluß) fk/bs

Wiener Vorlesungen: Prof. Eibl-Eibesfeldt über die Evolution

Wien, 11.4. (RK-KULTUR) Kommenden Donnerstag, den 14. April, spricht Univ.-Prof. Dr. Irenäus EIBL-EIBESFELDT im Rahmen der Wiener Vorlesungen zum Thema „Fallgruben der Evolution. Die Geschichte des Menschen zwischen Natur und Kultur“. Die Moderation dieser Veranstaltung, die um 19 Uhr im Stadtsenatssitzungssaal beginnt, hat Dr. Hubert Christian EHALT übernommen. (Schluß) fk/bs

Olivenöl: Werte weit unter den Richtgrenzen der BRD

Bei drei Sorten Spuren von PER bzw. TRI gefunden

Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) In der Bundesrepublik Deutschland war bekanntlich bei einigen Olivenölsorten PER bzw. TRI in einer Konzentration von bis zu 2,1 Milligramm gefunden worden. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien überprüfte daraufhin sofort in Wien erhältliche Olivenölsorten auf eventuellen PER- oder TRI-Gehalt. Bei drei Sorten fanden sich geringe Konzentrationen, unter 0,1 Milligramm. Konkrete Grenzwerte gibt es in Österreich nicht, in der BRD gilt Ware mit über 1 Milligramm PER/TRI als gesundheitsschädlich und wäre in diesem Fall zu beschlagnahmen.

Bei 17 Untersuchungen von Olivenöl-Proben, die die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien in den letzten Tagen durchführte, zeigte sich, daß der Großteil der in Wien erhältlichen Olivenölsorten frei von Perchloräthylen (PER) oder Trichloräthylen (TRI) ist. Bei drei Proben wurden jedoch geringe Mengen — zwischen 0,01 und 0,08 Milligramm (zum Vergleich: der BRD-Richtwert, oberhalb dessen dieses Öl als gesundheitsschädlich gilt, liegt bei 1 Milligramm) — PER und/oder TRI gefunden. „Die Konsumenten können selbstverständlich zu Recht erwarten, daß Olivenöl — und speziell kalt gepreßtes bzw. als *virgine oil* ja nicht einmal durch Pressung gewonnenes — frei von Lösungsmittelrückständen ist. Wir haben den betreffenden Firmen daher mitgeteilt, daß diese Ölsorten nach Meinung der städtischen Lebensmitteluntersuchungsanstalt nicht 'verkehrs-fähig' sind“: Das betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Gegen die Firmen wurde Anzeige wegen Verfälschung des Lebensmittels erstattet. Eine Gesundheitsgefährdung ist bei den geringen festgestellten Konzentrationen nicht gegeben.

Die Lösungsmittel PER und TRI, die unter anderem auch in Putzereien verwendet werden, sind fettlösende Chemikalien. Bei der Olivenölproduktion gibt es das Verfahren bei dem — sozusagen rein durch das Heruntertropfen des Öls aus Oliven-*virgine oil* gewonnen wird. Kalt gepreßtes Öl wird, wie der Name sagt, durch Pressung gewonnen. Aus den Resten dieser Pressungen wird jedoch unter Verwendung der Lösungsmittel PER oder TRI neuerlich Olivenöl durch Extrahieren gewonnen. Wird dabei schlampig abgedampft, können PER- oder TRI-Rückstände im Öl sein.

Zwei der Ölsorten, in denen in Wien Spuren dieser Chemikalien gefunden wurden, wurden speziell als „kaltgepreßt“ bzw. „aus Erstpressung“ angeboten und hätten theoretisch von der Produktionsweise her gar kein PER oder TRI enthalten können...

Auch Kakaoöl wird geprüft

Da in der BRD nun auch der Verdacht besteht, daß Kakaoöl (Kakaobutter, ein Bestandteil von Schokolade) ebenfalls Lösungsmittelrückstände enthalten könnte, untersucht die Lebensmitteluntersuchungsanstalt nun auch in dieser Richtung; Die entsprechenden Proben werden derzeit vom Marktamt gezogen. (Schluß) hrs/bs

180.000 Schilling für „Lesen im Park“

Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales beschloß in seiner Sitzung am Montag einstimmig einen Förderungsbeitrag in der Höhe von 180.000 Schilling für die Aktion „Lesen im Park“.

Diese Aktion findet seit sieben Jahren statt. Ziel dieses Projektes ist es, Kindern und Jugendlichen für sie geeignete Bücher dort nahezubringen, wo sie sich gerne und häufig aufhalten. Als Veranstaltungsorte haben sich zwei am Rande von Spielplätzen gelegene Räumlichkeiten im Kurpark Oberlaa und im Donaupark bewährt. „Lesen im Park“ ist seit 1983 auch in das „Wiener Ferienspiel“ integriert. (Schluß) ull/bs

Hampel-Fuchs: Die Zahl der Armen hat in Wien zugenommen

Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Die Armut hat in Wien zugenommen, erklärte ÖVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS am Montag in einem Pressegespräch. Es gebe zwar keine Definition des Begriffes „Armut“, sagte die ÖVP-Politikerin, aber an Hand einiger Indikatoren komme sie zu diesem Schluß: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger habe im Jahr 1987 240.000 betragen und sich damit seit 1982 verfünffacht. 1986 waren 22.000 Wiener Haushalte mit der Bezahlung der Gas- und Stromrechnungen im Rückstand, während die Zahl 1982 noch bei 14.600 lag. Auch die Zahl der Delogierungen aus Gemeindewohnungen habe zugenommen, und die Zahl der vorgemerkten Langzeitarbeitslosen steige dramatisch an. Fast 9.500 Menschen sind bereits mehr als ein Jahr arbeitslos, wobei besonders viele junge Menschen davon betroffen seien. Das Durchschnittsalter der Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr arbeitslos) liege bei 40 Jahren.

Zur Problematik der Obdachlosen in Wien — nach Schätzung der ÖVP-Politikerin leben zwischen 2.500 und 3.000 Obdachlose in der Bundeshauptstadt — sagte Hampel-Fuchs, man müsse alles tun, um die Obdachlosigkeit an sich gar nicht entstehen zu lassen. Obdachlosigkeit sei eine Provokation für die Politik und sei das Ergebnis des Versagens der Politik. Man müsse daher vorbeugend sowohl die Langzeitarbeitslosigkeit einbremsen wie andererseits finanziell leistbare Sozialwohnungen errichten. Dazu sollten auch jene Einrichtungen, die sich mit Obdachlosen befassen, besser unterstützt werden. Zur Schließung der Schlafstelle „Im Werd“ sagte Hampel-Fuchs, diese Notschlafstelle sei bewußt zeitlich befristet gewesen, und sie erwarte sich, daß die Verhandlungspartner der Stadt Wien diese Befristung auch akzeptieren. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr.
Samstag 10 bis 17 Uhr.
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr.
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus 3, Säge, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus 3, Säge, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 12. April 1988

Blatt 653

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Smejkal: Zahl der von Armut Bedrohten gesunken (654/FS: 11.4.)
- Statistische Mitteilungen: Ergebnis der Wiener Gemeinderatswahlen (656)
- 30. April: Erstmals Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal (657)
- Strom: Grüner Spartarif für Wien (658/659)
- Edlinger: Gemeinde Wien wird kein Bierlokalbesitzer (660)

Bezirke:

- Brigittenauer Bezirksvertretung: Verkehrssicherheit und Ausländerwahlrecht (655)

Smejkal: Zahl der von Armut Bedrohten gesunken

Vielfache Hilfsmöglichkeiten der Stadt Wien

Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) In einer Reaktion auf die Aussagen von ÖVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS zur Frage der Armut in Wien verwies Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Montag darauf, daß laut einer IFES-Studie die Zahl der von Armut bedrohten Menschen in Wien in letzter Zeit gesunken sei. Sozial Schwachen bietet die Stadt Wien zahlreiche Hilfsmöglichkeiten, die von finanziellen Zuwendungen bis zur entsprechenden Beratung bei Arbeitslosigkeit reichen. So wurde unter anderem die Hilfe für Familien mit Kindern und für Alleinerzieher in letzter Zeit verstärkt. Besondere Bedeutung wird der Betreuung von Familien zugemessen, die von Delogierungen bedroht sind, wobei die Zahl der Delogierungen — laut Hampel-Fuchs ein Indikator für das Ansteigen der Armut in Wien — im Jahr 1987 gegenüber 1986 gesunken ist.

Die verstärkte Beratung vor allem jugendlicher Arbeitsloser schlägt sich in einem hohen Prozentsatz derer nieder, die dadurch wieder Arbeit gefunden haben. In diesem Zusammenhang sind die Kurse für Langzeitarbeitslose zu erwähnen, die vom Verein Wiener Sozialdienste mit dem Arbeitsamt und der Magistratsabteilung 12 durchgeführt werden.

Die für 1987 ausgewiesenen Fälle, in denen Sozialhilfe gewährt wurde — es sind dies 160.000 und nicht, wie von der ÖVP angegeben 240.000 — sagen nichts über die Anzahl der Personen aus, die Sozialhilfe empfangen, sagte Smejkal. Während manchen Menschen über momentane soziale Engpässe hinweggeholfen wird, erhalten andere mehrfache Hilfen, die aber jeweils einzeln als Sozialhilfefall registriert werden.

Zur Frage der Obdachlosen sagte Smejkal, daß es nach verlässlichen Schätzungen in Wien rund 300 wirklich Obdachlose gibt. Dagegen stehen in der Bundeshauptstadt insgesamt 1.500 Notschlafstellen zur Verfügung. Im Falle der zeitlich befristeten Schlafstellen „Im Werd“ werde man so vorgehen, wie es mit den Betroffenen vereinbart worden sei. (Schluß) gab/bs

Bereits am 11. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Brigittenauer Bezirksvertretung: Verkehrssicherheit und Ausländerwahlrecht

Wien, 12.4. (RK-BEZIRKE) Die Verkehrssicherheit an neuralgischen Punkten des Bezirks zu verbessern, ist das Ziel einiger Anträge, die von der Brigittenauer Bezirksvertretung in ihrer letzten Sitzung beschlossen wurden: So wird verlangt, den Schulweg über die Hellwagstraße zum Allerheiligenplatz, falls nötig mittels eines ampelgeregelten Fußgängerüberganges, zu verbessern; im Kreuzungsbereich Klosterneuburger Straße — Leipziger Straße wirksame Markierungen bzw. Lichtsignalanlagen zu installieren; mittels Bodenmarkierungen in der Eduard-Brückner-Gasse eine Parkordnung festzulegen.

Angenommen wurde weiters der Antrag, daß der Gemeinderat zur Gewährung des passiven und aktiven Wahlrechts für ausländische Mitbürger initiativ werden möge. In der Brigittenau leben derzeit elf Prozent Ausländer.

Mehr Geld für Bücher

Einstimmig beschloß die Bezirksvertretung, daß künftig das Budget für den Ankauf von Büchern für die städtischen Büchereien nicht mehr gekürzt werden soll. Die Begründung: Gerade in einer Zeit, in der die elektronischen Medien immer mehr Einfluß gewinnen, müsse dem Lesen von Büchern entsprechendes Gewicht zukommen. Die heurige drastische Kürzung dieses Budgetpostens von 1,5 Millionen Schilling bedeute, daß auf den Kauf jedes fünften Buches verzichtet werden muß. (Schluß) smo/gg

Statistische Mitteilungen: Ergebnis der Wiener Gemeinderatswahlen

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Die neueste Ausgabe der „Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien“ bringt eine Zusammenfassung der Wiener Gemeinderatswahlen vom November 1987. Der Beitrag befaßt sich mit dem Wahlsystem, dem Wahlrecht und dem Ermittlungsverfahren und bringt die Ergebnisse der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen im einzelnen.

Wiener Statistikgesetz

Ein weiterer Beitrag ist dem neuen Wiener Statistikgesetz gewidmet. Das Gesetz ist mit 1. Oktober 1987 in Kraft getreten und regelt die Ermittlung, Verarbeitung und Veröffentlichung von Daten. Die „Statistischen Mitteilungen“, Heft 4/87, sind im Statistischen Amt der Stadt Wien, MA 66, Volksgartenstraße 3, 1016 Wien (Tel.: 42 800/3208) zum Preis von 50 Schilling erhältlich. (Schluß) red/bs

30. April: Erstmals Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Am Samstag, dem 30. April, hat der neue Kunst- und Kulturmarkt am Ufer des Donaukanals Premiere. Ähnlich wie in Paris soll das rechte Donaukanalufer zwischen Mai und September jeden Samstag von 14 bis 20 Uhr und jeden Sonntag von 10 bis 20 Uhr Platz für Antiquitäten und Kunstgegenstände, für Künstler, für kunstgewerbliche Waren und Blumen bieten. Keinesfalls aber soll dieser Kunst- und Kulturmarkt ein zweiter Flohmarkt werden. Das Marktamt, das auch die Anmeldungen entgegennimmt, wird daher strikt auf die Einhaltung der Marktordnung achten. Der Kunst- und Kulturmarkt — das Projekt wird gemeinsam mit Vizebürgermeister Hans MAYR, Stadträtin Dr. Ursula PASTERK, den Kammern und den entsprechenden Innungen realisiert — wird am 30. April und am 1. Mai erstmals stattfinden. Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER berichtete darüber Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Attraktion für Einheimische und Gäste unserer Stadt

Der Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal ist nicht nur ein weiterer Beitrag zur Belebung des Donaukanals, sondern auch eine neue Attraktion für die Wiener/innen und die Gäste unserer Stadt. Etwa zwischen Schottenring und Urania hat er auf der rechten (stadttinneren) Seite des Donaukanals seinen Platz. Zwischen Mai und September wird er jeden Samstag von 14 bis 20 Uhr (der 14-Uhr-Beginn war ein Wunsch der Gewerbetreibenden, die am Samstag vormittag ihre Geschäfte geöffnet haben und ab Nachmittag auf den Markt übersiedeln) und Sonntag von 10 bis 20 Uhr stattfinden.

Um zu vermeiden, daß der Kunst- und Kulturmarkt Flohmarktcharakter erhält, wurde mit einer Änderung der Marktordnung genau festgelegt, was am Markt am Donaukanalufer angeboten werden darf. Dabei unterscheidet man zwischen sogenannten Hauptgegenständen, also jene Waren, die in erster Linie verkauft werden sollen. Das sind Antiquitäten und Kunstgegenstände, kunstgewerbliche Waren, Bücher, Musikalien, Schallplatten und Musikkassetten bzw. diesen Bereichen entsprechende Altwaren.

Dazu, aber in kleinerem Umfang, können auch Souvenirartikel, Blumen bzw. Kunstblumen und Blumenarrangements sowie — zur Stärkung zwischendurch — kleine Imbisse (Lebensmittel, frisches Obst, aber nicht etwa Mehl, Zucker usw.) verkauft werden.

Der Kunst- und Kulturmarkt soll zwischen den einzelnen Marktbereichen natürlich auch Platz für Künstler/innen, die z.B. an Ort und Stelle Bilder malen und/oder verkaufen möchten, bieten. Da übereinstimmend festgestellt wurde, daß die Künstler keine Marktgebühren zahlen sollten, wurden für sie Bereiche vor und zwischen den einzelnen „Marktfleckerln“ — insgesamt bietet der Donaukanal-Markt Platz für 80 bis 90 Stände, es gibt heute schon wesentlich mehr Anmeldungen — freigehalten.

Die Anmeldungen für Gewerbetreibende, die sich am Kunst- und Kulturmarkt beteiligen wollen, erfolgen über das Marktamt, Wien 3, Am Modenapark 1-2, Telefon 723631, Sachbearbeiter: Oberamtsrat Robert Weinzettel, Klappe 249 Durchwahl.

Allerdings — und dafür wird gleich von vornherein um Verständnis gebeten: der Kunst- und Kulturmarkt soll das Flair eines echten künstlerisch-kulturellen Angebots haben. Das Marktamt wird daher genau auf die Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen achten und Waren, die nicht dem festgelegten Sortiment entsprechen, zurückweisen. Das bedeutet, daß Anmeldungen mit anderen Waren als den Haupt- und Nebengegenständen nicht angenommen werden können. Auch auf dem Markt selbst wird es entsprechende Überprüfungen geben, um zu verhindern, daß z.B. alte Kleider, Schuhe usw. verkauft werden — derartige übliche Altwaren bleiben nach wie vor auf den Flohmarkt beim Naschmarkt beschränkt. (Forts.mgl.) hrs/ke

Strom: Grüner Spartarif für Wien

Vorschlag der E-Werke liegt vor

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Wien soll einen neuen Stromtarif bekommen: Die E-Werke haben ein neues Modell ausgearbeitet, das wesentlich einfacher als das jetzige ist, den Umweltgedanken durch zusätzliche Anreize zum Stromsparen betont und — nicht zuletzt — für einen Großteil der Kunden auch Ersparnisse bringen soll. Energiestadtrat Johann HATZL stellte diesen Vorschlag der Wiener Stadtwerke — E-Werke Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters der Öffentlichkeit vor.

Ein Tarif für Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft

Die Grundgedanken des neuen Tarifsystems: Es soll für Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft nur mehr einen einzigen Tarif geben — eine gerechtere Lösung, die dem Gleichheitsgrundsatz besser entspricht. Der Grundpreis soll nicht mehr nach „Tarifräumen“ (bei Wohnungen), „Anschlußwert“ (der Maschinen bei Gewerbebetrieben) oder „Tarifhektar“ (in der Landwirtschaft) berechnet werden, sondern gestaffelt nach dem Jahresverbrauch. Dabei sollen diejenigen, die mehr verbrauchen, einen deutlich höheren Grundpreis als die Kleinverbraucher bezahlen. Die Grenze könnte bei etwa 5.000 bis 6.000 Kilowattstunden liegen.

Dieses neue Spar-Tarifsystem würde sich von anderen, in den letzten Jahren neu eingeführten Tarifsystemen dadurch unterscheiden, daß nicht die Großverbraucher — etwa Villen mit zahlreichen „Stromfressern“ wie Stromheizung, Sauna oder Schwimmbad — durch die Tarifreform günstiger aussteigen und deutlich weniger zahlen, sondern die Mehrheit der „Normalverbraucher“. Das ganze nennt sich in der Fachsprache „Lineartarif mit progressiver Komponente“.

Ersparnis für fünf Sechstel der Haushalte

Die geplante Tarifstruktur könnte bewirken, daß ohne Berücksichtigung jener, die den Mindestbetrag (Basisbetrag) zahlen, rund fünf Sechstel aller Haushalte, drei Viertel der Gewerbebetriebe und knapp mehr als die Hälfte der Landwirtschaftsbetriebe weniger als derzeit bezahlen werden. Deutliche Mehrbelastungen würden nur bei extrem hohen Verbräuchen entstehen. Großverbraucher unter den Haushalten würden dabei durch den einheitlichen Tarif nicht mehr gegenüber Großverbrauchern im Gewerbe begünstigt sein.

Durch die starke Vereinfachung fallen mehrere Tarife — etwa die Spezialtarife für Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft, die Mischtarife und der „Kleinabnehmertarif“ — zur Gänze weg. Für die Grundpreisberechnung gelten statt Tarifräumen oder -hektar nur mehr elektrische Bezugsgrößen. Dadurch kann jeder Kunde seinen gesamten Strompreis — Arbeits- plus Grundpreis — jederzeit durch eine einfache Zählerablesung selbst feststellen.

Kundenfreundlicher Tarif

Das neue Tarifsystem wird auch deshalb wesentlich kundenfreundlicher sein, weil das aufwendige und für den Kunden lästige Tarifaufnehmen in Wohnungen oder das Besuchen von Anlagen zur Gänze wegfällt. Die Stromrechnung wird im neuen Tarif viel einfacher und verständlicher gestaltet werden.

Der Umweltcharakter des neuen Tarifsystems ergibt sich aus der Staffe- lung des Jahresstromverbrauches. Elektroheizungen werden dadurch in Wien — im Gegensatz zu Niederösterreich und anderen Bundesländern — nicht gefördert. Durch den einheitlichen Tarif wird das neue System ge- rechter. Es enthält auch eine soziale Komponente: Für einen Großteil der

Klein- und Normalverbraucher wird der elektrische Strom billiger. Ein Basisbetrag in der Größenordnung von rund 300 Kilowattstunden ist vorgesehen, um auch die Besitzer von leerstehenden oder kaum benützten Wohnungen ihren Beitrag zu den Bereitstellungskosten des Stromes leisten zu lassen.

Vor ausführlicher Diskussion des neuen Tarifes

Zielvorstellung der Wiener Stadtwerke ist eine Einführung des neuen Tarifsystems mit Beginn des kommenden Jahres. Zuvor werden sich noch die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie ausführlich mit diesem Vorschlag der Wiener Stadtwerke — E-Werke befassen. In der Folge ist auch eine Genehmigung durch die zuständige Behörde (Preiskommission im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten) erforderlich. (Schluß) roh/bs

Forts. von Blatt 658

Edlinger: Gemeinde Wien wird kein Bierlokalbesitzer

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Zu einer Presseaussendung von FPÖ-Stadtrat Dr. Rainer PAWKOWICZ stellte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Dienstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ richtig, daß die Stadt Wien mit dem Kauf des Superädifikates Restaurant Oberbayern keinesfalls beabsichtige, ein Bierlokal zu erwerben oder gar zu betreiben. Es gehe vielmehr darum, zu verhindern, daß sich im Prater weiterhin Spielhöllen in unkontrollierbarer Wiese verbreiten. Die Stadt Wien hat deshalb das Verkaufsangebot des derzeitigen Restaurationsbetriebes wahrgenommen, um die Räumlichkeiten einem privaten Pächter zu einer vertraglich gesicherten positiven Nutzung zu überlassen. Dieser Sachverhalt sei auch in der heutigen Sitzung des Stadtsenates klar festgestellt worden, betonte Edlinger. „Wenn Stadtrat Dr. Pawkowicz von 'dirigistischem Eingriff' spricht, so redet er einer ungehinderten Entwicklung weiterer Spielhöllen im Prater das Wort“, erklärte Edlinger. Die Stadt Wien sehe ihre Aufgabe auch darin, im Sinne einer positiven Belebung des Praters lenkend in dessen Entwicklung einzugreifen, wenn dies notwendig erscheint, schloß der Stadtrat. (Schluß) ah/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 13. April 1988

Blatt 661

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Spitalsfinanzierung: Gemeinden bei Verhandlungen übergegangen (666)

Kommunal/Lokal:

Stacher: In Wiener städtischen Spitälern wird kein Müll verbrannt (662/FS: 12.4.)

Zügige Errichtung des Krankenhauses im SMZ Ost (663)

Fünf neue Flächenwidmungspläne (664)

Weiter hohe Beschäftigung auf Wiens Baustellen (665)

Verabschiedung von 935 Bediensteten (667)

Im neuen Prater: Frühlingsfest am 16. April (668)

Stacher: In Wiener städtischen Spitälern wird kein Müll verbrannt

Sonderabfälle werden getrennt gesammelt

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Zu dem Dienstag in der „Neuen Kronen Zeitung“ erschienenen Bericht über Müllverbrennungsanlagen in Österreichischen Spitälern stellte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest: „In den Wiener städtischen Spitälern wird schon seit Jahren überhaupt kein Müll verbrannt. Wien ist damit vorbildlich in Österreich.“

Wie der Gesundheitsstadtrat weiter betonte, werden in den Wiener städtischen Krankenanstalten überwachungsbedürftige Sonderabfälle, wie etwa Lösungsmittel, Altmedikamente, Altlacke, Spraydosen, Laborabfälle usw., gesondert gesammelt und mit eigenen Fahrzeugen zu den EBS gebracht. Die Kontrolle dieser Transporte erfolgt durch ein eigenes Begleitscheinsystem. Wesentlich ist dabei, daß die Überwachungsbedürftigen Sonderabfälle in orangefarbenen Säcken der Müllabfuhr zum Transport in die EBS übergeben werden. Der sonstige Abfall wird in grauen Säcken gesammelt und normal entsorgt. Altstoffe, wie Altpapier, Altkartonagen, Essensabfälle, Speisefette und -öle, zum Teil auch Kunststoffe, Fixierbäder (Röntgen), Leuchtstoffröhren usw. werden getrennt gesammelt und der Wiederverwertung zugeführt.

Stacher abschließend: „Wir stellen jedoch weiterhin Überlegungen an, die Abfallentsorgung noch zu verbessern. So wollen wir vor allem die Menge der überwachungsbedürftigen Sonderabfälle durch ein verbessertes Trennungssystem verringern.“ (Schluß) sc/rr

Bereits am 12. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Zügige Errichtung des Krankenhauses im SMZ Ost

Gesundheitsausschuß genehmigte Aufträge

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Am Neubau des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wird zügig weitergearbeitet. Dienstag nachmittag genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen mehr als 220 Millionen Schilling für die Baumeisterarbeiten des zweiten Ambulanztraktes, für die Aluminiumfassaden des ersten Ambulanztraktes und für eine computerunterstützte Terminverfolgung des Bauprojektes bis zur Fertigstellung.

Die Stahlbetonkonstruktion und die Maurerarbeiten des zweiten Bauteils des Ambulanzbereichs werden 116 Millionen Schilling kosten. Dieser Bauteil, der einen umbauten Raum von mehr als 150.000 Kubikmetern hat, wird nach seiner Fertigstellung 1994 unter anderem Untersuchungs- und Behandlungsbereiche der beiden Medizinischen Abteilungen, der Kinderinternen, Neurologischen, Chirurgischen und Dermatologischen Abteilung, das Institut für physikalische Medizin, das Institut für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde sowie die Hämodialyse mit acht Betten aufnehmen.

Die Fassadenverkleidungsarbeiten für den ersten Bauteil des Ambulanzbereichs einschließlich OP-Trakt, Küche usw. (Inbetriebnahme 1992) erfordern einen Aufwand von 96,5 Millionen Schilling. Die Fassade besteht aus Aluminiumblechen und einer besonderen Wärmedämmung. Die Berechnung dieser Fassadenkonstruktion erfolgte durch die Krankenhausberatungsagentur. Sie stellt sicher, daß das Spital später im Betrieb mit einem minimalen Energieaufwand auskommt.

Die Einhaltung der für das Krankenhaus im SMZ Ost vorgesehenen Bauzeit soll eine EDV-unterstützte Terminverfolgung gewährleisten. Nach einer einjährigen Probezeit wird dieses System der Terminkontrolle nun bis zur Fertigstellung des Projekts fortgeführt (8,4 Millionen Schilling).

Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz wird geändert

Der Gesundheitsausschuß genehmigte auch einen Gesetzesentwurf, der Änderungen des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes vorsieht und dem Wiener Landtag zum Beschluß vorgelegt werden soll.

Das Gesetz legt unter anderem fest, daß der Feuerbestattung nur solche Säрге, Sargbeigaben und sonstige Materialien zugeführt werden dürfen, die keine Gefahr für die Gesundheit von Menschen, für die Beschaffenheit der Umwelt und für die Einäscherungsanlage mit sich bringen. Eine weitere Änderung sieht vor, daß die Stadt Wien — wie auch schon bisher — die Bestattung einer Leiche zu veranlassen hat, wenn das sonst niemand tut. Die Kosten dieser Bestattung hat die Stadt Wien aber nur dann zu tragen, wenn sie weder durch Dritte zu leisten sind noch in der Verlassenschaft ihre Deckung finden. (Schluß) sc/rr

Fünf neue Flächenwidmungspläne

Im 5., 12., 22. und 23. Bezirk – Öffentliche Auflage

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Für insgesamt fünf Gebiete — im 5., 12., 22. und 23. Bezirk — wurden die Entwürfe für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ausgearbeitet. Sie liegen vom 14. April bis 13. Mai während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Das Gebiet in MARGARETEN wird von Schönbrunner Straße, Rampersdorffergasse, Margaretenstraße und Spengergasse begrenzt. Hier geht es darum, daß die ursprünglich geplante Verbindung der BRÄUHAUSGASSE zwischen Spengergasse und Ramperstorffergasse aus den Plannungen gestrichen werden soll. Der hier bestehende Park wird daher gesichert.

In MEIDLING wird das Plangebiet von Hetzendorfer Straße, Jägerhausgasse, MARSCHALLPLATZ, Hermann-Broch-Gasse und Boergasse begrenzt. Hier soll im Hinblick auf die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur Platz für einen Volksschul-Standort geschaffen werden. Auf eine bisher ausgewiesene Arkadierung im Bereich Hetzendorfer Straße 99-107 soll nun verzichtet werden, um auf diese Weise eine Verbreiterung der Hetzendorfer Straße in diesem Abschnitt zu ermöglichen.

Von DOELTERGASSE, Eipeldauerstraße, Schlettergasse und Thonetgasse wird das Plangebiet in der DONAUSTADT begrenzt. Neu ist die geplante Wohnbebauung an der Thonetgasse, während eine alte Baulandwidmung an der Schlettergasse bei der Eipeldauerstraße durch eine Parkwidmung ersetzt werden soll.

29 Hektar groß ist das Plangebiet in MAUER südlich des Maurer Hauptplatzes zwischen Endresstraße, Geßlgasse, Maurer-Lange-Gasse, KASERNGASSE, Rielgasse und Gebirgsgasse. Durch zusätzliche Bebauungsbeschränkungen soll das charakteristische Erscheinungsbild des Stadtteils geschützt werden. Auf dem Areal zwischen Kaserngasse und verlängerter Rodauner Straße, wo ursprünglich die Errichtung eines Institutes für Heimerziehung geplant war, soll nun die Widmung Parkschutzgebiet ausgewiesen werden.

Der fünfte Plan betrifft eine kleine Fläche in LIESING an der ANTON-KRIEGER-GASSE. Hier befindet sich ein Wasserbehälter, der jedoch nicht mehr benötigt wird. Das Areal soll jetzt eine Widmung für Wohnzwecke erhalten, wobei die Bebaubarkeit sowohl in der Höhe als auch in der Ausdehnung eng begrenzt wird. (Schluß) and/gg

Welter hohe Beschäftigung auf Wiens Baustellen

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien sichert durch Aufträge an die Wirtschaft weiterhin eine hohe Beschäftigung am Bau. Im März waren 11.023 Menschen durch Aufträge der Gemeinde auf Baustellen beschäftigt. Das sind um 779 mehr als im Februar dieses Jahres und gleich um 1.224 (oder 12,5 Prozent) mehr als im März 1987. Die positive Entwicklung läßt auf eine Rekordbeschäftigung im heurigen Sommer hoffen. Die meisten Arbeitskräfte werden durch den Neubau und die Erhaltung von städtischen Wohnhäusern beschäftigt.

Besonders günstig ist diese Entwicklung für das Baugewerbe, wo Wien neben Vorarlberg die stärksten Zuwachsraten Österreichs ausweist. (Schluß) ah/rr

Spitalsfinanzierung: Gemeinden bei Verhandlungen übergangen

Städtebund fordert Einsatz der vorhandenen Mittel

Wien, 13.4. (RK-POLITIK) Mit Verspätung, nämlich mehr als drei Monate nach Auslaufen der letzten „KRAZAF“- (Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds) Vereinbarung, wurde kürzlich Einigung über die Krankenanstaltenfinanzierung der Jahre 1988 bis 1990 erzielt. Dies erfuhr der Österreichische Städtebund allerdings nur auf informellem Weg: Die Gemeinden waren nämlich von den Verhandlungen ausgeschlossen, obwohl sie an der Finanzierung wesentlich beteiligt sind und selbst 17 Prozent der österreichischen Krankenanstalten erhalten. Den Entwurf der Vereinbarung, der nun versendet werden soll, haben die anderen drei Finanzpartner, nämlich Bund, Länder und Hauptverband der Sozialversicherungsträger, untereinander verhandelt.

Der Finanzausschuß des Österreichischen Städtebundes hat an den Minister für Gesundheit und Öffentlicher Dienst deshalb das Ersuchen gerichtet, künftig nicht nur dafür Sorge zu tragen, daß eine KRAZAF-Vereinbarung rechtzeitig abgeschlossen wird, sondern auch, daß der Österreichische Städtebund als Vertreter der Gemeinden dazu beigezogen wird, und daß die von den Gemeinden geleisteten Mittel unmittelbar ihrem Verwendungszweck zufließen.

Derzeit ist es nämlich so, daß die von den Gemeinden über einen Vorwegabzug beim Umsatzsteueraufkommen geleisteten Beiträge nicht sofort ihrer Bestimmung zugeführt werden, sondern bis zur Einigung über die KRAZAF-Finanzierung vom Bund auf ein Sonderkonto gelegt werden. Dadurch ergibt sich für die spitalerhaltenden Gemeinden eine unerträgliche Situation, weil ihnen die auf sie entfallenden Mittel aus dem KRAZAF vorenthalten werden, und sich zum Teil die Notwendigkeit ergibt, teure Fremdmittel zur laufenden Spitalsfinanzierung in Anspruch zu nehmen. (Schluß) roh/rr

Verabschiedung von 935 Bediensteten

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) In einer Feierstunde verabschiedeten gestern, Dienstag, nachmittag, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Personalstadtrat Günther SALLABERGER 935 in den Ruhestand getretene Bedienstete des Magistrats und der Wiener Stadtwerke.

Bürgermeister Zilk stellte in Anspielung auf die Privilegiendiskussion fest, daß der Großteil der jetzt verabschiedeten Bediensteten zu einem Zeitpunkt in den Dienst der Stadt Wien getreten war, als es das einzige „Privileg“ war, „den ersten Schutt der Kriegszerstörungen wegräumen zu dürfen“.

Personalstadtrat Sallaberger verband mit seinen Dankesworten die Feststellung, daß die Stadt Wien als Dienstgeber gerade in wirtschaftlich etwas schwierigeren Zeiten zunehmend an Bedeutung gewinne. Die Rolle als wesentlicher Faktor im Wirtschaftsleben werde dadurch unterstrichen, daß etwa derzeit rund 10 Prozent aller Beschäftigten in Wien im Dienst der Stadt und ihrer Bürger stehen.

Sowohl der Bürgermeister als auch der Personalstadtrat sprachen allen Pensionisten den Dank der Stadt aus.

An der Feierstunde nahmen neben anderen Ehrengästen auch der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, NR Rudolf PÖDER, die Stadträte Ing. Günther ENGELMAYER und Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ sowie Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL teil.
(Schluß) lf/rr

Im neuen Prater: Frühlingsfest am 16. April

Wien, 13.4. (RK-LOKAL) Auftakt der heurigen Pratersaison ist das Frühlingsfest am kommenden Samstag, dem 16. April. Von 13 bis 14 Uhr bieten die Praterunternehmer in allen Fahrgeschäften eine Gratisfahrt an. Das Fest endet mit einem Riesenfeuerwerk um 22 Uhr. Gleichzeitig mit dem Saisonauftakt präsentieren sich die zentralen Teile des Praters in einer neuen Gestaltung: der Calafatiplatz, der Leichtweg und das Zweite Rondeau.

Die Neugestaltung geht auf Überlegungen des verstorbenen Stadtrates Dr. Jörg MAUTHE zurück, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Mittwoch in einem Pressegespräch. Bereits 1984 wurden Christa MÜLLER und Architekt Heinz NEUMANN mit der Neugestaltung beauftragt, im Jahr 1985 stieß Architekt Maria AUBÖCK zu dem Team. Die im Jahr 1986 im Prater begonnenen Bauarbeiten wurden unter der Federführung des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds durchgeführt, die Kosten der Neugestaltung belaufen sich auf rund 30 Millionen Schilling.

Die Neugestaltung im zentralen Bereich des Praters umfaßt die Bodengestaltung, bauliche Einrichtungen und künstlerische Beiträge. Mit der Neugestaltung sollte eine andere Seite der Stadt erfaßt werden: die Träume, Freuden, Sehnsüchte und Ängste der Menschen. Der Calafatiplatz strahlt nun die Atmosphäre eines Tanzplatzes aus — er hat einen festlichen Charakter, geschmückt mit Wassersäulen und einem Pavillon. Das Zweite Rondeau vermittelt die Stimmung eines Zaubertzelt, einer Zirkusarena. Der Leichtweg, versehen mit Lichtgirlanden, verbindet die beiden Plätze.

Zur Bodengestaltung: Materialien sind Asphalt — rot und schwarz — Granitwürfel und Kleinschlagpflaster. In die Asphaltfläche sind Walzer- tanzschritte eingelassen, Papierrosen, Bierdeckel und ähnliches mehr — die Pratererinnerungen. An drei Stellen tönt der Boden — durch Tanzglockenspiele. Der Spaziergänger löst durch sein Gewicht und seine Bewegungen Tonspiele aus — eine akustische Ergänzung zu den optischen Erlebnissen.

Zu den Puppengruppen: Am Calafatiplatz eine Menschenschlange, am Rondeau träumen ein Mann und eine Frau. Die Menschenschlange stellt Praterbesucher dar, die sich durch den Prater schlängeln. Die Träume steigen aus den Köpfen des Mannes und der Frau, kriechen den Rücken hinunter, werden größer und Wirklichkeit wie die Träumer.

Zur übrigen Neugestaltung: Am Calafatiplatz wurden die Figuren von Calafati und Fortuna neu placiert, ein Eiskiosk, ein Rundbau mit zwiebel- förmigem Dach, wurde so situiert, daß er aus größerer Entfernung sichtbar ist. Zehn Kandelaber, Wassersäulen, spenden Licht und Effekte. Haupt- attraktion des Zweiten Rondeaus ist eine phantastische Zeltkonstruktion, bestehend aus zwei Hauptmasten (25 und 18 Meter hoch) und neun Rand- masten, verbunden durch Seile. Die Seilkonstruktion ist Träger von Lich- terketten — am Tag wirken die ca. 15 cm großen Kugeln, in der Nacht bilden die Kugeln Lichtpunkte. In der Mitte des Zweiten Rondeaus befindet sich ein sternförmiges Podest — für die verschiedensten Veranstaltungen.
(Forts. mgl.) sei/ke

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 14. April 1988

Blatt 669

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Eine sprachliche Minderheit kann geschützt werden! (673/FS:13.4.)
- Landtagspräsidentin Gertrude Stiehl feiert 60. Geburtstag (674)

Kommunal/Lokal:

- Aktion „Gesunde Schuljause“ (670/FS: 13.4.)
- Große Hilfen für Obdachlose durch die Stadt Wien (671/FS: 13.4.)
- Europalia-Preisträger im Wiener Rathaus (672/FS: 13.4.)
- Aktion „Freizeit und Familie“ (675)
- 1987 wurde der Neubau von 5.429 Wohnungen gefördert (676)
- Renovierungsarbeiten im Laaerbergbad (676)
- Auch Forstamt stellt Motorsägen auf Rapsöl um (677)
- Bundesheer hilft beim Frühjahrsputz (677)
- Hatzl: Tarifikalkulation muß ohnehin offengelegt werden (678)

Aktion „Gesunde Schuljause“

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Der Stadtschulrat von Wien führt gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium eine Aktion über die „gesunde Jause“ in der Schule durch. Der Präsident des Wiener Stadtschulrates, Prof. Hans MATZENAUER, betonte, mit dieser Initiative sollen Schüler und Eltern auf die Bedeutung und die Notwendigkeit einer gesunden Ernährung aufmerksam gemacht werden. Die Aktion werde sich aber nicht nur auf Appelle beschränken. „An den Schulen, in denen bereits Buffets vorhanden sind, soll das Warenangebot den Grundsätzen einer gesunden Ernährung entsprechen,“ schloß Matzenauer. (Schluß) fk/rr

Bereits am 13. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Große Hilfen für Obdachlose durch die Stadt Wien

Bereits am 13. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) In einer Reaktion auf die Aussagen von Gemeinderat Karin LANDAUER (FPÖ) zur Frage der Obdachlosen in Wien entgegnete Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL, daß gerade die Wiener Stadtverwaltung im Bewußtsein um diese Problematik wesentliche Hilfsmaßnahmen gesetzt hat. Smejkal verwies dabei auf den Nichtseßhaften-Meldeschein, den es in Wien als einzigem österreichischen Bundesland gibt — die Obdachlosen erhalten damit auch die Möglichkeit, Sozialhilfemaßnahmen der Stadt in Anspruch zu nehmen.

Zum von GR. Landauer zitierten „Münchner Modell“, den Obdachlosen renovierungsbedürftige Häuser zur Schaffung von Wohnraum zu übergeben, sagte Smejkal, dies halte sie vom Sicherheitsstandpunkt her für bedenklich. Die Stadt Wien bietet statt dessen den Obdachlosen in ihren eigenen Herbergen über tausend Unterkunftsplätze an und trägt auch erheblich zur Finanzierung aller Privatinstitutionen bei, die sich dem Obdachlosenproblem widmen. (Schluß) gab/gg

Europalla-Preisträger im Wiener Rathaus

500 Schüler aus Belgien und Österreich

Wien, 13.4. (RK-LOKAL) Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL hatte Mittwoch mittag viel jungen Besuch im Rathaus: Im Festsaal begrüßte sie im Namen der Stadt Wien acht belgische Schulklassen und ihre Gastgeber, acht Schulklassen aus Österreich. Mit dabei: die von Wien eingeladenen Preisträger des Schülerwettbewerbs der „Europalia“, der belgischen Großveranstaltung, die im Herbst 1987 Österreich gewidmet war.

An die 500 Mädchen und Burschen aus Belgien und Österreich applaudierten den Preisträgern, 12 jungen Leuten aus dem wallonischen Heusy und dem flämischen Vilvoorde, die „historische Interviews“ mit dem Generalgouverneur der damaligen „österreichischen Niederlande“, Karl von Lothringen, dem Schwager Maria Theresias, geschrieben hatten. Die Preisträger sind Gäste des Wiener Fremdenverkehrsverbandes. Die belgischen Schulklassen wurden vom Unterrichtsministerium mit Hilfe der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung eingeladen, nachdem im November 1987 österreichische Schulklassen in Belgien sehr herzlich betreut worden waren. (Schluß) wfv/gg

Bereits am 13. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Eine sprachliche Minderheit kann geschützt werden!

Vortrag von Südtirols Landeshauptmann Magnago im Wiener Rathaus

Wien, 13.4. (RK-POLITIK) Der Schutz einer sprachlichen Minderheit ist nur möglich mit Sonderbestimmungen, und die Minderheit muß den Willen zum Überleben haben. Das sagte am Mittwoch abend der Südtiroler Landeshauptmann Dr. Silvius MAGNAGO bei einem Vortrag im Wiener Rathaus anlässlich der Südtirol-Wochen in Wien. Er gehe bei seinen Bemerkungen von der praktischen Erfahrung aus, die er durch Jahrzehnte in Südtirol gemacht habe. Die Sondermaßnahmen, wie sie im Autonomiestatut bereits großteils verwirklicht sind, bilden den effektiven Schutz der sprachlichen Minderheit. An Hand des Zitates „Es gibt nichts Ungerechteres, als ungleiche Dinge gleich zu behandeln“, zeigte Magnago die Problematik, etwa bei der Postenvergabe im öffentlichen Dienst auf. „Nur eine Sonderbestimmung kann der Minderheit in der eigenen Heimat eine Chance auf einen Arbeitsplatz bieten. Daher bietet das Autonomiestatut unter anderem auch einen Versetzungsschutz für Südtiroler im öffentlichen Dienst. Außerhalb der Heimat würde er rasch assimiliert werden“.

Gleichberechtigung führt zur Assimilierung

Die formelle Gleichstellung der Angehörigen einer sprachlichen Minderheit würde rasch zu einer Assimilierung führen. Magnago sprach von einer „Chloroformpolitik“. In einer Demokratie müsse es möglich sein, daß es neben politischen Grenzen auch sprachliche und kulturelle Grenzen gibt, die historisch gewachsen sind. Es gelte daher, jenen, die zu solchen Minderheiten in einem demokratischen Staat gehören, die Identität und Eigenständigkeit für lange Zeit zu erhalten. Um die Assimilierung zu vermeiden, gibt es etwa für den öffentlichen Dienst Dienststellenpläne im Verhältnis nach den Sprachgruppen; bei der Vergabe von Sozialwohnungen und bei der Arbeitsvermittlung haben die Angehörigen der Minderheit ein Recht auf bevorzugte Behandlung, ebenso erwirbt man das Wahlrecht für Landtags- und Gemeinderatswahlen erst dann, wenn man sich bereits länger als vier Jahre in der Provinz aufgehalten hat.

Noch nicht verwirklicht ist in Südtirol das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache bei Polizei und vor Gericht. Er erwarte sich aber, daß mit der neuen italienischen Regierung über die bereits ausgehandelten Bestimmungen eine Einigung erzielt werden kann, betonte der Südtiroler Landeshauptmann.

Dank an Österreich

Alles das, was bisher in Südtirol zum Schutz der Minderheit erreicht worden sei, habe sich nicht von allein ergeben — und Dr. Magnago sprach in diesem Zusammenhang Österreich seinen besonderen Dank aus. So etwa sei es ein besonderes Verdienst des damaligen Außenministers Dr. Bruno Kreisky gewesen, daß in den Jahren 1960 und 1961 zwei UNO-Resolutionen zum Schutz der Südtiroler erreicht worden seien. Solange eine Minderheit den Willen zum Überleben habe, solange eine Minderheit stolz auf die Eigenständigkeit sei, solange der Schutz durch Sonderbestimmungen gegeben sei, werde es keine Unterwanderung oder Assimilierung geben, sagte Dr. Magnago, und abschließend: „Jede Minderheit ist eine Bereicherung für den Gesamtstaat“. (Schluß) fk/gg

Bereits am 13. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Landtagspräsidentin Gertrude Stiehl feiert 60. Geburtstag

Wien, 14.4. (RK-POLITIK) Gertrude Stiehl wurde am 15. April 1928 in Wien geboren. Nach dem Besuch von Volksschule und Gymnasium absolvierte sie die Lehrerbildungsanstalt in der Hegelgasse. Seit 1947 ist sie im Wiener Schuldienst tätig, zunächst als Volksschullehrerin, seit 1972 als Direktorin einer Volksschule im 22. Bezirk.

1973 wurde Gertrude Stiehl in den Wiener Landtag gewählt. Seit 1981 ist sie Präsidentin des Wiener Volksbildungswerkes. 1984 wurde Gertrude Stiehl zur Dritten Landtagspräsidentin gewählt, seit 1987 ist sie Zweite Landtagspräsidentin. (Schluß) red/rr

Aktion „Freizeit und Familie“

Frühjahrs- und Sommerprogramm 88

Wien, 14.4. (RK-LOKAL) Das Frühjahrs- und Sommerprogramm der Aktion „Freizeit und Familie“ bietet über hundert Freizeitangebote aus dem Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Sportbereich.

Die Aktion „Freizeit und Familie“, die im Herbst 1987 vom Wiener Landesjugendreferat gestartet wurde, richtet sich an alle Wiener Familien, das heißt, an alle in einem Haushalt lebenden Erwachsenen und Kinder bis 15 Jahre. Ziel dieser Aktion ist es, gemeinsame Aktivitäten der Familien zu unterstützen und Anreize zu schaffen, damit Eltern und Kinder ihre Freizeit verstärkt miteinander gestalten. Den Familien wird der Besuch von Veranstaltungen durch „Freizeit und Familie“ durch eigene kostengünstige Familientarife auch finanziell erleichtert.

Auskünfte über das Programm der Aktion „Freizeit und Familie“ und den Erhalt von Aktionskarten erteilt das Wiener Landesjugendreferat, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Telefon 42 800/3990 DW. (Schluß) jel/bs

1987 wurde der Neubau von 5.429 Wohnungen gefördert

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) 1987 wurde in Wien der Neubau von 5.429 Wohnungen gefördert. 5,2 Milliarden Schilling werden derzeit dafür aufgewendet, um den Neubau dieser 3.756 Mietwohnungen, 911 Eigentumswohnungen, 397 Eigenheime, 318 Ledigenwohnungen, 46 Geschäftslokale und einer Dienstwohnung zu fördern und damit preiswerter zu machen. Zum Vergleich: 1986 wurde in Wien der Neubau von 5.341 Wohnungen mit einem Betrag von 5,3 Milliarden Schilling gefördert. Etwas mehr als die Hälfte dieser Wohnungen entsteht im dichtbebauten Stadtgebiet.

Für die Wohnhaussanierung wurden 1987 mehr öffentliche Förderungsmittel aufgewendet als 1986. Im Vorjahr wurden 459 Wohnhaussanierungen mit einem Gesamtbauvolumen von 2,35 Milliarden Schilling gefördert. 1986 waren es „nur“ 152 Wohnhaussanierungen mit einem Bauvolumen von rund 920 Millionen Schilling.

Für 1988 ist die Förderung von mindestens 4.000 Neubauwohnungen geplant, wobei die Förderung differenzierter und effektiver gestaltet werden wird. Im Bereich der Stadterneuerung wird sich das geförderte Bauvolumen auf etwa 3 Milliarden Schilling erhöhen. (Schluß) ah/gg

Renovierungsarbeiten im Laaerbergbad

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Das städtische Laaerbergbad wird an die Fernwärme angeschlossen. Die alte Kesselanlage wird daher nicht mehr benötigt. Für die Errichtung der Fernwärme-Umformer-Station, die Baumeisterarbeiten und die erforderlichen Nebenarbeiten genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport in seiner letzten Sitzung insgesamt sechs Millionen Schilling. Weitere 19 Millionen Schilling kostet die Generalsanierung des Sportbeckens samt den Filteranlagen in diesem Bad. Auch dafür gab der Ausschuß die Mittel frei. Die Fertigstellung des neuen Beckens ist im Frühjahr 1989 geplant. (Schluß) and/gg

Auch Forstamt stellt Motorsägen auf Rapsöl um

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Nicht nur die Bundesforste stellen ihre Motorsägen auf Rapsöl um. Auch das Forstamt der Stadt Wien tut etwas für den Umweltschutz im Wald und setzt ab ca. Mitte des Jahres im Wienerwald und in den Quellschutzforsten nur mehr Motorsägen auf Rapsölbasis ein. Das Forstamt beschäftigt sich bereits seit einem Jahr mit dieser Problematik und hat auch bereits die notwendigen Vorarbeiten für die Umstellung durchgeführt. (Schluß) du/rr

Bundesheer hilft beim Frühjahrsputz

Wien, 14.4. (RK-LOKAL) Das Bundesheer unterstützt das Forstamt der Stadt Wien beim Frühjahrsputz. Rund 300 Mann des Armeefernmeldebataillons der Starhembergkaserne säubern während der Frühjahrsputzwoche und noch am kommenden Wochenende das Gebiet Wienerberg-Ost, z.B. die Teiche und den Radweg im Bereich von Inzersdorf. Auch noch nächste Woche führt die Fernmeldetruppschule der Starhembergkaserne eine Reinigungsaktion im Gebiet Wienerberg-West durch. (Schluß) du/rr

Hatzl: Tarifikalkulation muß ohnehin offengelegt werden

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Zur Aussendung von ÖVP-Stadtrat Erhard BUSEK über das geplante neue Tarifsysteem für Strom wies Energiestadt-rat Johann HATZL Donnerstag darauf hin, daß er bereits Dienstag die Gemeinderäte aller Fraktionen zu Gesprächen über diesen Vorschlag der E-Werke eingeladen habe. Der erste Termin sei bereits vereinbart. Zu jenem Zeitpunkt sei dieses Tarifmodell von der ÖVP in einer Presseaus-sendung noch ausdrücklich begrüßt worden. Mit seiner heutigen Aus-sendung, die sich mit keinem Wort auf die hinter der Tarifreform stehenden Ideen wie Energiesparen und Vereinfachung bezieht, desavouiere Busek seine eigenen Fraktionskollegen, die im zuständigen Gemeinderatsaus-schuß zur Mitarbeit an der Tarifreform eingeladen wurden, sagte Hatzl.

Zur geforderten Offenlegung der Berechnungsgrundlagen stellte Stadtrat Hatzl fest, der neue Tarif müsse auf jeden Fall von der Preisbehörde im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten überprüft und genehmigt werden. Damit sei eine vollständige Offenlegung der gesamten Kalkulation verbunden, wie es selbstverständlich auch beim derzeit gel-tenden Tarifsysteem der Fall war.

Einer der Grundgedanken der Tarifreform sei es, sagte Hatzl, Anreize zum Energiesparen zu schaffen. Dadurch wird es auch zu Verringerungen bei den Aufwänden der E-Werke kommen. Der erwartete Einnahmefall bedeute also keineswegs einen Verlust in dieser Größenordnung der E-Werke. Die Forderung nach einer zehnpromzentigen Strompreissenkung sei völlig aus der Luft gegriffen, so Hatzl: Der voraussichtliche Entfall mache nur zwei bis drei Prozent der Gesamteinnahmen der E-Werke aus.

Mit solchen Erklärungen zeige Busek immer deutlicher, daß ihm jede re-alistische Argumentationsgrundlage zum Stromtarif fehle, schloß Hatzl. (Schluß) roh/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 15. April 1988

Blatt 679

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zeugen der „Reichskristallnacht“ gesucht (682)

Kommunal/Lokal:

Freundliche Wiener begeistern deutsche Reisebüromanager (680)

Goldenes Ehrenzeichen für Ministerialrat Dr. Putz (680)

Terminvorschau vom 18. bis 29. April (683)

Bereits 3.000 Wohnhaussanierungen beantragt (684)

Sallaberger begrüßt Entscheidung über Roßbauerkaserne (685)

Stacher zur Strukturänderung im neuen AKH (686)

Kultur:

75. Geburtstag von Josef Meinrad (681)

Wiener Festwochen mit zahlreichen Höhepunkten (687/688)

Freundliche Wiener begeistern deutsche Reisebüromanager

Wien, 15.4. (RK-LOKAL) Die am Donnerstag beendete Jahrestagung des Deutschen Reisebüros in Wien brachte einen höchst erfreulichen Werbeeffect für die Bundeshauptstadt. Die rund 800 Spitzenvertreter der deutschen Reisebüro-Branche zeigten sich begeistert von der Hilfsbereitschaft, die ihnen die Wiener anlässlich einer vom Wiener Fremdenverkehrsverband als Rahmenprogramm der Tagung organisierten Rätselrallye in der Innenstadt entgegengebracht hatten.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, der die Tagungsteilnehmer zu einem Empfang ins Rathaus eingeladen hatte, hörte viel Lob über die Freundlichkeit und Unterstützung Ratsuchender durch die Wiener Bürger. Der Wiener Fremdenverkehrsverband dankt allen Wienerinnen und Wienern für ihr Entgegenkommen gegenüber den Gästen der Stadt. (Schluß) wfv/rr

Goldenes Ehrenzeichen für Ministerialrat Dr. Putz

Wien, 15.4. (RK-KOMMUNAL) Ministerialrat Dipl.-Ing. Dr. Leopold PUTZ wurde heute Freitag durch Stadtrat Rudolf EDLINGER das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreicht. Dr. Putz ist Leiter der Sektion IV im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und für die Bereiche Forschungswesen, Normenwesen, Maschinen- und Dampfesselwesen, elektronisches Sicherheitswesen, Eich- und Vermessungswesen sowie Rechtsangelegenheiten zuständig. Dr. Putz ist vor allem auch auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Kooperation in internationalen und nationalen Organisationen verdienstvoll tätig. (Schluß) ah/bs

75. Geburtstag von Josef Meinrad

Wien, 15.4. (RK-KULTUR) Der Schauspieler Josef MEINRAD wurde am 21. April 1913 in Wien geboren. Er war zunächst Angestellter und machte verschiedene kaufmännische Lehrgänge mit, aber seine Liebe zum Theater brach schließlich doch durch. Er besuchte die Akademie und legte auch die Abschlußprüfung ab. Sein erstes Engagement hatte Meinrad beim Kabarett ABC. 1940 erhielt er eine Gastrolle am Burgtheater im Stück „Der Franzl“ von Hermann Bahr. Ein Angebot, am Burgtheater zu bleiben, lehnte er damals ab.

Während des Zweiten Weltkrieges spielte Meinrad beim Fronttheater in Metz, wo er auch seine Frau kennenlernte. Nach Kriegsende erhielt er zunächst eine Rolle am Volkstheater, dann holte ihn Leon Epp an die „Insel in der Komödie“. 1947 nahm Meinrad schließlich ein Burgtheaterangebot an. Bis 1974 war er fix engagiert, nachher ist er dort immer wieder als Gast aufgetreten. Als Höhepunkt in Meinrads Karriere ist die Überreichung des Iffland-Ringes anzusehen, den er traditionsgemäß vom vorherigen Träger, Werner Krauss, testamentarisch zugesprochen bekam.

Unter den zahlreichen Rollen, die Kammerschauspieler Josef Meinrad am Burgtheater und auch anderswo gespielt hat, nehmen Raimund- und Nestroy-Rollen einen besonderen Platz ein. Der Valentin war seine „Leibrolle“. Meinrad verkörperte aber auch so unterschiedliche Charaktere wie den Teiresias in der „Antigone“, den Bleichenwang in Shakespeares „Was ihr wollt“, den Vater in Pirandellos „Sechs Personen suchen einen Autor“, den Theodor in Hofmannsthals „Der Unbestechliche“ oder den Papst „Hadrian VII“ von Peter Luke. Seine schauspielerische Spannweite zeigen auch Meinrads Musical-Figuren, wie die des Higgins in „My fair Lady“ und des Don Quixote in „Der Mann von La Mancha“. Josef Meinrad war aber auch Filmschauspieler: in seinen filmischen Anfängen besonders überzeugend als verhinderter junger Liebhaber. 1963 spielte Meinrad in Otto Premingers Film „Der Kardinal“ den ehemaligen Wiener Kardinal Innitzer.

Josef Meinrad wirkte auch in zahlreichen Fernsehproduktionen mit, unter anderem in der Serie „Der Sonne entgegen“.

Für sein künstlerisches Schaffen wurde Josef Meinrad vielfach ausgezeichnet. So erhielt er unter anderem 1963 die Josef-Kainz-Medaille und das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse. 1983 wurde ihm der Ehrenring der Stadt Wien und der Raimund-Ring überreicht, 1986 der Nestroy-Ring. (Schluß) red/bs

Zeugen der „Reichskristallnacht“ gesucht

Eine Bitte des Historischen Museums

Wien, 15.4. (RK-POLITIK) Das Historische Museum der Stadt Wien plant für November 1988 eine Ausstellung „Die Reichskristallnacht in Wien“. In der Nacht zum 10. November 1938 wurden fast alle religiösen Stätten der Wiener Juden zerstört, die Geschäfte und viele Wohnungen von Juden demoliert und geplündert, Tausende verhaftet und verprügelt.

Für die Ausstellung sucht das Historische Museum Augenzeugen, die die Zustände vor, während und nach dieser Schreckensnacht beschreiben können, sowie Fotos und Dokumente der Geschehnisse.

Zeitzeugen, die bereit sind, über die furchtbaren Ereignisse zu schreiben oder zu sprechen, sowie Personen, die Unterlagen zur Verfügung stellen können, werden gebeten, sich mit Frau Dr. Elisabeth KLAMPER, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8, Tel. (0222) 53 436 oder mit Frau Dr. Regina FORSTNER, Historisches Museum der Stadt Wien, 1040 Wien, Maderstraße 2, Tel. (0222) 65 87 47 oder 84 04 68 in Verbindung zu setzen. (Schluß) sti/gg

Terminvorschau vom 18. bis 29. April

Wien, 15.4. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 18. bis 29. April hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 18. APRIL:

- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
- 18.30 Uhr, Eröffnung der Ausstellung Roda Roda (Z-Galerie, Operngasse 6) durch StR. Dr. Pasterk

DIENSTAG, 19. APRIL:

- 9.30 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 20. APRIL:

- 14.00 Uhr, Überreichung des Silbernen Rathausmannes an Prof. Paul Peschke durch StR. Dr. Pasterk (Arbeitszimmer Pasterk)
- 18.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „Aktuelle Fragen der Energiepolitik“ (Paradis-Mandl, 19, Paradisgasse 6)

DONNERSTAG, 21. APRIL:

- 9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal
- 11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung
- 19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Außenminister a.D. Dr. Erich Bielka (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)
- 19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding, Donauturm

FREITAG, 22. APRIL:

- 10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Dr. Pasterk an Georg Kreisler, Bobby Lugano und Peter Wlcek (Steinerner Saal, Rathaus)
- 14.00 Uhr, Eröffnung Schönbornpark

SONNTAG, 24. APRIL:

- Familiensonntag
- 10.00 Uhr, Wiener Waldtag, Schloß Wilhelminenberg

MONTAG, 25. APRIL:

- ab 9.00 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat

DIENSTAG, 26. APRIL:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- vom 27.-29. APRIL: Städtetag in Innsbruck

FREITAG, 29. APRIL:

- 11.00 Uhr: Pressekonferenz Stacher „Computertomographie-Container“ (Franz-Josef-Spital)
(Schluß) red/gal

Bereits 3.000 Wohnhaussanierungen beantragt

Jede fünfte Wohnung in einem Sanierungshaus

Wien, 15.4. (RK-KOMMUNAL) Beim Wiener Stadterneuerungsfonds wurde jetzt das 3.000ste Projekt einer Wohnhaussanierung innerhalb von nur drei Jahren seit Bestehen des Fonds eingereicht. Fast 1.700 Häuser mit zusammen rund 75.000 Wohnungen und einem Baukostenvolumen von über 12,1 Milliarden Schilling haben bereits die positive Förderungsempfehlung des Fonds.

Von diesen fast 1.700 Wohnhaussanierungen sind 140 bereits fertiggestellt. 564 weitere Sanierungen sind derzeit in Bau. Sie lösen ein Bauvolumen von über 3,2 Milliarden Schilling aus und sichern rund 5.000 Arbeitsplätze.

Zwei Drittel aller Wohnhaussanierungen werden von privaten Hauseigentümern durchgeführt. Das restliche Drittel teilen sich die Gemeinde Wien und gemeinnützige Wohnbauvereinigungen. Die häufigste Form der Sanierung ist die „Sockelsanierung“, bei der Verbesserungsmaßnahmen am bewohnten Haus und schrittweise auch in den Wohnungen erfolgen.

Damit liegt durchschnittlich jede fünfte Wiener Wohnung in einem Haus das bereits jetzt oder demnächst mit öffentlicher Hilfe saniert wird. (Schluß) ah/bs

Sallaberger begrüßt Entscheidung über Roßauerkaserne

Wien, 15.4. (RK-KOMMUNAL) Als sehr erfreulich bezeichnete Freitag Planungsstadtrat Günther SALLABERGER die gestern von Bundesminister Robert GRAF präsentierte Entscheidung über die Zukunft der Roßauerkaserne. Der Planungsstadtrat wörtlich: „Ich finde es beachtlich, daß trotz der mit diesem Standort verbundenen Schwierigkeiten ein Weg zu einem Ergebnis gefunden werden konnte, das die Universität Wien, die Architekten, aber auch die Fachleute der Wiener Stadtplanung zufrieden stellen sollte.“ Sallaberger drückte die Hoffnung aus, daß nunmehr auch die politisch Verantwortlichen des 9. Bezirkes zu dieser Auffassung gelangen. Er stellte fest, daß der Vorschlag der Rektoren HIESMAYR, HOLZBAUER und PEICHL eine realistische Betrachtungsweise mit zukunftsweisenden Ideen verbindet. Seiner Ansicht nach müsse die in der Monarchie bewußt geschaffene Barriere, die die Roßauerkaserne darstellt, durchlässig gemacht werden.

„Ich hoffe, daß nach der nunmehr folgenden weiteren Bearbeitung ein Projekt verwirklicht werden kann, das die Interessen der Stadt Wien, des Bundes, der betroffenen Bezirke, vor allem aber der Menschen bestmöglich vereint.“ (Schluß) lf/rr

Stacher zur Strukturänderung im neuen AKH

„Sturm im Wasserglas“

Wien, 15.4. (RK-KOMMUNAL) Als „Sturm im Wasserglas“ bezeichnete der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Freitag die derzeitige Diskussion um die UOG-Novelle, bei der es vor allem darum geht, ob die Universitätsprofessoren die Spitalsabteilungen völlig selbständig führen können oder ob die Spitalsverwalter die Abteilungen je nach dem Bedarf verändern können. In keinem der beiden Fälle wäre nämlich die medizinische Funktion des neuen AKH gefährdet.

Es ist verständlich, daß die Professoren mehr Eigenständigkeit haben wollen, doch ist diese Frage in Verhandlungen zwischen dem Wissenschaftsministerium und den Medizinischen Fakultäten beziehungsweise im Parlament zu klären.

Wichtig für den Gesundheitsstadtrat ist, daß er von der VAMED bestätigt erhielt, daß die von der Wiener Medizinischen Fakultät in den letzten Jahren ausgearbeitete Strukturreform im Hinblick auf die Aufteilung der medizinischen Fächer und die Spitalsbetten nicht nur umgesetzt werden kann, sondern auch tatsächlich umgesetzt wird, ohne den Zeit- und den Kostenplan in Frage zu stellen.

Auf Grund dieser Strukturreform wird das neue Allgemeine Krankenhaus eine sehr moderne und auch patientengerechte Struktur haben. Es fehlt nur noch ein Beschluß über die endgültige Aufteilung der Forschungs-Laboratorien, die jedoch die Struktur der Patientenversorgung nicht beeinflusst. (Schluß) sc/rr

Wiener Festwochen mit zahlreichen Höhepunkten

Brücke zwischen Ost und West, Plattform östlicher Kunst

Wien, 15.4. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK stellte am Freitag das Programm der Wiener Festwochen 1988 vor. Zu den wichtigsten Programmschwerpunkten der Festwochen zählen das Theaterfest mit Produktionen aus Ost und West, die Thematik „1938 — 1988“, die Ausstellung „Imago Mexiko“ und die Eigenproduktionen der Festwochen mit der Schubert-Oper „Fierrabras“ an der Spitze. Kulturstadträtin Dr. Pasterk sagte, das Programm entspreche der Brückenfunktion Wiens als mitteleuropäische Hauptstadt zwischen Ost und West, es werde aber auch dem Anspruch einer Plattform für die zeitgenössische österreichische Kulturszene gerecht.

Im Rahmen des Theaterfestes gastieren eine Reihe osteuropäischer Bühnen in Wien. Das Budapester Katona Jozsef Theater zeigt Tschechows „Drei Schwestern“, Gogols „Der Revisor“ und „Catullus“ von Milan Fürst. Aus der UdSSR ist Anatolij Wassiljews Inszenierung von „Sechs Personen suchen einen Autor“, eine Inszenierung von Tschechows „Onkel Wanja“ des „Theaters der Jugend Wilna“ und „Der Drache“ von Jewgnij Schwarz mit dem Ensemble des Theaterstudios Süd-West aus Moskau zu sehen. Das Staatsschauspiel Dresden aus der DDR zeigt Wolfgang Engels Inszenierung der „Nibelungen“ von Hebbel, Polen ist mit dem Theater KTO aus Krakau, das die Clownparade „Die Abschiedsvorstellung“ bringt, bei den Festwochen vertreten. Weitere Gastspiele osteuropäischer Ensembles gibt es im Rahmen des Festivals für Bewegungstheater „Direkt bewegt“, das im Wiener Künstlerhaus stattfindet.

Mit der Aufführung der Berliner Schaubühne von Tschechows „Drei Schwestern“ ist das Westberliner Theater bei den Festwochen vertreten.

Einen Höhepunkt der Festwochen verspricht die szenische Erstaufführung der Oper „Fierrabras“ von Franz Schubert. Ruth Berghaus führt Regie, Claudio Abbado hat die musikalische Leitung dieser Produktion übernommen, die die Festwochen gemeinsam mit der Wiener Staatsoper und der Opera National de la Monnaie Brüssel herausbringen.

Weitere Eigenproduktionen der Festwochen sind die Uraufführung von Thomas Braschs „Frauen-Krieg-Lustspiel“ in der Inszenierung von George Tabori, die Uraufführung „Klangtheater“ des jungen österreichischen Komponisten Thomas Pernes und die Produktion der „Räuber“, die die Festwochen gemeinsam mit dem Beinhardt-Ensemble zeigen. Am Akademietheater kommt in einer Koproduktion Turrinis Stück „Die Minderleister“ zur Uraufführung, das Theater Gruppe 80 zeigt Filippos „Innere Stimmen“ und das Jura-Soyfer-Theater Horvaths „Sladek“.

Das Ausstellungsereignis der Festwochen ist die große Schau „Imago Mexiko“, die die mexikanische Kunst von 1900 bis 1960 umfassend präsentiert. Insgesamt sind 400 Werke von 58 mexikanischen Künstlern zu sehen, die einen wesentlichen Beitrag zur Kunst des 20. Jahrhunderts bilden.

Weitere wichtige Ausstellungen, die während der Festwochen zu sehen sind, sind „Friedrich Kiesler — Visionär — 1890-1965“ im Museum des 20. Jahrhunderts und eine Skulpturen-Schau Alfred Hrdlickas im Messepalast. Junge österreichische Bildhauer zeigen ihr Skulpturenprojekt „Querfeld I“ im Volksgarten.

Dem Themenbereich „1938 — 1988“ ist auch die Eröffnung der Wiener Festwochen gewidmet: unter dem Titel „Ein Lied geht um die Welt“ präsentiert Michael Heltau Streiflichter aus der Musikszene Wiens vor 50 Jahren, die der nationalsozialistischen Kulturpolitik zum Opfer gefallen ist. Weiters kennzeichnen das Symposium „Verdrängte Kultur: Österreich 1918-1938-1968-1988“, die Ausstellung „Entartete Musik“, die Thematik des Musik-

festes „Musik aus dem Exil — verbotene Musik“ und das Gastspiel des Freiburger Theaters mit Strittmachers „Viehjud Levi“ das Engagement der Festwochen für diesen Bereich.

Anspruchsvollen Pop bietet das Festival „Big Beat“ im Messepalast, das Kindertheater-Festival im Künstlerhaus setzt nach dem großen Erfolg im Vorjahr einmal mehr Maßstäbe in dieser Sparte. Die Subvention der Stadt Wien für die Festwochen beträgt 60 Millionen Schilling, weitere 6 Millionen trägt die Wirtschaft an Sponsorgeldern bei. (Schluß) gab/rr/bs

Forts. von Blatt 687

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (Mf 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 18. April 1988

Blatt 689

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Schirmer appelliert an Immuno, auf die beiden Schimpansen zu verzichten (690/FS: 15.4.)
- Nun auch französische Käsesorten mit TRI bzw. PER gefunden (691/FS: 15.4.)
- Viele Attraktionen bei der „Woche des Waldes“ (692/FS: 16.4.)
- Musikalisches Gastspiel einer Wiener Schulklasse in Großbritannien (692/FS: 16.4.)
- 7,9 Millionen für Wasserrohrlegung in Simmering (693/FS: 17.4.)
- Vierter Familiensonntag des Landesjugendreferates (694)
- Neue Einbahn in der Brigittenau (694)
- Neurologische Überwachungsstation auf dem Rosenhügel (697)
- ÖVP für „Sparvariante“ beim Zentralbahnhof (698)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- 60. Geburtstag von Georg Eisler (695)
- Wiener Vorlesungen: Vortrag von Ex-Außenminister Dr. Bielka (695)

Wirtschaft:

- Ökonomie und Ethik — eine Herausforderung für die öffentliche Wirtschaft (696)

Schirmer appelliert an Immuno, auf die beiden Schimpansen zu verzichten

Wien, 15.4. (RK-KOMMUNAL) In Zusammenhang mit dem Rechtsstreit um die beiden Schimpansen „Rosl“ und „Hias“ appellierte Stadträtin Christine SCHIRMER Freitag in einem Telegramm an die Immuno, auf die Forderung nach Herausgabe der beiden Tiere zu verzichten. Das Telegramm lautet:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Als die für den Tierschutz in Wien zuständige, wenn auch in dieser Sache nicht kompetente, Stadträtin ersuche ich Sie, auch wenn Sie formal im Recht sein sollten, auf die Forderung nach Herausgabe der beiden Schimpansen Rosl und Hias, die derzeit im Wiener Tierschutzhaus untergebracht sind, zu verzichten. Wie ich erfahren habe, ist der Wiener Tierschutzverein durchaus bereit, dem von Ihnen in einer Presseaussendung gemachtem Vorschlag entsprechend die verlangten Kosten für die beiden Schimpansen in einen Fonds einzubringen. Es liegt im Interesse des Tierschutzes — unabhängig von der Frage Tierversuche —, könnte hier eine außergerichtliche Einigung gefunden und der Rechtsstreit um die beiden Lebewesen in deren Interesse beendet werden.“ (Schluß) hrs/bs

Bereits am 15. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Nun auch französische Käsesorten mit TRI bzw. PER gefunden

Wien, 15.4. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Kontrollen auf Rückstände von Perchloräthylen (PER) und Trichloräthylen (TRI) in Olivenöl und Käse — die Kontrollen wurden auf französische Käsesorten erweitert — wurden nun bei zehn (plus einer privaten) Proben dreier verschiedener Käsesorten aus Frankreich TRI- bzw. PER-Rückstände gefunden. Es handelt sich dabei um Proben von Le Tartate, Val Brie und Brie macillot. Die Werte schwanken zwischen 0,4 bis 10,5 Milligramm pro Kilogramm Käse. Sämtliche Käsesorten gelten als verdorben, entsprechende Rückholaktionen wurden eingeleitet. Die Untersuchungen wurden sowohl von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien als auch von jener des Bundes durchgeführt.

Wie die Österreichischen Lebensmittelexperten diese Woche bei einer Konferenz festlegten, wird ab 0,1 Milligramm PER bzw. TRI als „verdorben“ klassifiziert.

Auch beim Olivenöl wurden bei zwei weiteren Proben geringe, unter diesem Wert liegende Mengen PER gefunden.

Die 17 untersuchten Proben von Kakaobutter, ein wesentlicher Bestandteil der Schokolade, die von der städtischen Lebensmitteluntersuchungsanstalt in den letzten Tagen überprüft wurden, sind dagegen frei von PER- oder TRI-Rückständen.

Beim Le Tartare zeigte sich übrigens, daß bereits die Verpackung hohe TRI-, möglicherweise auch PER-Konzentrationen aufweist: in einer Verpackung wurden sechs Milligramm TRI festgestellt; der Stoff ist in Österreich in der Verpackung nicht erlaubt. (Schluß) hrs/rr

Bereits am 15. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Viele Attraktionen bei der „Woche des Waldes“

Wien, 16.4. (RK-KOMMUNAL) „Tu was für den Wald“ lautet das Motto der „Woche des Waldes 1988“, die vom 18. bis 24. April stattfindet. Speziell für Kinder und Jugendliche hat sich das Forstamt der Stadt Wien aus diesem Anlaß zahlreiche Attraktionen einfallen lassen. Am Dienstag, dem 19., und Mittwoch, dem 20. April, steht das Forstpersonal der Wiener Schuljugend für Waldführungen an zehn verschiedenen Standorten, z.B. Lainzer Tiergarten, Maurer Wald, Cobenzl, Laaer Wald und Lobau, zur Verfügung. Rund 1.200 Schulkinder können bei dieser Aktion aktuelle Probleme des Waldes und richtiges Verhalten im Wald kennenlernen. Weiters können die Jugendlichen junge Waldbäumchen setzen und an einem Waldquiz teilnehmen. Höhepunkt und Abschluß der „Woche des Waldes“ ist der „Wiener Waldtag“ am Sonntag, dem 24. April, der zugleich auch der Familiensonntag ist. Der „Wiener Waldtag“ findet von 10 bis 16 Uhr im Ottakringer Wald, ausgehend vom Schloß Wilhelminenberg, 16, Savoyenstraße 2, statt. Auf dem Programm stehen u.a. Baumpflanzaktionen, eine Vorführung von der Holzrückung mit einem Pferd, Diaschauen im neueröffneten Schloß sowie Sonderführungen im Institut für Wildtierkunde. Auch ein umfangreiches Kinderprogramm mit Abenteuerparcours, Bastelwerkstatt und Kindertheater sorgt für Abwechslung. (Schluß) du/rr

Musikalisches Gastspiel einer Wiener Schulklasse in Großbritannien

Wien, 16.4. (RK-LOKAL) 29 Mädchen und Buben der Musikhauptschule 12, Am Schöpfwerk 27, gastieren auf Einladung des Internationalen Sonnenberg-Kreises vom 18. bis 25. April in Norwich/Großbritannien. Die 20 Schülerinnen und neun Schüler der vierten Musikklasse werden Konzerte geben und mit Schülern der dortigen Schulen singen und musizieren. Das Programm umfaßt Lieder und Tänze sowie Darbietungen auf verschiedenen Instrumenten. (Schluß) jel/rr

Bereits am 16. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 16. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

7,9 Millionen für Wasserrohrlegung in Simmering

Wien, 17.4. (RK-KOMMUNAL) Mittel in Höhe von insgesamt 7,9 Millionen Schilling genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport für die Wasserrohrlegung im 11. Bezirk, Klebnergasse — Hörten-
gasse — Kimmerlgasse — Krautgasse. Die Rohrleitung in diesem Bereich hat eine Länge von 1.600 Metern. Die Anrainer werden damit von Brunnen unabhängig. (Schluß) and/gg

Bereits am 17. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Vierter Familiensonntag des Landesjugendreferates

Wien, 18.4. (RK-LOKAL) Umfangreich ist das Programm des vierten Familiensonntags des Wiener Landesjugendreferates am 24. April. Folklore präsentieren das Collegium Hungaricum während eines „Ungarischen Tages“ und das Jugendzentrum Ottakring mit Liedern, Tänzen, Kinderspielen und Spezialitäten aus Jugoslawien. Ebenfalls im Programm:

- Schnuppernachmittag für Pferdefreunde im Wiener Galopp-Rennverein
 - Besuch des ORF-Zentrums
 - „Goiserer-Rallye“ und „Sagen-Rallye“
 - „Raten-Mitspielen-Spaß haben“ vor dem Riesenrad
 - Abschlußfest der „Woche des Waldes 1988“ beim Schloß Wilhelminenberg
 - Aktion „Frühling-freuen-fröhlich-sein“ auf den Wienerberggründen.
- (Schluß) jel/rr

Neue Einbahn in der Brigittenau

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Mit 20. April tritt in der Brigittenau eine neue Einbahnregelung in Kraft: Die Gaulhofergasse wird von der Adalbert-Stifter-Straße bis zur Klosterneuburger Straße (in dieser Richtung) zur Einbahn erklärt. Grund dafür: In der engen Straße, in der schon bisher nur ein Fahrstreifen zur Verfügung stand, kam es immer wieder zu Problemen beim Vorbeifahren. (Schluß) roh/gg

60. Geburtstag von Georg Eisler

Wien, 18.4. (RK-KULTUR) Der Maler Georg EISLER wurde am 20. April 1928 in Wien geboren. Mit seiner Mutter emigrierte er 1938 nach Prag und von dort nach England, wo er die Kunstschulen von Stockport, Manchester und Salford besuchte. 1944 beteiligte sich Eisler an einer Ausstellung von in England lebenden Künstlern (gemeinsam mit Kokoschka, Ehrlich, Frankl, Charoux u.a.). 1946 kehrte er nach Wien zurück und studierte an der Akademie bei Boeckl. Nach 1958 wurden Georg Eislers Arbeiten in zahlreichen Galerien und Museen des In- und Auslandes gezeigt.

1966 wurde der Künstler mit dem Österreichischen Staatspreis ausgezeichnet, 1971 erhielt er den Preis der Stadt Wien für Malerei und Graphik, 1974 das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst und 1987 die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Von 1968 bis 1972 war Georg Eisler Präsident der Wiener Secession. Die letzte umfassende Ausstellung seiner Bilder fand im Herbst 1985 im Museum moderner Kunst statt.

1987 erschien im Europa Verlag das Buch „Landschaft des Exils“, in dem Georg Eisler mit einem Bilderzyklus und eigenen Texten seine Exiljahre in Manchester verarbeitet. (Schluß) red/gg

Wiener Vorlesungen: Vortrag von Ex-Außenminister Dr. Bieleka

Wien, 18.4. (RK-KULTUR) Kommenden Donnerstag, den 21. April, findet ein weiterer Vortrag im Rahmen der „Wiener Vorlesungen — Auf der Suche nach dem Gemeinsamen“ statt. Diesmal spricht der frühere Außenminister Dr. Erich BIELKA über das Thema „Die internationale Haltung zum Österreich-Problem vor und nach dem Anschluß“. Die Moderation der Veranstaltung hat Minister a. D. Franz KREUZER übernommen. (Schluß) red/gg

Ökonomie und Ethik – eine Herausforderung für die öffentliche Wirtschaft

Wien, 18.4. (RK-WIRTSCHAFT) Im Rahmen der Schriftenreihe der Gemeinwirtschaft ist kürzlich der Band „Ökonomie und Ethik — eine Herausforderung für die öffentliche Wirtschaft“ von Dr. Hubert ZEITLHOFER erschienen. Der Autor, Lehrbeauftragter an der Johannes-Kepler-Universität Linz und viele Jahre hindurch in einer Spitzenposition der Linzer Kommunalverwaltung tätig, gilt als profunder Kenner der öffentlichen Wirtschaft, der sich auch nicht scheut, mit kritischen Thesen hervorzutreten. Landläufige Definitionen wie „nicht gewinnorientiert und dem öffentlichen Wohl dienend“ sind für ihn zu eng und deshalb überholt: „Die öffentliche Wirtschaft ist heute viel größer geworden, im Mittelpunkt stehen die, die bilanzieren“ meint er dazu.

Nicht zuletzt die umfangreichen Subventionen, die sehr weitgehend der Privatwirtschaft zugutekommen, haben zur Entstehung von Mischformen geführt, um deren Systematisierung sich die vorliegende Arbeit ebenfalls bemüht. Der Autor setzt sich zunächst mit Auftrag und Inhalt von Gemeinwirtschaft, öffentlicher Wirtschaft und Privatwirtschaft auseinander und gibt auch einen Rückblick auf die kontroverielle Diskussion des 19. und 20. Jahrhunderts in den Ökonomie- und Gesellschaftswissenschaften. Einen bemerkenswerten Aspekt stellt der Einsatz öffentlicher Unternehmen zur Durchsetzung gesellschaftlicher und sozialer Anliegen dar, der am Beispiel der Voest-Alpine AG. behandelt wird.

Die Grundtendenz dieses Bandes ist zwar durchaus kritisch, weist aber den Weg zu Lösungsansätzen, wenn es abschließend heißt, es werde das Mißverständnis sichtbar, ökonomischen Fortschritt mit sozialem Fortschritt gleichzusetzen. Erst wenn dieses Mißverständnis überwunden sein werde, werde auch die historische Frontstellung Kapitalismus und Sozialismus tatsächlich der Geschichte angehören. Ihre friedliche Überwindung sollte zum neuen Ideal unserer Zeit werden.

Der Band wurde bei Jugend & Volk, Wien verlegt und ist zum Preis von 178 Schilling bei der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft, 1016 Wien, Stadiongasse 6-8, Telefon 48 22 04 und 48 22 05, erhältlich. (Schluß) pz/bs

Neurologische Überwachungsstation auf dem Rosenhügel

Gesundheitsausschuß genehmigte 3,74 Millionen Schilling

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Auf der I. Neurologischen Abteilung des Neurologischen Krankenhauses der Stadt Wien — Rosenhügel wird eine Rehabilitationseinheit eingerichtet. Sie wird aus einer Neurologischen Überwachungsstation, wo in erster Linie Patienten mit schweren Schlaganfällen betreut werden, und einer Station für die Langzeitrehabilitation bestehen. Für die Umbauarbeiten zweier bestehender Stationen in die neue Rehabilitationseinheit genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen in seiner letzten Sitzung 3,74 Millionen Schilling.

Die geplante Überwachungsstation wird über 13 Betten verfügen, wobei sieben Betten in zwei Überwachungszimmern und sechs Betten in drei Zweibettzimmern mit der üblichen Ausstattung einer Neurologischen Abteilung aufgestellt werden. Außer den erforderlichen diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen wird das medizinische Leistungsangebot der neuen Überwachungsstation die Überwachung der Vitalfunktionen, Beatmung und Absaugung, Atemübungen, Bewegungsübungen, Sprechübungen und die Rehabilitation höherer Hirnleistungen umfassen.

Neben der ärztlichen und pflegerischen Behandlung soll sofort die Frührehabilitation durch Heilgymnasten, Logopäden, Ergotherapeuten und Psychologen einsetzen. Dadurch können bei Patienten nach Schlaganfällen Schäden vermieden werden, die sonst nur schwer wieder gutzumachen wären.

Die Station für Langzeitrehabilitation wird über 21 Betten verfügen.
(Schluß) sc/rr

ÖVP für „Sparvariante“ beim Zentralbahnhof

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Eine neue „Sparvariante“ für die Verwirklichung des Zentralbahnhofes in Wien schlug ÖVP-Verkehrssprecher, LAbg. Dipl.-Ing. REGLER am Montag in einem Pressegespräch vor. Dieser Vorschlag würde knapp 800 Millionen kosten, während die ÖBB-Pläne auf rund 5,3 Milliarden veranschlagt werden. Regler schlägt vor, die Fernreisezüge der Weststrecke sollten über die dafür tiefgelegte Verbindungsbahn zwischen Hietzinger Kai und Stranzenbergbrücke und knapp nach Hetzendorf auf die Südbahnstrecke geführt werden. Damit, so Regler, könne man sich den teuren ÖBB-Tunnel unter dem Lainzer Tiergarten ersparen. Weiters regte Regler an, anstelle eines Neubaus im Gleisdreieck Südbahnhof — Ostbahnhof den derzeitigen Südbahnhof als zentralen Fernreisebahnhof zu verwenden. Damit könnten die vier inneren Gleise in einer Schleife in die Ostbahnstrecke eingeleitet werden. Über diese Gleisverbindung könnten die Züge über die Pottendorfer Linie nach Wiener Neustadt geleitet werden — womit die Verbindung Südstrecke — St. Pölten hergestellt werde — oder auf den Strecken der Ostbahn, Richtung Budapest und Warschau, weiterfahren. Der Westbahnhof selbst bliebe dann Endbahnhof für den Regionalverkehr, der eine gute Anbindung an das innerstädtische Schnellverkehrsmittel, U 3 und U 6, besitzt. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 19. April 1988

Blatt 699

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Einwendung gegen Wackersdorf (706/707)

Kommunal/Lokal:

Wien: Verschiebung der Semesterferien beschlossen (702)

Baustelle Triester Straße: Schule wird umgesiedelt (702)

Mehr Sicherheit für die Einspurigen im Straßenverkehr (703)

300 Millionen Schilling für Verkehrseinrichtungen (704/705)

Zuzug beim Verein Weltausstellung (708)

Bezirke:

Bezirksbudgets 1989: Vorarbeiten beginnen (700)

Sitzung der Bezirksvertretung Penzing (703)

Kultur:

Roda Roda-Nachlaß für die Wiener Stadtbibliothek (701)

Vortrag über Biedermeier-Schriftstellerin (nur FS)

Bezirksbudgets 1989: Vorarbeiten beginnen

Wien, 19.4. (RK-BEZIRKE) Bereits jetzt müssen die Vorarbeiten für die Erstellung der Bezirksbudgets 1989 beginnen. Die organisatorischen Details sowie die einzuhaltenden Fristen wurden nun in einem Erlaß von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION geregelt.

Die Voranschlagsentwürfe der einzelnen Dienststellen sind bis spätestens Mitte Mai den Bezirksvorstehern zu übermitteln. Zwischen 1. und 15. Juni finden dann die Budgetbesprechungen der Bezirks-Finanzausschüsse mit den Magistratsdienststellen statt, und bis spätestens 30. September erstellen die Finanzausschüsse der Bezirksvertretungen ihre Budgetentwürfe für 1989. (Schluß) ger/gg

Roda Roda-Nachlaß für die Wiener Stadtbibliothek

Wien, 19.4. (RK-KULTUR) Die Stadt Wien erwarb den Nachlaß von Alexander RODA RODA für die Wiener Stadt- und Landesbibliothek. Der Kaufpreis für den Nachlaß, der Manuskripte, Tagebücher, Briefe und andere persönliche Gegenstände aus dem Besitz des Dichters enthält, betrug 1,55 Millionen Schilling. Die symbolische Übergabe des Nachlasses von Frau Dana RODA-BECHER, der Tochter von Roda Roda, an Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK fand am Montag im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung „Roda Roda — Der Literat mit der roten Weste“ statt. Dana Roda-Becher überreichte Dr. Pasterk dabei ein Tagebuch, das Roda Roda mit ihrer Geburt begonnen hatte und während ihrer ganzen Kindheit und Jugend fortführte.

Die Ausstellung in der Z-Galerie, Operngasse 6, die bis 29. April, Dienstag bis Freitag jeweils von 10 bis 12 und von 14 bis 18 Uhr geöffnet ist, wurde aus Beständen des von der Stadtbibliothek erworbenen Nachlasses zusammengestellt.

Neben zahlreichen anderen Exponaten, wie auch der berühmten roten Weste sind Briefe aus dem Exil in New York zu sehen, die Roda Roda unter anderem mit den Brüdern MANN, Egon Erwin KISCH und Friedrich TORBERG wechselte. (Schluß) gab/bs

Wien: Verschiebung der Semesterferien beschlossen

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Im Einvernehmen mit der Wiener Landesregierung beschloß das Kollegium des Stadtschulrates für Wien die Verschiebung des Beginns der Semesterferien für das Schuljahr 1988/89 auf den 13. Februar 1989. Dies teilte der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mit. In Wien wird das Semesterzeugnis am Freitag, dem 10. Februar 1989, in der letzten Unterrichtsstunde verteilt, und der darauffolgende Samstag ist, wie in den letzten Jahren, wieder schulfrei. (Schluß) red/rr

Baustelle Triester Straße: Schule wird umgesiedelt

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit den Umbauarbeiten für die Triester Straße kommt es für die Schüler der Höheren technischen Bundeslehranstalt Wien 10 zu größeren Belästigungen. Wie der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, ist es gelungen, ein Gebäude auf dem Gelände der ehemaligen Eternit-Werke, Ecke Davidgasse — Knöllgasse, anzumieten, in dem ab September 1988 die Schüler störungsfrei unterrichtet werden können. (Schluß) red/bs

Mehr Sicherheit für die Einspurigen im Straßenverkehr

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters ging Verkehrsstadtrat Johann HATZL Dienstag auf die Bemühungen ein, die Sicherheit für die sogenannten Einspurigen im Straßenverkehr zu verbessern.

Im Straßenverkehr sind Motorräder, Mopeds und Fahrräder besonderen Gefahren ausgesetzt; das ist leider eine Tatsache. Tatsache ist aber auch, daß die Betroffenen selbst durch ein umsichtiges, verkehrskonformes Verhalten deutlich zur Minderung dieser Gefahren beitragen können. Richtiges Verhalten im Straßenverkehr bedarf aber entsprechender Routine, und wo diese noch fehlt, der Übung. Ein Verkehrsübungsgelände für diese Gruppe von Verkehrsteilnehmern besteht seit nunmehr vier Jahren. „Die Stadt Wien begrüßt im Interesse einer laufenden Hebung der Verkehrssicherheit und weiteren Senkung der Unfallzahlen diese Maßnahme ganz besonders“, betonte Verkehrsstadtrat Johann Hatzl in diesem Zusammenhang.

Sicherheitstraining wann und wo?

Der berühmte Schritt von der Theorie zur Praxis ist für jeden schnell und unkompliziert möglich. Auf dem Verkehrsübungsgelände der Bundespolizeidirektion Wien beim Albernener Hafen findet jeweils an SAMSTAGEN ZWISCHEN 9 UND 15 UHR bei Schönwetter das Sicherheitsfahrtraining für jedermann unter Anleitung erfahrener Jugendkontaktbeamter statt, das Theorie und Praxis über die geltenden Vorschriften einschließt.

Aktion „Sicher Radfahren in Wien“

In dieser Woche begann die Aktion „Sicher Radfahren in Wien“, die der erhöhten Attraktivität des Radfahrens im Wiener Stadtgebiet Rechnung tragen soll und eine entsprechende theoretische und praktische Unterstützung durch Polizeiorgane bewirken wird.

Für die Radfahrer gibt es seit 1987 EIN EIGENES ÜBUNGSGELÄNDE. Es soll auch zur Begegnung zwischen Senioren, Kindern und Jugendlichen dienen. Dabei soll einerseits die Möglichkeit geboten werden, als Radfahrer beziehungsweise Fußgänger wichtige straßenverkehrsrechtliche Bestimmungen (wie zum Beispiel das Verhalten auf Kreuzungen oder Radwegen) kennenzulernen und andererseits im Anschluß an das gemeinsame Sicherheitstraining in möglichst offenen Diskussionen Probleme zwischen älteren und jüngeren Verkehrsteilnehmern zu erörtern. Als generelle Zielsetzung gilt: Mehr gegenseitiges Verständnis! (Schluß) pz/rr

Sitzung der Bezirksvertretung Penzing

Wien, 19.4. (RK-BEZIRKE) Im Festsaal des Amtshauses Hietzing/Penzing, 13, Hietzinger Kai 1, findet am Mittwoch, dem 20. April, um 18 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvertretung Penzing statt. (Schluß) end/bs

300 Millionen Schilling für Verkehrseinrichtungen

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsorganisation ist etwas durchaus Lebendiges — unter diesem Motto gab Verkehrsstadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag einen gerafften Überblick über die umfangreichen Aufgaben der Magistratsabteilung 46 — Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten. Allein für die Errichtung, den Betrieb und die Erhaltung von Verkehrseinrichtungen werden rund 300 Millionen Schilling pro Jahr aufgewendet.

In der Stabstelle der Magistratsabteilung 46 ist die VERKEHRSPERMANENZSTELLE integriert, in der mit jeweils drei Bediensteten der Dienstbetrieb von Montag bis Freitag in der Zeit von 7 bis 18 Uhr im Amtsgebäude in Wien 12, Niederhofstraße 23 aufrechterhalten wird.

Bisher bestes Jahr für die Verkehrssicherheit

Das Jahr 1987 war für die Verkehrssicherheit in Wien das bisher erfolgreichste. Der Vergleich der Personenschadenunfälle mit 1983 zeigt eine Verminderung um 756 Unfälle und um 1.261 Verletzte. Der Rückgang der Unfalltoten im Straßenverkehr von 169 im Jahr 1983 auf 73 im Jahr 1987 kann als bisher größte Leistung der Verkehrssicherheit in den letzten Jahren bezeichnet werden. Vergleicht man diese Totenrate etwa mit dem Jahr 1960 (268 Tote) so ergibt sich ein Rückgang der Unfalltoten im Jahr 1987 auf ein Viertel.

Ebenfalls erfolgte eine weitere Reduktion bei der Zahl der Verletzten und der toten Fußgänger im Wiener Stadtgebiet, was beweist, daß die bisherigen Maßnahmen der Verkehrssicherheit zum Schutze der Fußgänger voll gegriffen haben. Die Zahl der verletzten Fußgänger seit 1970 konnte um zuletzt 1.045 (das ist ein Drittel), die Zahl der getöteten Fußgänger um 99 verringert werden.

Berechnet man die sogenannten „volkswirtschaftlichen Unfallkosten“ der Personenschadenunfälle, so konnte durch die gezielte Verkehrssicherheitsarbeit der Stadt Wien ein Rückgang seit dem Jahr 1983 im Ausmaß von etwa 800 Millionen Schilling jährlich erreicht werden.

Verkehrsorganisation und Planung

Das Referat VERKEHRSORGANISATION befaßt sich mit der Planung und Realisierung von Verkehrskonzepten für Bezirke und Bezirksteile im bestehenden Straßennetz, wobei die Zielsetzungen der Verkehrskonzeption für Wien berücksichtigt werden. Aus der Vielzahl der 1987 von diesem Referat erledigten Arbeiten nur einige Beispiele: Es wurde an der generellen Planung der Oberflächengestaltung nach dem Abschluß der Bauarbeiten für den U-Bahn-Bau im 1., 3., 6. und 7. Bezirk mitgearbeitet; ebenso an der Planung der Tiefgaragen Albertina, Freyung und Hofburg.

Für vier Wiener Teilbereiche wurde ein Großversuch „Tempo 30 km/h“ in Auftrag gegeben und laufend betreut.

Ein weiteres Referat beschäftigt sich mit der generellen Projektierung und der Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen.

Besonders umfangreich ist der Tätigkeitsbereich des Projektkoordinators für das Radwegebauprogramm. Im Jahr 1987 wurden Radverkehrsanlagen mit einer Länge von 48 Kilometern realisiert. Somit betrug mit Ende des Jahres die Länge der den Wienern zur Verfügung stehenden Radverkehrsanlagen zirka 216 Kilometer.

Straßenverkehrsbehörde

Ein großer Aufgabenkomplex besteht in der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße (gemäß § 90 StVO) und in der Festlegung der dafür erforderlichen Verkehrsmaßnahmen.

Ein weiterer Bereich ist der U-Bahn-Bau. Für den Ausbau der U 3 und U 6 waren wieder umfangreiche Bewilligungsverfahren notwendig. Es handelte sich dabei um Einbautenverlegungen und die Planung der erforderlichen Umleitungen.

300 Millionen Schilling für Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen

In diesem Bereich wurden im abgelaufenen Jahr die Budgetmittel für folgende Maßnahmen ausgegeben:

- ca. 62,045.600 S für Betrieb und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Gemeindestraßen
- ca. 13,392.000 S für Strom
- ca. 80,270.500 S für Errichtung und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Gemeindestraßen
- ca. 73,718.000 S für Errichtung und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Bundesstraßen B und S
- ca. 9,013.000 S für Errichtung und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Bundesstraßen A
- ca. 26,561.400 S für Umbauten und Umleitungen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau
- ca. 26,153.500 S für Refundierungen und diverse andere Budgetposten

155 Kilometer Bodenmarkierungen neu

An Bodenmarkierungen wurden alleine auf Straßen, die von der Gemeinde Wien erhalten werden, für neufestgelegte Maßnahmen und zur Erhaltung der bestehenden Markierungen 58.920 Meter Strichmarkierungen sowie 17.994 Quadratmeter Flächenmarkierungen aller Art aufgebracht. Auf den Bundesstraßen B und S im Bereich des Landes Wien waren es 72.423 Meter Strichmarkierungen sowie 10.831 Quadratmeter Flächenmarkierungen und schließlich auf den Autobahnen (Bundesstraßen A) 33.181 Meter Strichmarkierungen und 297 Quadratmeter Flächenmarkierungen.
(Schluß) pz/gg

Forts. von Blatt 704

Einwendung gegen Wackersdorf

Wien, 19.4. (RK-POLITIK) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat folgendes Schreiben an das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen gerichtet:

„Namens der Bundeshauptstadt Wien erhebe ich

EINWENDUNG

gegen die Anträge der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen und weitere Parteien, betreffend die zweite atomrechtliche Teilgenehmigung einer Wiederaufarbeitungsanlage für bestrahlte Kernbrennstoffe aus Leichtwasserreaktoren und eine Mischoxid-Brennelementfabrik im Taxölderner Forst bei Wackersdorf (Bekanntmachung vom 9. Februar 1988, Nr. 9241-72-6853), und begründe diese wie folgt:

- 1) Die zur Einsicht aufliegenden Unterlagen (Anträge, Kurzbeschreibung, Sicherheitsbericht) lassen eine umfassende und nachvollziehbare Bewertung von Normalbetrieb und Störfällen der geplanten Wiederaufbereitungsanlage nicht zu. Es ist daher nicht möglich zu überprüfen, wie im Projekt diese Sicherheitsmaßnahmen im Detail verwirklicht werden sollen.
- 2) Die Vorstellungen über die Bewältigung der Krypton 85-Rückhaltung sind unzureichend dokumentiert. Aus Gründen der Sicherheit müßte eine entsprechende Anlage von Betriebsbeginn an vorgesehen sein. Zumindest hätte in den Anträgen dargelegt werden müssen, unter welchen Umständen ein erfolgreicher Probetrieb der Pilotanlage und damit die Möglichkeit zur Errichtung und zum Betrieb einer Großanlage überhaupt gegeben sein kann.
- 3) Die Anträge setzen sich nur mit dem Normalbetrieb der Anlage und den in ungenügendem Maße umschriebenen Auslegungsstörfällen auseinander. Darüber hinausgehende Störfälle, wie Erdbeben, chemische und mechanische Einwirkungen von außen und innen, die durch Sabotage oder kriegerische Aktivitäten hervorgerufen werden können, sind nicht ausreichend berücksichtigt. Aus geographischen und meteorologischen Gründen können solche Störfälle erhebliche Auswirkungen auch auf die Gesundheit und das Eigentum von Bürgern der Bundeshauptstadt Wien haben, wobei auf folgende offene Fragen und mögliche Gefahren hingewiesen wird:
 - a) Die Berechnungsgrundlagen, mit welchen der Aufpunkt maximaler Strahlenbelastung im Nahbereich der Wiederaufbereitungsanlage und die Aussage, mit welcher Strahlenbelastung im Wiener Raum unter Bedachtnahme auf die lokalen meteorologischen Verhältnisse, wie Inversionswetterlagen und Zugrichtung von Niederschlagsgebieten, zu rechnen ist, fehlen. Auch der Nachweis über die verbleibende Funktionsfähigkeit von emissionsmindernden Rückhaltmaßnahmen in Störfällen sowie über radiologische Konsequenzen in Auslegungsstörfällen und anderen denkbaren Störfällen (z. B. Terroranschlag) im Falle einer Beschädigung der gegebenenfalls mit hochradioaktiven Lösungen gefüllten HAWC-Puffertanks wird nicht erbracht. Der Interpretation der Stärke des Erdbebens vom 8. Februar 1062 in Bayern, bei dem insbesondere im Raum Regensburg schwere Zerstörungen auftraten, kann nicht gefolgt werden. Nach Meinung seriöser Geodynamiker handelte es sich hierbei um ein Beben der Stärke 7 bis 8 auf der Mercalli-Skala.

Forts. auf Blatt 707

Forts. von Blatt 706

- b) Aus dem Sicherheitsbericht ergibt sich, daß von der Wiederaufbereitungsanlage vor allem auch das Nuklid „Krypton 85“ abgegeben wird, das ohne Rückhalteinlage in die Biosphäre gelangt. Es gibt in der Literatur Hinweise darauf, daß Krypton 85 an der Ozonbildung und damit letztlich auch an den Waldschäden beteiligt ist. Das Ausmaß ist derzeit noch völlig unbekannt, weshalb das Fehlen von Mengenangaben als Mangel angesehen werden muß.
- c) Für Wien von besonderer Bedeutung ist der Umstand, daß keine Ausbreitungsrechnungen unter Berücksichtigung der Meteorologie vorliegen. Zusätzlich zu den bei nichtradioaktiven Emissionen maßgebenden Faktoren sind hier noch spezielle Faktoren — z. B. wash-out, rain-out und andere Sonderfälle des fall-out — zu bedenken. Gerade diese Faktoren haben bekanntlich nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl eine besondere Rolle gespielt.
In diesem Zusammenhang ist auf die Gefahr der radioaktiven Verseuchung von Lebensmitteln besonders hinzuweisen. Vorhandene Aussagen über zu erwartende radioaktive Werte am Anlagenzaun bzw. der nächsten Umgebung der Anlage können daher keineswegs fortgeschrieben werden. Es ist im Gegenteil durch den 200 m hohen Hauptkamin eine Emission in höhere Luftschichten und damit eine häufige Fernverfrachtung (bei den vorherrschenden West- bis Nordwestwetterlagen) auch bis nach Wien zu erwarten.
- d) Den derzeit zugänglichen Unterlagen sind keine Aussagen über die Sicherstellung der Information zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich sowie über den Inhalt und die Anwendung von Alarmplänen bei Störfällen mit möglicher Fernwirkung zu entnehmen.

Die dargelegten Gründe rechtfertigen die Befürchtung, daß die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf die Gesundheit und das Eigentum der Wiener Bevölkerung gefährden würde. Die Schutzvorschriften des Atomgesetzes, Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1985, Teil I, Seite 1566 ff, erstrecken sich somit auch auf die Bewohner der Stadt Wien und schützen diese in gleicher Weise wie die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland vor den Gefahren der Kernenergie und der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlen. Die Bundeshauptstadt Wien ist daher Partei im Sinne der atomrechtlichen Vorschriften und dem Erörterungstermin gemäß § 8 Abs. 1 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung, Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1977, Teil I, Seite 280 ff, beizuziehen.“ (Schluß) red/gg

Zuzug beim Verein Weltausstellung

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Die für 1995 geplante Weltausstellung Wien-Budapest wird immer stärker zu einem österreichischen Anliegen, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Der zur Vorbereitung der Bewerbung gegründete „Verein Weltausstellung“ bekam Zuzug: Neu in den Vorstand gewählt wurden z.B. Bundesminister Dr. Heinrich NEISSER, die Landeshauptleute Dr. Wilfried HASLAUER, Mag. Siegfried LUDWIG, Dr. Alois PARTL und Johann SIPÖTZ, die Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer und des Gewerkschaftsbundes, Rudolf SALLINGER und Friedrich VERZETNITSCH sowie der Präsident der Industriellenvereinigung, Dr. Christian BEURLE. Erstmals ist auch die FPÖ durch Mag. Hilmar KABAS vertreten.

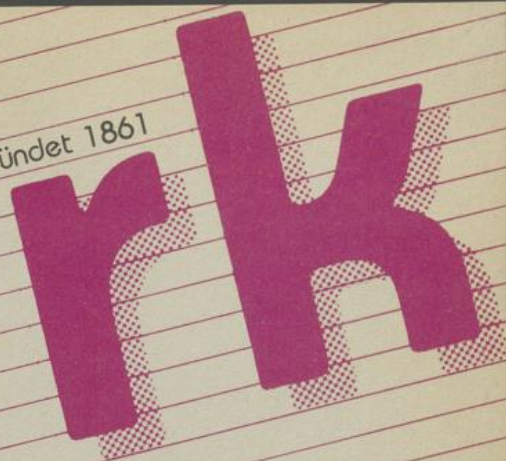
Die Vorbereitungsarbeiten für die Bewerbung um eine Weltausstellung sind in vollem Gang: Bis zum Sommer sollen die wesentlichen Fragen — Standort, Thema, Finanzierung — geklärt werden.

In diesen Tagen fielen wichtige „klimatische“ Entscheidungen: Am 12. April kam das „Ja“ der Bundesregierung für eine Weltausstellung, am 15. April sprachen sich die Landeshauptleute in Dürnstein für die Weltausstellung aus, gestern, Montag, wurde der Kreis der Mitglieder des „Verein Weltausstellung“ auf eine gesamtösterreichische Basis gestellt. (Schluß) sei/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 19. April 1988

Blatt 709

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ein neues Lueger-Buch (710)
- Präsidium der Arbeitsgemeinschaft der Europapreisträger-Städte tagte in Wien (711)
- Förderung der Fußgesundheit auf der „Senior aktuell“ (712)
- Wien-Tourismus: Mit 36 Prozent Zuwachs im März endet starke Wintersaison 1987/88 (713)
- EKAZENT-Consult soll verkauft werden (714)
- FPÖ: Weltausstellung nicht aus Steuergeldern (715)
- Mayr: Luna-Luna soll für Fremdenverkehr werben (716)
- Österreichischer Städtebund: Bechyna neuer Vorsitzender des Bauausschusses (717)
- Schönbornpark wird eröffnet (718)

Ein neues Lueger-Buch

Wien, 20.4. (Rk-KOMMUNAL) Im Roten Salon des Rathauses, unter dem Bild von Bürgermeister Dr. Karl Lueger, präsentierte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK das neue Buch „Des Bürgermeisters Lueger Lumpen und Steuerträger“ von Rudolf SPITZER (Österreichischer Bundesverlag, 340,- Schilling).

Zilk hob hervor, daß sich der Autor um ein objektives Bild Luegers bemüht hat und damit das verzerrt Bild vom „Bürgerkaiser“ zurechtrückt. Lueger war auch ein Wegbereiter des Wiener Antisemitismus, ein Lehrer von Adolf Hitler. Zugleich wirkte er in einer Zeit des Aufbruchs, in der Wien von einer großen Stadt zur Großstadt wurde. Für soziale Bereiche hatte er allerdings nichts übrig. Die Arbeiter und die Armen, also die Mehrheit der Wiener, war für ihn — wie es im Buchtitel zum Ausdruck kommt — ein Lumpengesindel. Seine Zielgruppe waren die Kleinbürger, die direkt Steuern bezahlten. Da die Arbeiter, also die Mehrheit, vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, sicherten die Kleinbürger Luegers Mehrheit im Gemeinderat. „Ich kann dieses Buch wärmstens empfehlen“, sagte Zilk. „Es ist ein wichtiger Beitrag zur Geschichte unserer Stadt.“

Der Autor Prof. Rudolf Spitzer verwies darauf, daß die Ausgangspunkte seiner Arbeit die wirtschaftliche Thematik und die Dynamik des Zusammenpralls der beiden großen politischen Massenbewegungen, der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten, waren. Deshalb habe er es leichter gehabt, zum Unterschied von früheren Lueger-Biografen kein Bild zu zeichnen, das von vornherein von Liebe und Ehrfurcht geprägt war. (Schluß) sti/bs



Präsidium der Arbeitsgemeinschaft der Europapreisträger-Städte tagte in Wien

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) In dieser Woche tagte im Wiener Rathaus das Präsidium der Arbeitsgemeinschaft der Europapreisträger-Städte. Die Sitzung wurde von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK eröffnet. Wien war bereits 1958 Europapreisträger. Diese Auszeichnung hatte der Europarat 1955 zum ersten Mal für außerordentliche Leistungen zum Europagedanken verliehen. Bis jetzt sind 41 Städte mit diesem Preis geehrt worden.

Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Europapreisträger-Städte ist zur Zeit der Oberbürgermeister von Darmstadt Günther METZGER, der auch die Präsidiumssitzung leitete. Schwerpunkt der Gespräche waren die Weiterentwicklung eines Leistungskatalogs für den Europastädtepaß, Maßnahmen für die Jugend zur besseren Völkerverständigung in Europa und die Einleitung einer Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit. (Schluß)
red/rr

Förderung der Fußgesundheit auf der „Senior aktuell“

Informationen des Gesundheitsamtes

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Gesundheitsamt führt derzeit auf der „Senior aktuell“ in der Wiener Stadthalle eine Aktion zur Förderung der Fußgesundheit durch. Ausstellungsbesucher können ihre Füße „vermessen“ lassen und erhalten dann kostenlos eine Muster-Brandsohle, mit deren Hilfe sie erstmals in der Lage sind, Schuhe zu kaufen, die den wesentlichen orthopädischen Forderungen entsprechen. Am Dienstag, dem ersten Tag der Ausstellung, wurden auch andere Gesundheitsinformationen des Gesundheitsamtes von den Besuchern stark in Anspruch genommen.

Das Gesundheitsamt hat in Zusammenarbeit mit einer Schuhfabrik 32 verschiedene Brandsohlen-Schablonen hergestellt — für Fußlängen von 22 bis 29 Zentimetern, abgestuft nach jeweils vier Ballenumfängen. Interessierte können nun in der Ausstellung durch Messungen der Fußlänge und des Ballenumfanges (belasteter Fuß im Strumpf) die für sie passende Brandsohlengröße bestimmen lassen und bekommen dann unentgeltlich Muster-Brandsohlen für den Schuheinkauf. Außerdem gibt es ein Merkblatt des Gesundheitsamtes mit Informationen, was man alles — vom Standpunkt der Gesundheit — beim Schuhkauf berücksichtigen soll.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien erteilt in seinem Stand auf der „Senior aktuell“ auch Auskünfte über die Umwelt (Luft, Lärm), über die Gesundenuntersuchungen, über Schutzimpfungen, wie zum Beispiel die derzeit laufende Zeckenimpfung, und über die Medizinmeteorologie. Für eine Gesundenuntersuchung kann man sich auch in der Ausstellung anmelden.

Die Ausstellung in der Wiener Stadthalle ist noch bis einschließlich Samstag, jeweils von 9.30 bis 18 Uhr, bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) sc/bs

Wien-Tourismus: Mit 36 Prozent Zuwachs Im März endet starke Wintersaison 1987/88

Wien, 20.4. (RK-LOKAL) Nach dem touristischen Erfolgjahr 1987 setzt sich in Wien der positive Trend auch heuer fort. Wie Vizebürgermeister Hans MAYR bekanntgab, wurden im März 438.000 Gästenächtigungen (+ 36 Prozent), und trotz Erhöhung der Bettenkapazität um rund 3.000 Betten eine durchschnittliche Auslastung von 47,4 Prozent, in der 3-Sterne-Hotellerie sogar 57,9 Prozent erreicht (März 1987: 38,2 Prozent bzw. 41,0 Prozent). Der weitverbreitete Eindruck, daß die Italiener „Wien stürmen“, stimmte im März buchstäblich: Es gab 82.000 Italiener-Nächtigungen, das sind fast dreimal so viele (+ 180 Prozent) wie im März 1987.

Mit diesem Monats-Ergebnis endete die Wintersaison 1987/88 (November bis März), so Vizebürgermeister Mayr, sehr erfreulich: Insgesamt 1.571.000 Nächtigungen brachten eine Steigerung von 17 Prozent gegenüber dem letzten Winter. Spitzenreiter ist Deutschland mit 319.000 Nächtigungen (+ 20 Prozent). An zweiter Stelle stehen die Österreicher mit 238.000 Nächtigungen (+ 11 Prozent) vor den Italienern mit 205.000 Nächtigungen (+ 47 Prozent), den Ungarn mit 101.000 Nächtigungen (+ 19 Prozent) und den Amerikanern, die nach Steigerungen im Vorjahr in der heurigen Wintersaison mit 91.000 Nächtigungen ein stagnierendes Ergebnis aufweisen.

Die durchschnittliche Auslastung der Hotellerie betrug diesen Winter 35,7 Prozent, was einer Steigerung um 2,7 Prozentpunkte entspricht. Das Bettenangebot bestand zu Jahresbeginn aus rund 30.000 ganzjährigen und rund 4.700 Saisonbetten (Juli bis September). In den ersten vier Monaten 1988 haben fünf neue Hotels mit insgesamt ca. 1.200 Betten den Betrieb aufgenommen, drei weitere mit insgesamt ca. 1.380 Betten werden heuer noch eröffnet. Damit steigt Wiens Bettenangebot 1988 insgesamt um 7,5 Prozent.

Für den 6. Juni beruft Vizebürgermeister Mayr eine Wiener Fremdenverkehrs-Enquete ein, bei der eine WIFO-Studie über „Längerfristige Entwicklungsperspektiven im Wiener Fremdenverkehr“ präsentiert wird. (Schluß) wvv/rr

EKAZENT-Consult soll verkauft werden

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Vizebürgermeister Hans MAYR kündigte Dienstag abend in einem Pressegespräch an, es bestehe in Übereinstimmung mit Bürgermeister Dr. Helmut ZILK die Absicht, einen Teil der EKAZENT-Gruppe, die EKAZENT-Consult, zu verkaufen. Derzeit werden darüber Gespräche mit der Länderbank geführt, der Verkauf könnte bis Ende Mai über die Bühne gehen. Die gesamte EKAZENT-Gruppe beschäftigt an die 200 Mitarbeiter, davon arbeiten 23 in der Consult. Auf Anfrage erklärte Mayr, der Geschäftsführer der EKAZENT, Ing. Willibald REPITZ, würde bei einem Verkauf mit der Consult mitgehen und vom neuen Eigentümer übernommen werden. (Schluß) sei/rr

FPÖ: Weltausstellung nicht aus Steuergeldern

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Wie FPÖ-Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL und GR. Mag. Hilmar KABAS Donnerstag in einem Pressegespräch betonten, werde die FPÖ der Finanzierung der für 1995 geplanten Weltausstellung in Wien aus Steuergeldern keinesfalls zustimmen. Er erinnerte an die Zusage von Bürgermeister Dr. Zilk, der in einer Fernsehdiskussion zugesagt hatte, daß die Mittel für die Weltausstellung nach dem Muster der Olympischen Spiele in Los Angeles von privaten Sponsoren aufgebracht werden sollten.

Was den Standort einer möglichen Weltausstellung betrifft, sei es für die FPÖ undenkbar, den im Rahmen der Gartenschau 1964 errichteten Donaupark mit Messehallen zu verbauen. Eine derartige Situierung würde auch im Widerspruch zum Stadtentwicklungsplan stehen. Für den Fall einer Finanzierung der Weltausstellung aus Steuermitteln, oder falls der Donaupark als Baugelände herangezogen werden sollte, kündigte Hirschall eine Unterschriftenaktion zur Einleitung einer Volksbefragung an.

Im Rahmen des Pressegesprächs forderte Mag. Kabas den finanziell begünstigten Einbau von Katalysatoren in PKW. Die Förderung solle 3.000 Schilling betragen, wodurch sich nach seinen Schätzungen für die Stadt Wien Kosten in der Größenordnung von 45 Millionen Schilling ergeben würden. (Schluß) ull/rr

Mayr: Luna-Luna soll für Fremdenverkehr werben

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR erklärte Dienstag abend in einem Pressegespräch auf Anfrage, das Projekt Luna-Luna falle in die Sparte Imagewerbung und Fremdenverkehr. Das Historische Museum stand nur aus steuerlichen Gründen zur Diskussion, da in diesem Fall die Kosten als Betriebsausgaben angegeben werden könnten. Ansonsten ist das Projekt rein dem Fremdenverkehr zuzuordnen.

Mayr hob die derzeitigen Erfolge im Wiener Fremdenverkehr hervor und verwies darauf, daß man auch für die Zukunft Akzente in der weltweiten Werbung setzen müsse. Luna-Luna würde im Laufe der nächsten Jahre zunächst in Moskau, dann in Übersee eingesetzt werden. Die nun aufgewendeten Kosten müßten sich mit fortdauerndem Einsatz hereinspielen. (Schluß) sei/bs

österreichischer Städtebund: Bechyna neuer Vorsitzender des Bauausschusses

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Bei der 61. Sitzung des Fachausschusses für Bauangelegenheiten des Österreichischen Städtebundes in Eisenstadt wurde Wiens Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA über Vorschlag von Städtebund-Generalsekretär Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Stadtbaudirektors Dipl.-Ing. Ernst FILZ einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. (Schluß) roh/rr

Schönbornpark wird eröffnet

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL eröffnet am Freitag, dem 22. April, um 14 Uhr, den neugestalteten Schönbornpark im 8. Bezirk.

Mit den Umbauarbeiten im Schönbornpark, der mit 9.800 Quadratmetern die größte öffentliche Grünanlage in der Josefstadt ist, war im Mai 1987 begonnen worden. Im Zuge der Umgestaltung wurde auf dem Dach des Luftschutzbunkers im ehemaligen Barockgarten des Palais Schönborn eine Spielfläche für Jugendliche geschaffen. Weiters wurden die vorhandenen Spielplätze vergrößert und mit neuen, den Sicherheitsvorschriften entsprechenden Spielgeräten versehen. Fünf Sitzbereiche wurden neu gestaltet sowie ein Zierbrunnen und ein Trinkbrunnen errichtet. Auch die Wege im Park wurden erneuert und Bäume neugepflanzt. Um den Hauptteil des Parks zu schonen, wurde eine 700 Quadratmeter große Hundepromenade errichtet, die von der restlichen Anlage abgezäunt ist. Die Gesamtumbaukosten betragen rund 7,5 Millionen Schilling.

Bei der Eröffnung gibt es ein abwechslungsreiches Programm mit einer Gesundheitsstraße, Pantomimenaufführungen sowie zwei Musikgruppen. (Schluß) du/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 21. April 1988

Blatt 719

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Käse war verdorben, Olivenöl dagegen nicht (720/FS: 20.4.)
- Mayr: FPÖ rennt offene Türen ein (721/FS: 20.4.)
- Trend zu Fernwärme und Gas (722-725)
- Fünfehn Millionen für weitere Ausgestaltung der Ringstraße (726)
- „Wien an der Schwelle zur Millionenstadt“ (727)
- 1,2 Millionen Schilling für Bildungsprojekte (728)
- 24. April: Tag der Musiklehranstalten (729)
- Ab 2. Mai Wiener Stadtfernsehen (730)
- 40 Millionen Schilling für Aufzüge (732)
- Auskunftspflichtgesetz für noch mehr Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung (733)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing (726)

Kultur:

- Kindermuseumsfest in der Biedermeier-Ausstellung (727)
- Preise aus Schärf-Fonds überreicht (731)

Käse war verdorben, Olivenöl dagegen nicht

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Im Gegensatz zu den Olivenölsorten, in denen die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien geringe, unter 0,1 Milligramm betragende Werte an PER bzw. TRI gefunden hat, waren die entsprechenden Rückstände im Käse höher (ab 0,4 Milligramm). Der Käse ist daher als verdorben einzustufen, wurde vom Marktamt beschlagnahmt und daher auch namentlich genannt: Das betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zum Vorwurf der ÖVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS, Verschleierung zu betreiben.

Schirmer wies nochmals nachdrücklich darauf hin, daß Lebensmittel erst ab 0,1 Milligramm PER bzw. TRI als verdorben zu bezeichnen sind. Da beim Olivenöl die gefundenen Werte weit darunter lagen, konnten die Öle nur als „falsch bezeichnet“ beurteilt und dementsprechend Anzeige erstattet werden. Beim Olivenöl hatten über Einwirken der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien und des Marktamtes die Firmen, die die betroffenen Öle angeboten hatten, die Ware sofort zurückgenommen, obwohl sie nach den derzeitigen Richtwerten weder als verdorben noch als gesundheitsschädlich zu beurteilen war. Damit waren noch vor der Information an die Öffentlichkeit die Sorten nicht mehr in Verkehr. Das Lebensmittelgesetz ermöglicht sofortige Beschlagnahme nur bei verdorbenen bzw. gesundheitsschädlichen Waren. Beim Käse war dies (Werte über 0,1 Milligramm) der Fall, weshalb er als verdorben einzustufen ist, deswegen auch beschlagnahmt wurde und auch die Namen genannt wurden.
(Schluß) hrs/bs

Bereits am 20. April 1988
Über Fernschreiber ausgesendet!

Mayr: FPÖ rennt offene Türen ein

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Eine Verbauung des Donauparks kommt nicht in Frage, die in die engere Wahl gezogenen Standortvarianten klammern den Donaupark als Baufläche aus, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR zu einer heute, Mittwoch, stattgefundenen Pressekonferenz der Wiener FPÖ. Die FPÖ und Dr. Erwin HIRNSCHALL rennen mit ihrer Forderung nach einer Nichtverbauung offene Türen ein, so Mayr.

Ebenso bestehe keine Differenz darüber, daß die Kosten der Weltausstellung, soweit es irgendwie möglich ist, durch Sponsoren und Werbeeinnahmen getragen werden sollen. Allerdings gilt es zu unterscheiden: Zwischen reinen Veranstaltungskosten und Investitionen, die noch Jahrzehnte später genutzt werden können. Eine Autobahn Wien-Budapest könne sicher nicht über Sponsoren finanziert werden wie auch die spätere Nutzung des Geländes durch die Wiener Messe es ausschließt, die gesamten Hallenkosten den Sponsoren zu übertragen. (Schluß) sei/rr

Bereits am 20. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Trend zu Fernwärme und Gas

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat Johann HATZL berichtete Mittwoch abend in einer Pressekonferenz über aktuelle Aspekte der Wiener Energiepolitik. Das Nachrüstprogramm der Heizbetriebe Wien erlebt heuer einen neuen Höhepunkt, mehr als 12.000 Wohnungen wird der Fernwärmeanschluß angeboten. Die Gaswerke setzen die Aufschließung von Siedlungen fort. Überhaupt läßt sich anhand der vom Energiereferat der Wiener Stadtwerke vorgelegten Bilanzen ein deutlicher Trend zu Fernwärme und Gas und weg vom Erdöl beim Heizen erkennen. Wegen der geänderten Voraussetzungen hat Stadtrat Hatzl die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke mit der Ausarbeitung einer zweiten Fortschreibung des Wiener Energiekonzeptes beauftragt.

Heizstudie: Wien auf dem richtigen Weg

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat eine Studie vorgelegt, die sich mit der „ökonomischen und ökologischen Bewertung von Heizsystemen“ befaßt. Diese Studie wurde interdisziplinär von den Instituten für Energiewirtschaft der Technischen Universität Wien und für Umwelthygiene der Universität Wien, von der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik und vom Forschungszentrum Seibersdorf erstellt.

Die Ergebnisse der Studie sind für Wien sehr interessant und bestätigen weitgehend die Wiener Energiepolitik. So wurde festgestellt, daß leitungsgebundene Energieträger wie Gas, Fernwärme und Strom als lufthygienisch besonders günstig bezeichnet werden können. Wien setzt schon seit längerem auf den forcierten Ausbau der Fernwärme. Gas wird in der Studie als lufthygienisch an der Spitze liegend betrachtet. In Wien werden Gasheizungen intensiv beworben, die Gaswerke erweitern ihr Versorgungsgebiet laufend, vor allem in Siedlungsgebieten. Auch zur Stromerzeugung wird von den E-Werken vor allem Gas eingesetzt.

„Die lufthygienisch positive Bewertung von Fernwärme und Strom setzt den Einsatz moderner Schadstoff-Rückhalteeinrichtungen voraus“, sagt die Studie weiters. Sowohl bei der Erzeugung von Strom als auch bei Fernwärme setzt Wien voll auf Umweltmaßnahmen wie dem Einsatz schadstoffarmer Brennstoffe, auf Filterung und Entstickung.

Heizöl wird nur dann von der Studie als akzeptabel bezeichnet, wenn es in Zentralheizungen und mit einem Schwefelgehalt von unter 0,3 Prozent zum Einsatz kommt. Auch für Kohle und Holz ist nur in zentral gewarteten Anlagen mit guten Werten zu rechnen. Einzelheizungen mit Kohle, Holz oder Heizöl werden von der Studie also abgelehnt.

Fernwärme: 37 Wohnhausanlagen im Vorjahr nachgerüstet

Das Programm der Wiener Heizbetriebe für die Nachrüstung städtischer Wohnhausanlagen mit Fernwärme wurde 1987 voll erfüllt: In 37 Wohnhausanlagen wurden die zentralen Anlagen für die Fernwärmeversorgung eingebaut, insgesamt 8.206 Wohnungen wurde damit die Fernwärme angeboten. Davon konnten sich 1.591 Wohnungsinhaber, jeder fünfte, sofort zum Bezug der Fernwärme entschließen. Erfahrungsgemäß steigt der Prozentsatz in den Folgejahren noch deutlich an.

Das Jahr 1987 war damit der bisherige Höhepunkt des Nachrüstungsprogrammes der Heizbetriebe. Insgesamt wurde in den letzten fünf Jahren 13.050 Wohnungen in 56 Wohnhausanlagen der nachträgliche Fernwärmeanschluß angeboten. Rund ein Viertel davon, 3.051 Wohnungen, haben davon bereits Gebrauch gemacht und sich als „umweltfreundliche Heizer“ deklariert.

Diese Zahlen zeigen, daß die gemeinsamen Maßnahmen der Heizbetriebe und des Energiereferates der Wiener Stadtwerke für eine effiziente,

kostengünstige und beschleunigte Durchführung der Fernwärmenachrüstung gegriffen haben.

1988: Weitere Beschleunigung der Fernwärmenachrüstung

Heuer soll die Nachrüstung mit Fernwärme noch weiter beschleunigt werden. 1988 stehen mehr Wohnhausanlagen auf dem Programm als in allen bisherigen Jahren gemeinsam: 57 Wohnhausanlagen mit insgesamt 12.036 Wohnungen werden für einen Fernwärmeanschluß nachgerüstet. In praktisch allen Fällen wurden die Mieterinformationen und die Ausschreibungen bereits durchgeführt, die Kredite nach dem Wohnhausanierungsgesetz sind bereits genehmigt. Der Baubeginn wird überall im Frühjahr 1988 erfolgen, sodaß die Fernwärmeversorgung entweder mit Beginn der Heizperiode oder spätestens Ende des Jahres 1988 beginnen kann.

In einigen Wohnhausanlagen hat der nachträgliche Zentralheizungseinbau schon begonnen: Seit Ende März wird bereits in den Anlagen Stromstraße 36 bis 40 und Winarskygasse 16 bis 20 im 20. Bezirk sowie in den Anlagen Molitorgasse 5 bis 9, Rinnböckstraße 35 bis 43, Zippererstraße 14, 16 bis 22 und 19 bis 21 im 11. Bezirk gearbeitet, seit Anfang April im Akazienhof, im Ulmenhof und in der Anlage Pirkebnnerstraße 1 bis 3 im 12. Bezirk.

Das Programm des nachträglichen Fernwärmeeinbaues steht bereits bis in das Jahr 1993 fest. Bis dahin soll jährlich rund 10.000 Wohnungen der Fernwärmeanschluß angeboten werden. Insgesamt umfaßt das Programm 1988 bis 1993 326 Wohnhausanlagen mit 63.685 Wohnungen.

Die Heizbetriebe Wien werden sich ab 1989 verstärkt der Nachrüstung privater Wohnbauten widmen. Zwei Wohnhausanlagen von Genossenschaften in der Favoritenstraße sind schon in Vorbereitung.

Mehr als 20.000 „Energieberatungen“ im Jahr 1987

Das Energiereferat der Wiener Stadtwerke hat seinen Bericht über die Energiewirtschaft, Energiekoordinierung und Energieberatung im Jahr 1987 vorgelegt. Erfreuliches Ergebnis bei der Energieversorgung von Neubauten und Betriebsneuerrichtungen: Es dominiert Erdgas vor Fernwärme, während Ölheizungen nur einen marginalen Anteil haben. Der „Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung“ (AKE) hat 400 Empfehlungen für Wohnbauten und Betriebe ausgesprochen, mehr als 70 Prozent der Empfehlungen entfielen auf Fernwärme, der Rest auf Erdgas.

Die Energieberatung der Wiener Stadtwerke und Heizbetriebe Wien hat 1987 mehr als 20.000 Beratungen von rund 10.500 Kunden durchgeführt, das ist um mehr als die Hälfte mehr als im Vorjahr. Mehr als die Hälfte der Beratungsfälle wurden im Kundendienstzentrum abgewickelt, der Rest teilte sich auf in telefonische Beratungen und solche im Rahmen des Außendienstes beziehungsweise bei Außenstellen des Energiereferates, wie sie in Zweigstellen der „Z“ und in Stadterneuerungslokalen eingerichtet wurden.

Wiener Energiebilanz 1986: Fernwärme stark gestiegen

Das Energiereferat der Wiener Stadtwerke erstellt jährlich eine Energiebilanz für Wien, aus der der gesamte Energiefluß von der Aufbringung bis zum Endverbrauch ersichtlich ist. Nunmehr liegt die Energiebilanz für das Jahr 1986 vor.

1983, nach dem „zweiten Ölschock“, hat der Energieverbrauch in Wien einen Tiefstand erreicht, bis zum Jahr 1986 erfolgte wieder ein Anstieg. Gegenüber dem Jahr 1985 ist der Endenergieverbrauch 1986 um 0,6 Prozent gestiegen. Starke Verschiebungen in der Verbrauchsstruktur traten vor allem bei Fernwärme und festen Brennstoffen auf, die durchaus erfreu-

Forts. von Blatt 722

Forts. auf Blatt 724

liche Aspekte darstellen: Während Fernwärme um 13,3 Prozent deutlich gestiegen ist, gingen die festen Brennstoffe drastisch um 21,9 Prozent zurück.

Im einzelnen setzt sich der Endenergieverbrauch folgendermaßen zusammen:

Erdgas	25,3 Prozent
Treibstoffe	22,9 Prozent
Elektrische Energie	20,6 Prozent
Flüssige Brennstoffe	19,1 Prozent
Fernwärme	7,4 Prozent
Feste Brennstoffe	4,7 Prozent

In der langfristigen Entwicklung seit 1972 zeigt sich ein deutlicher Rückgang bei flüssigen Brennstoffen zugunsten einer Zunahme bei Erdgas und Fernwärme.

Der größte Energieverbrauch entfällt mit 40 Prozent auf die Haushalte, jeweils 24 Prozent entfallen auf den Verkehr und den „Kleinverbrauch“, 12 Prozent auf die Industrie.

Verwendet wurde die Energie fast zur Hälfte (47 Prozent) für die Raumheizung, zu 36 Prozent für Kraft und Licht und zu 17 Prozent als Prozeßwärme.

Energiekonzept: 2. Fortschreibung wird vorbereitet

Auf Grund der geänderten Voraussetzungen hat Stadtrat Johann Hatzl den Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, Dr. Heinrich HORNY, damit beauftragt, eine zweite Fortschreibung des „Energiekonzeptes der Stadt Wien“ einzuleiten. Die erste Fortschreibung des Energiekonzeptes stammt aus dem Jahr 1983 und ist ein annähernd 400 Seiten umfassendes Werk, das nunmehr auf den neuesten Stand gebracht werden soll. Dazu ist erfahrungsgemäß eine zweijährige umfassende und intensive Vorarbeit notwendig. Mit der zweiten Fortschreibung soll eine Basis für die Wiener Energiepolitik bis zum Ende dieses Jahrtausends geschaffen werden.

Gaswerke: Siedlungsaufschließung wird fortgesetzt

Das Programm der Gaswerke zum Anschluß von Siedlungsgebieten in und außerhalb Wiens an das Gasversorgungsnetz wird, wie zu Beginn des Jahres angekündigt, verstärkt fortgesetzt. Bereits in drei Siedlungen in Wien und in zwei weiteren in Niederösterreich wurde heuer mit den Verrohrungsarbeiten begonnen.

Vor der Aufschließung werden die Siedler von den Gaswerken angeschrieben. Mindestens 15 Prozent der Haushalte müssen einen Anschluß wünschen, sonst wäre die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben. Es besteht die Möglichkeit, sich eine „Passivleitung“ bis zur Grundstücksgrenze legen zu lassen, wenn der Anschluß erst später gewünscht wird.

Mit folgenden Siedlungen wurde schon begonnen:

- „Lettenhaufen“, Wien 22, 1,9 km Rohrlänge, Kosten 3,5 Millionen
- „Schafflerhofsiedlung II“ und „Obere Teiläcker“, 9,75 km Rohrlänge, Kosten 19,4 Millionen
- „Hausfeldsiedlung“, Traiskirchen, 0,8 km Rohrlänge, Kosten 1,25 Millionen
- „Oberlisse“, Gerasdorf, 6 km Rohrlänge, Kosten 5 Millionen.

Investitionen: Vier Milliarden an die Wirtschaft

E-Werke, Gaswerke und Heizbetriebe investieren im Jahr 1988 rund vier Milliarden Schilling. Das zeigt die Bedeutung der Energieunternehmen für die Wirtschaft: Ein Großteil dieser Summe geht direkt in die Wiener Wirtschaft. Die E-Werke investieren mehr als zwei Milliarden, die HBW rund eineinhalb Milliarden und die Gaswerke eine halbe Milliarde Schilling. In-

Forts. von Blatt 723

Forts. auf Blatt 725

vestiert wird vor allem in den Leitungsausbau und in den Umweltschutz, wie die Beispiele Neubau des Blocks 3/4 im Kraftwerk Simmering (E-Werke) und Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau (HBW) zeigen: Die Investitionen werden planmäßig erfolgen.

1988: Energieabgabe deutlich gesunken

Der außergewöhnlich warme Winter hat sich natürlich deutlich auf die Energieabgabe der Wiener Stadtwerke und der Heizbetriebe Wien ausgewirkt. Die E-Werke haben in den ersten drei Monaten des Jahres 1988 2.139 Gigawattstunden geliefert, das sind um 2,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Gaswerke verzeichneten einen Verbrauch im Tarifabnehmerbereich von 280 Millionen Kubikmeter Erdgas, das sind sogar um 19 Prozent weniger als 1987. Auch Fernwärme wurde deutlich weniger verbraucht, nämlich um 10,6 Prozent, die HBW erzeugten 1.197 Gigawattstunden.

Über die einzelnen Tarife umgerechnet bedeutet das, daß sich alle von den Stadtwerken oder den Heizbetrieben versorgten Haushalte in Wien und Niederösterreich in den ersten drei Monaten des Jahres 1988 gegenüber dem Vorjahr 360 Millionen Schilling erspart haben.

Gestiegen ist hingegen, was umweltpolitisch erfreulich ist, die Wärmeabgabe aus der „Kraft-Wärme-Kupplung“ im Kraftwerk Simmering an die HBW: 540.000 Megawattstunden Wärme wurden im ersten Quartal abgegeben, um 1,1 Prozent mehr als 1987. Das bedeutet eine Ersparnis von 40.000 Tonnen Heizöl schwer gegenüber der Wärmeerzeugung in Hauszentralheizungen. Seit ihrer Inbetriebnahme 1979 hat die Kraft-Wärme-Kupplung schon 475.000 Tonnen Heizöl einsparen geholfen. (Schluß)
roh/gg

Forts. von Blatt 724

Fünfzehn Millionen für weitere Ausgestaltung der Ringstraße

Zweiter Bauabschnitt wird begonnen

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Das Startsignal für den Beginn der weiteren Revitalisierung der Grünanlagen an der Ringstraße gab der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport in seiner letzten Sitzung. Mit einem Aufwand von mehr als 15 Millionen Schilling wird jetzt, im 2. Bauabschnitt, zwischen Babenbergerstraße und Schottengasse die Sanierung der Ringstraßenallee weitergeführt. Dabei wird auch eine Bewässerungsanlage errichtet, morsche Bäume werden ersetzt, und der Boden wird erneuert. (Schluß) and/rr

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing

Wien, 21.4. (RK-BEZIRKE) Mittwoch, den 27. April, findet um 18 Uhr im Festsaal des Amtshauses 13, Hietzinger Kai 1-3, 1. Stiege, 2. Stock eine Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing statt. (Schluß) sti/rr

„Wien an der Schwelle zur Millionenstadt“

Eine neue Ausstellung des Landesarchivs

Wien, 21.4. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv zeigt im Wiener Rathaus (Schmidthalle) unter dem Titel „Wien an der Schwelle zur Millionenstadt. Die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts“, eine neue Ausstellung, die bis 30. September, Montag bis Freitag, von 8 bis 18 Uhr, zu sehen ist. Eine Informationsbroschüre wird kostenlos abgegeben.

Die Wiener Geschichte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts wird von zahlreichen tragischen Ereignissen — wie dem Brand des Ringtheaters oder der Tragödie von Mayerling — überschattet. Es war jedoch zugleich ein Abschnitt der städtischen Entwicklung, in dem sich die modernen Massenparteien formierten, Kunst und Wissenschaft Höchstleistungen erzielten, zentrale Bereiche des Stadtbilds ihre bleibende Ausgestaltung erfuhren, und die große Stadterweiterung von 1890 vorbereitet wurde. Diesen Aspekten geht die kleine Ausstellung des Landesarchivs nach.

„Verschwundene Wiener Theater“

Die bisher mit großem Erfolg gezeigte kleine Ausstellung „Verschwundene Wiener Theater“ ist innerhalb des Rathauses übersiedelt. Sie ist nun bis 30. Juni, Montag bis Freitag, von 8 bis 18 Uhr, vor den Räumen des Landesarchivs, Stiege 6, 1. Stock, zu sehen. Eine Informationsbroschüre wird kostenlos abgegeben. (Schluß) am/bs

Kindermuseumsfest in der Biedermeier-Ausstellung

Wien, 21.4. (RK-KULTUR/LOKAL) In der Biedermeier-Ausstellung im Wiener Künstlerhaus findet am Sonntag, dem 24. April ein großes Kindermuseumsfest statt. Das Fest wird vom Historischen Museum der Stadt Wien gemeinsam mit dem Landesjugendreferat veranstaltet und bietet während der gesamten Öffnungszeit, von 10 bis 18 Uhr, ein abwechslungsreiches Programm für die Kinder.

Neben den Kinderführungen durch die Ausstellung, die rund 45 Minuten dauern, gibt es eine Reihe von „Erlebnisstationen“, mit speziellen Attraktionen, für deren Gestaltung junge Wiener Künstler gewonnen werden konnten. Unter dem Motto „Alle machen mit“ laden die Musikgruppe „Tanzgeiger“ und das Ensemble für Historischen Tanz die Kinder zum Zuschauen und Mitmachen ein. „Geschichten und Theater zum Zuhören, Schauen und Mitspielen“ stehen ebenso auf dem Programm wie Webvorführungen auf einem alten Biedermeierwebstuhl und Musikdarbietungen auf einem alten Giraffenklavier von Joseph Lanner.

Der Club der Wiener Kaffeehausbesitzer sorgt gemeinsam mit Columbia und Aida für die Gratis-Kinderjause, der Verlag Jugend & Volk stellt Buchpreise zur Verfügung. Das Fest wird von der Wiener Städtischen Versicherung unterstützt.

Der Eintritt für die Kinder ist an diesem Sonntag frei, für Familien gibt es auch, wie gewohnt, die preisgünstige Familienkarte. (Schluß) gab/gg

1,2 Millionen Schilling für Bildungsprojekte

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales beschloß einstimmig einen Förderungsbeitrag in der Höhe von 1,2 Millionen Schilling an den Verband Wiener Volksbildung. Mit diesem Betrag wird eine Reihe von pädagogischen Projekten im Jahr 1988 durchgeführt.

Diese Aktivitäten des Verbandes unterscheiden sich vom laufenden Kursprogramm der Wiener Volkshochschulen durch ihren innovativen Charakter, auch sind sie nicht an einzelne Häuser gebunden. Zu den wesentlichsten Projekten zählen das Quiz „Wer weiß, gewinnt“, das heuer bereits zum sechsten Mal durchgeführt wird und sich dank der regelmäßigen Übertragungen von Radio Wien großer Popularität erfreut. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Fernschule des Verbandes Wiener Volksbildung, die bemüht ist, bildungsferneren Schichten mit Hilfe von Selbststudienmaterialien einen Anreiz zur Weiterformung ihrer intellektuellen Fähigkeiten zu bieten. Die Volkshochschulen Margareten, Ottakring und Nord führen Vorbereitungslehrgänge zur Studienberechtigungsprüfung durch; das Projekt „Bildungsarbeit in Krankenanstalten und Pflegeheimen“ erfreut sich ständig steigender Nachfrage, und im Bildungszentrum Aktiv wird eine Reihe von Programmen für benachteiligte Gruppen angeboten. (Schluß) ull/gg

24. April: Tag der Musiklehranstalten

Wien, 21.4. (RK-LOKAL) Einen „Tag der offenen Tür“ veranstalten die Musiklehranstalten der Stadt Wien im Rahmen des Familiensonntags am 24. April. Im Konservatorium der Stadt Wien, 1, Johannesgasse 4 A, gibt es von 10 bis 12 und von 14 bis 18 Uhr zu jeder vollen und halben Stunde Vorführungen und „Offene Unterrichtsstunden“.

Neben musikalischen Kostproben haben Interessierte Gelegenheit zum Mitmusizieren. Die Mitarbeiter der Musiklehranstalten der Stadt Wien stehen auch mit Ratschlägen für Hausmusiker zur Verfügung.

Eine Ausstellung von Musikinstrumenten und Literaturvorlesungen steht ebenfalls auf dem Programm des „Tages der Musiklehranstalten“.
(Schluß) jel/rr

Ab 2. Mai Wiener Stadtfernsehen

Montag bis Freitag zwischen 18.30 Uhr und 19 Uhr auf Kanal 34

Wien, 21.4. (RK-LOKAL) Am Montag, dem 2. Mai, beginnt ein neues Kapitel in der regionalen Berichterstattung: Ab diesem Tag verfügt Wien über ein eigenes Wiener Stadtfernsehen, das täglich von Montag bis Freitag zwischen 18.30 Uhr und 19 Uhr auf Kanal 34 ausgestrahlt wird.

Ähnlich dem Hörfunkprogramm „Wiener Stadtradio“, das sich aufgrund seines Service-, Informations- und Unterhaltungscharakters ständig steigender Beliebtheit erfreut, soll sich das Wiener Stadtfernsehen auf jene Berichte konzentrieren, die für die Bewohner dieser Stadt von besonderem Interesse sind.

Für den Programminhalt ist allein das Landesstudio Wien verantwortlich. „Wien Heute“, so der Titel der Sendung, wird sich auf das aktuelle Tagesgeschehen aus lokaler Sicht konzentrieren, auf den Wetterbericht, lokale Sportberichte, Opern- und Theaterberichte, Filmtips oder — kurz vor dem Wochenende — auf aktuelle Marktberichte.

Mitarbeit des Publikums

Der „Donau-Kanal“ will Zuseher verstärkt in das Programm einbinden. Daher sind Schwerpunktaktionen vorgesehen und Aktivitäten, bei denen für gute Tips auch Preise winken.

Vier Moderatoren werden neben Landesintendant Othmar URBAN „Wien Heute“ präsentieren, Agathe ZUPPAN und Barbara PERUSICH sowie Alfred STAMM und Edi FINGER jr. Dazu wird täglich ein interessanter Studiogast erwartet.

Jedes Landesstudio hat die Möglichkeit, die 30 Minuten voll auszunützen — muß es aber nicht. Es können auch Beiträge anderer Landesstudios gezeigt werden. Es wird aber weder „durchgeschaltet“ noch „gleichgeschaltet“, jedes Landesstudio kann völlig autonom die Auswahl treffen und auch dazu eigene Kommentare verfassen.

So findet man Kanal 34

Wer ein älteres Gerät besitzt, dreht das Suchrad, das sich meist an der Seite des Gerätes befindet, von 24 auf 34. Besitzer eines neueren Gerätes drücken den Suchlaufschalter, bis der Suchlauf auf Kanal 34 stehen bleibt (Tip: In der linken oberen Ecke des Bildschirms ist die Kanalkennung eingeblendet). Wer über ein ganz neues Gerät verfügt, drückt die CB-Taste, dann die Taste 34 und schließlich die Taste Memory. Am wenigsten Arbeit haben jene, die an das Kabelfernsehen angeschlossen sind, sie bekommen das Wiener Stadtfernsehen automatisch ins Haus geliefert.

Für Auskünfte über das neue Wiener Stadtfernsehen steht ein Telefonservice zur Verfügung: 65 47 65 oder 65 47 66. (Schluß) ull/bs

Preise aus Schärf-Fonds überreicht

Wien, 21.4. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK und Generaldirektor Dr. Karl VAK überreichten Mittwoch nachmittag im Festsaal des Alten Rathauses die Preise aus dem von der Zentralsparkasse und Kommerzialbank, Wien errichteten Adolf-Schärf-Fonds zur Förderung von Wissenschaft und Kunst. Es war die dritte Preisverleihung im Rahmen des Fonds. Dr. Pasterk wies auf die zunehmende Bedeutung der Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Arbeit durch die Wirtschaft hin. Die Zentralsparkasse gehe hier seit langem mit gutem Beispiel voran, mit dem Schärf-Fonds sei ein vorbildliches Förderungsinstrument eingerichtet worden.

Die mit je 40.000 Schilling dotierten Preise für Wissenschaft gingen an Ing. Walther BRAUNEIS (Kunstgeschichte), Hofrat Dr. Richard GISSER (Statistik), Dr. Norbert KREUTZER (Geologie), Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Hans Peter NACHTNEBEL (Hydrologie) und Oberrat Dr. Fred RÖGL (Paläontologie). Die Preise für Kunst (je 40.000 Schilling) erhielten Brigitte KORDINA (Bildende Kunst), Gerald BISINGER (Literatur), Karl-Heinz ESSL (Musik), Puppentheater Lilarum/Traude KOSSATZ (Darstellende Kunst) und Dietmar BREHM (Film und technischen Medien).

Aus dem Schärf-Fonds wurden auch Beträge für fünf Forschungsbeiträge und zwölf Preise im Rahmen des Wettbewerbs „Literatur für Natur“ vergeben. Insgesamt wurde von der Zentralsparkasse und Kommerzialbank, Wien aus dem Fonds ein Betrag von 970.000 Schilling zur Verfügung gestellt. (Schluß) am/gab/bs

40 Millionen Schilling für Aufzüge

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) Einen Betrag von 39,7 Millionen Schilling wird die Gemeinde Wien in den kommenden Monaten für nachträgliche Aufzugseinbauten in städtischen Wohnhäusern aufwenden. Das beschloß Donnerstag der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung.

Außerdem wurde beschlossen, 1988 für den städtischen Wohnhausneubau in Wien 12, Rollingergasse 20/Tanbruckgasse/Ergasse eine Baurate von 108 Millionen Schilling zu genehmigen. Es handelt sich hierbei um ein Projekt aus der Reihe „Vollwertiges Wohnen“. (Schluß) ah/bs

Auskunftspflichtgesetz für noch mehr Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Personal genehmigte Donnerstag einstimmig den Entwurf des Wiener Auskunftspflichtgesetzes. Dieses Gesetz regelt entsprechend dem diesbezüglichen Bundesgesetz die Praxis der Auskunftserteilung der Verwaltung an die Bürger. Auskünfte können mündlich, telefonisch, telegraphisch, schriftlich oder fernschriftlich begehrt werden und sind ohne unnötigen Aufschub zu erteilen. Wie der amtsführende Stadtrat Günther SALLABERGER dazu erklärte, sei die Verwaltung in Wien bereits bisher vom Gedanken der Bürgerfreundlichkeit getragen gewesen, wobei er insbesondere auf die Einrichtungen des Bürgerdienstes verwies, die allein im vergangenen Jahr rund 88.000 Menschen geholfen haben. Mit diesem Gesetz, so Sallaberger, werde die Bürgerfreundlichkeit sozusagen noch zusätzlich gesetzlich verankert. Der Stadtrat wies allerdings auch darauf hin, daß die Auskunftspflicht nicht dazu führen soll, daß durch ungerechtfertigte Auskunftsbegehren die Arbeit der Verwaltung lahmgelegt wird.

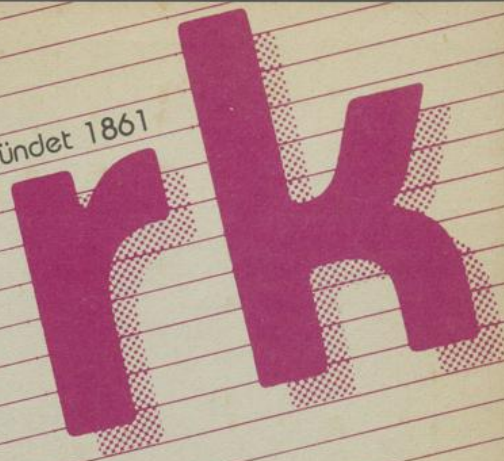
Gemeinderatsunterausschuß beschäftigt sich mit dem Wiener Prostitutionsgesetz

In der Sitzung des Personalausschusses wurde auch einstimmig beschlossen, einen Unterausschuß einzusetzen, der sich mit den Erfahrungswerten im Zusammenhang mit dem Wiener Prostitutionsgesetz und allfälligen Änderungen beschäftigen soll. (Schluß) lf/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 22. April 1988

Blatt 734

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Wieder TRI in französischem Käse (735/FS: 21.4.)
- 5.000ster Besucher in der Gebietsbetreuung Ottakring (736)
- Spittelau: Neuer Verhandlungstermin (737)
- Wieder Quecksilber im U 3-Abschnitt Herrengasse (737)
- Michelbeuernschule: Zum Geburtstag Modenschau (738)
- Teiche im Oberlaaer Kurpark werden neu abgedichtet (739)
- Straßensperre wegen Rohrverlegungsarbeiten im 2. Bezirk (740)
- Gasrohrverlegung in der Bellevuestraße (740)
- Neue Telefonnummer für Städtische Bestattung (740)
- Terminvorschau vom 25. April bis 6. Mai (742/743)
- Donauturm weiterhin auf Erfolgskurs (744)
- ÖVP fordert Maßnahmen gegen das Waldsterben (746)
- Häupl: Kampf gegen Waldsterben ist höchste Priorität in der Umweltpolitik (746)
- „Benefiz-Kinderfest“ am Familiensonntag (nur FS)
- Wiener Waldtag am kommenden Sonntag (nur FS)
- Montag Landtag und Gemeinderat (nur FS)

Bezirke:

- Änderung einer Flächenwidmung in Meidling (739)

Kultur:

- Sondermuseum „Aspern 1809“ wieder geöffnet (741)
- „Wiener Straßennamen“ im Bezirksmuseum Hernals (741)
- Ehrenmedaille in Gold für Georg Kreisler (745)

Wieder TRI in französischem Käse

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Bei den Untersuchungen von Käse auf Rückstände von Perchloräthylen PER bzw. Trichloräthylen TRI hat die Lebensmitteluntersuchungsanstalt in einem französischen Käse, Val Brie 60, neuerlich TRI, und zwar 12,3 Milligramm, gefunden. Der Val Brie 60 wird sofort beschlagnahmt. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 21. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

5.000ster Besucher in der Gebietsbetreuung Ottakring

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Den 5.000sten Besucher innerhalb von vier Jahren seit Bestehen konnte Donnerstag nachmittag die Gebietsbetreuung des Stadterneuerungsgebietes Ottakring begrüßen. Seit 1984 haben 5.000 Menschen, davon ein Drittel Besuchergruppen aus dem In- und Ausland, das Informationsservice der Gebietsbetreuung in Anspruch genommen.

Die 5.000ste Besucherin, Frau Elfi SATTLBERGER, kommt aus dem 6. Bezirk. Sie ist Mitglied einer Gruppe junger Leute, die als Hausgemeinschaft ein altes Gründerzeithaus in Ottakring gekauft haben, um es nun zu sanieren und um in Zukunft hier zu leben. Diese „Hausgemeinschaft Lindauer-gasse“ steht bereits seit einiger Zeit in Kontakt mit der Gebietsbetreuung, um sich Rat und Hilfe bei der Durchführung der Sanierung zu holen.

In ähnlicher Weise hat die Gebietsbetreuung dieses Stadterneuerungsgebietes bereits rund 50 weiteren Wohnhaussanierungen in dem etwa 15.000 Einwohner umfassenden Gebiet betreut. Außerdem konnten etwa 30 Hofbegrünungen angeregt werden. Auf die Initiative der Gebietsbetreuung gehen weiters die Schaffung des Huberparks und der Wohnstraße Gaul-lachergasse zurück. Mit regelmäßigen Informationsveranstaltungen und einer eigenen Zeitung werden die Bewohner des Stadterneuerungsgebietes laufend informiert. (Schluß) ah/rr

Spittelau: Neuer Verhandlungstermin

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) Wie Energiestadtrat Johann HATZL der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ bekanntgab, findet die Fortsetzung der gewerbebehördlichen Verhandlung zur Genehmigung der Änderung der Betriebsanlage der Heizbetriebe Wien in der Spittelau am 6. Mai statt. Die Verhandlung war am 28. März unterbrochen worden, um weitere Einschaumöglichkeiten in die Gutachten zu schaffen. (Schluß) roh/gg

Wieder Quecksilber Im U 3-Abschnitt Herrengasse

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) Wie aufgrund der Probebohrungen erwartet, wurden nun auch beim Vortrieb der zweiten Stationsröhre im Bauabschnitt „Herrengasse“ der U 3 stärkere Quecksilberkonzentrationen gefunden. Im kontaminierten Bereich wurden die Arbeiten plangemäß eingestellt, das Quecksilber wird in die EBS entsorgt. Der Vortrieb in die andere Richtung kann inzwischen ungestört weitergehen. (Schluß) roh/rr

Michelbeuernschule: Zum Geburtstag Modenschau

Wien, 22.4. (RK-LOKAL) Die Höhere Bundeslehranstalt für Mode und Bekleidungstechnik, besser bekannt als Michelbeuernschule, feiert ihr achtzigjähriges Bestehen. Aus diesem Grund finden Modenschauen statt, die neue, topaktuelle Mode genauso zeigen wie jene Bekleidungsstücke, die im Gründungsjahr aktuell waren. Rund 30 Schülerinnen und Schüler werden insgesamt 160 bis 180 Modelle vorführen, die für Vergangenheit und Gegenwart typisch sind. Vorführungen für Interessierte finden am Donnerstag, dem 28. April, um 16, 18 und 20 Uhr im Palais Auersperg statt, sowie am Freitag, dem 29. April, um 17 und 19 Uhr. Karten zum Einheitspreis von 60 Schilling sind in der Schule, 9, Michelbeuerngasse 6-8, erhältlich. (Schluß) ull/gg

Teiche im Oberlaaer Kurpark werden neu abgedichtet

Gemeinderatsausschuß genehmigte die Mittel

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) In zwei der insgesamt drei Teiche im Kurpark Oberlaa nördlich der Kuranstalt werden die Abdichtungen erneuert. Die neue Dichtungsschicht wird aus einem Zement-Acrylat-Gemisch bestehen, drei Millimeter stark und durch Kunststoffgewebe verstärkt sein. Die Kosten dafür betragen 3,5 Millionen Schilling. Der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport genehmigte in seiner letzten Sitzung die erforderlichen Mittel. (Schluß) and/bs

Änderung einer Flächenwidmung in Meidling

Wien, 22.4. (RK-BEZIRKE) Die Schaffung eines Standortes für eine Volksschule — das ist unter anderem der Zweck einer Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes in einem Areal beim Marschallplatz in Meidling — Hetzendorf. Der Planentwurf, der für das Gebiet zwischen Hetzendorfer Straße, Jägerhausgasse, Hermann-Broch-Gasse, Marschallplatz und Boergasse ausgearbeitet wurde, liegt bis 13. Mai in der MA 21 zur Einsicht und Stellungnahme auf (1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr).

Eine zusätzliche Beratung findet an den Donnerstagen, den 28. April und den 5. Mai, jeweils zwischen 14 und 17.30 Uhr, in der Meidlinger Bezirksvorsteherung, 12, Schönbrunner Straße 259, 2. Stock, Zimmer 201, statt. (Schluß) smo/bs

Straßensperre wegen Rohrverlegungsarbeiten im 2. Bezirk

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) Im 2. Bezirk muß in der Zeit von Montag, den 25., bis einschließlich Freitag, den 29. April, der entlang der Schnellbahn verlaufende Straßenzug Helenengasse / Stoffellagasse wegen Arbeiten zur Auswechslung des Wasserrohrstranges für den Verkehr gesperrt werden. Für die Dauer dieser Baumaßnahme ist die Zufahrt zur Vivariumstraße nur von der Franzensbrückenstraße (Fahrtrichtung Praterstern) her möglich. (Schluß) pz/rr

Gasrohrverlegung in der Bellevuestraße

Wien, 22.4. (RK-LOKAL) Wegen Gasrohrverlegungen wird die Bellevuestraße ab dem 25. April von der Windhabergasse aufwärts auf einer Länge von 80 Metern gesperrt. Es besteht keine Zufahrtsmöglichkeit. Die Arbeiten werden voraussichtlich acht Wochen dauern. (Schluß) ull/gg

Neue Telefonnummer für Städtische Bestattung

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) Die Städtische Bestattung hat ab kommenden Montag, den 25. April, eine neue Telefonnummer. Sie lautet 501 95. Die Durchwahlnummern bleiben unverändert. (Schluß) roh/gg

Sondermuseum „Aspern 1809“ wieder geöffnet

Wien, 22.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Das Museum „Aspern 1809“ ist ab sofort bis Ende Oktober wieder jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, bei freiem Eintritt geöffnet. Das Museum auf dem Asperner Heldenplatz 9, Wien 22, erinnert an die Schlacht von Aspern am 21. und 22. Mai 1809. Es sind Fahnen, Bilder, Dokumente und Funde vom Schlachtfeld zu sehen. Sonderführungen können telefonisch über die Nummern 22 82 654 oder 22 61 03 vereinbart werden. (Schluß) gab/bs

„Wiener Straßennamen“ im Bezirksmuseum Hernals

Wien, 22.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung „Wiener Straßennamen“ — sie wurde mit Erfolg im Rathaus und in Bezirksmuseen gezeigt — ist ab kommender Woche bis Ende Juni im Bezirksmuseum Hernals, 17, Elterleinplatz (im Gebäude der Zentralsparkasse) zu sehen. Die kleine Schau wurde durch Exponate aus Beständen des Bezirksmuseums erweitert. Öffnungszeiten: Jeden Montag, von 16 bis 20 Uhr, sowie jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, von 10 bis 12 Uhr.

Die Ausstellung wird am Montag, dem 25. April, um 19 Uhr, von Bezirksvorsteher Robert PFLEGER nach einleitenden Worten von Dr. Wolfgang MAYER (Wiener Stadt- und Landesarchiv) eröffnet. (Schluß) am/rr

Terminvorschau vom 25. April bis 6. Mai

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 25. April bis 6. Mai hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 25. APRIL:

ab 9.00 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat

DIENSTAG, 26. APRIL:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

19.30 Uhr, Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“ über Ausbildung in medizinischen Berufen (Rathaus, Wappensaal)

vom 27.-29. APRIL: Städtetag in Innsbruck

FREITAG, 29. APRIL:

10.00 Uhr: Abfahrt zur Presseführung in der Hermesvilla (Friedrich-Schmidt-Platz)

11.00 Uhr, Beginn der Presseführung „Emilie Flöge und Gustav Klimt. Doppelportrait in Ideallandschaft“ (Hermesvilla im Lainzer Tiergarten)

11.00 Uhr: Pressekonferenz Stacher „Computertomographie-Container“ (Franz-Josef-Spital)

SAMSTAG, 30. APRIL:

14.00 Uhr, Eröffnung Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal mit Bgm. Zilk und StR. Schirmer

SONNTAG, 1. MAI:

15.00 Uhr, Eröffnung Sommerbad Döbling mit StR. Häupl (19, Geweygasse 6, Endstation Linie 37)

MONTAG, 2. MAI:

11.00 Uhr, Pressestermin für Aktion Stephansdom („Grundsteinlegung“ für Dommodell aus Spielbausteinen) (Stephansplatz)

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 3. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an o. Hochschulprof. Joannis Avramidis, Prof. Paul Badura-Skoda und o. Univ.-Prof. Dr. Erich Mittenecker (Stein. Saal, Rathaus)

MITTWOCH, 4. MAI:

11.30 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal „40 Jahre Landesjugendreferat“ (PID)

14.30 Uhr, Ehrenzeichenübergabe durch Bgm. Zilk an Serge Sabarsky (Arb.-Zi, Bgm.)

DONNERSTAG, 5. MAI:

9.00 Uhr, Symposium: „Der Wiener Weg in der Heimerziehung“ mit Vbgm. Smejkal (Wappensaal)

10.30 Uhr, Pressekonferenz Gürtelausstellung mit Bgm. Zilk, StR. Salla-
berger (Foyer, Stadthalle)

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

FREITAG, 6. MAI:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung

10.00 Uhr, Pressekonferenz „1 Jahr Aktion: Rettet den Steffl“ mit Bgm.
Zilk (Stephansdom)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur
(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 742

Donauturm weiterhin auf Erfolgskurs

Heuer werden eine halbe Million Besucher erwartet

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) Der Donauturm befindet sich weiter auf Erfolgskurs. In den vergangenen vier Monaten konnten um 20 Prozent mehr Besucher gezählt werden, der Umsatz stieg um 30 Prozent: Das gab Donnerstag abend die Geschäftsführung des Donauturms, der zur Wiener Holding gehört, bekannt. Für das laufende Jahr werden eine halbe Million Besucher auf dem Turm erwartet, der damit im Spitzenfeld der Wiener Fremdenverkehrsattraktionen liegt.

Seit 1985 wurden rund 20 Millionen Schilling investiert, um den Betrieb zu modernisieren. So wurden die beiden Liftanlagen erneuert. Sie hatten in 24 Jahren rund drei Millionen Fahrten absolviert. Das Antriebssystem wurde erneuert und eine energiesparende, elektronische Steuerung eingebaut. Ohne Unterbrechung des Betriebes wurden in nur sieben Wochen die Laufrollen der Drehwerke der beiden Turmrestaurants erneuert. Jedes der beiden Restaurantsgeschoße ist auf 96 Laufrollen gelagert, die aus zwei Kugellagern, einer Stahlfelge und einer Gummibandage besteht. In den 24 Jahren seit der Inbetriebnahme hat jede dieser Laufrollen mehr als neun Millionen Umdrehungen durchgeführt.

Seit der Inbetriebnahme des Donauturmes, anlässlich der WIG 64, konnten bereits mehr als 9 Millionen Besucher am Donauturm gezählt werden. (Schluß) fk/bs

Ehrenmedaille in Gold für Georg Kreisler

Wien, 22.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Freitag im Wiener Rathaus Georg KREISLER die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Bobby LUGANO erhielt die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien, Peter WLCEK das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Georg Kreisler ist seinem Publikum seit langem als Meister des „schwarzen“ Chansons bekannt. In Anspielung auf sein zuletzt erschienenes Buch „Ist Wien überflüssig“ meinte Kulturstadträtin Dr. Pasterk, Wien könne nicht überflüssig sein, solange es Künstler wie eben Georg Kreisler, Bobby Lugano und Peter Wlcek gebe.

Bobby Lugano, als „Hexer von Wien“ bekannt, be- und verzaubert als Zauberkünstler, Conferencier und auch als Schauspieler sein Publikum.

Peter Wlcek zählte jahrzehntelang zu den populärsten Wienerliedsängern, als Obmann des Bundes der Berufssänger setzt er sich auch für die Belange seiner Kollegen ein. (Schluß) gab/bs

ÖVP fordert Maßnahmen gegen das Waldsterben

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) Maßnahmen gegen das Waldsterben forderte LAbg. Dr. Johannes HAWLIK am Freitag in einem Pressegespräch der ÖVP. Wenn nicht sofort mit der Sanierung des Quellschutzgebiets begonnen würde, so könnte durch das fortschreitende Waldsterben das Wiener Trinkwasser gefährdet werden, erklärte Hawlik. Die Wiener ÖVP fordere daher als Maßnahmen gegen die Bedrohung des Wiener Quellschutzgebiets z. B. die Erlassung entsprechender Verordnungen zur Festsetzung effektiver Schadstoffgrenzwerte der Luft aufgrund des Wiener Luftreinhaltegesetzes, die naturnahe Waldbewirtschaftung, den Einsatz von Bioölen, die Erstellung eines Bodenschutzgesetzes, die Einschränkung des Tourismus in den Quellschutzwäldern sowie die finanzielle Unterstützung durch das Land Wien für die Katalysatornachrüstung von Autos. (Schluß) du/gg

Häupl: Kampf gegen Waldsterben Ist höchste Priorität in der Umweltpolitik

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) Der Schutz des Waldes — sowohl im Wienerwaldbereich als auch in den Quellschutzforsten — sei von größter Bedeutung für die Menschen in der Großstadt Wien, betonte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL im Hinblick auf die Pressekonferenz der ÖVP zum Thema Waldsterben. Die Erhaltung und Sanierung des Waldes seien nicht nur notwendig, um die Qualität des Hochquellenwassers für künftige Generationen zu sichern, sondern auch, um der Stadtbevölkerung weiterhin ein riesiges Erholungsgebiet rund um die Stadt und somit eine „grüne Lunge“ bieten zu können, was keine andere Großstadt Europas aufzuweisen habe. Die Stadt Wien habe bereits bedeutende Maßnahmen zur Reduzierung von Schadstoffen im Rahmen der Luftreinhaltepolitik gesetzt, beispielsweise durch den Einbau von Filtern und Rauchgasreinigungsanlagen bei den Großemittenten, den Ausbau der Fernwärme oder verkehrsorganisatorische Maßnahmen wie das Lkw-Nachfahrverbot. Auch die „Aktion Tempo 30“ von Bürgermeister Dr. ZILK halte er in diesem Sinne für sehr begrüßenswert, erklärte Häupl.

Das Forstamt der Stadt Wien sei ja schon aufgrund des Forstgesetzes an die Walderhaltungspflicht gebunden. Allein für die Sanierungsarbeiten in den Quellschutzforsten würden pro Jahr rund 12 Millionen Schilling ausgegeben. Im Sinne einer naturnahen Waldwirtschaft führt das Forstamt eine natürliche Verjüngung der Waldbestände durch. Ab Juni werden im Wienerwald und in den Quellschutzforsten nur mehr Bioöle für die Motor-kettensägen eingesetzt. Weiters verwendet das Forstamt keine chemischen Mittel, keine Großmaschinen und setzt Pferde bei diversen Waldarbeiten ein.

Seit 1956 seien 315 ha Neuaufforstungen durchgeführt worden — fast 3 Millionen Pflanzen. Weiters hob Häupl noch das Aufforstungsprogramm zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels hervor. Auch habe das Forstamt bereits mit der Realisierung des Schutzwaldsanierungskonzepts von Prof. DDr. MAYER von der Hochschule für Bodenkultur begonnen, mit dem er von der MA 49 beauftragt worden war.

Abschließend betonte Häupl, daß der Kampf gegen das Waldsterben für ihn höchste Priorität in der Umweltpolitik habe. (Schluß) du/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 25. April 1988

Blatt 747

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- TRI und PER in „Ile de France-Käse“ (748/FS: 22.4.)
- Belagsarbeiten in der Gerasdorfer Straße (749/FS: 22.4.)
- Wasserrohrverlegungen für die Aufschließung von Neueßling (749/FS: 23.4.)
- Häupl eröffnete Schönbornpark (750/FS: 22.4.)
- Bürgerdienst im ORF (752/FS: 24.4.)
- Biedermeier gefragt — auch in Augarten-Porzellan (752)
- Saisonende für Pensionistenklubs (754)
- Städtetag im Zeichen des Umweltschutzes (755)
- Wiener Landtag (756-760)
- Wiener Gemeinderat (761-765)
- Verkehrsbeschränkung auf der Gerasdorfer Straße (nur FS/23.4.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Neue Einbahn in Dornbach (nur FS)

Kultur:

- Renovierungsarbeiten in der Mozart-Wohnung (751/FS: 23.4.)
- „Ewig wird Mutter Eva regieren“ — Podiumsdiskussion im Historischen Museum (751)
- Sonderausstellungen im Bezirksmuseum Liesing (751)
- 75. Geburtstag von Stadtrat a. D. DDr. Prutscher (753)

TRI und PER In „Ile de France-Käse“

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) In einer weiteren französischen Käsesorte, im Ile de France, mit Ablaufdatum 19. Mai bzw. 26. Mai, wurden in der Bundes-Lebensmitteluntersuchungsanstalt nun zwischen 0,11 und 0,54 Milligramm Trichloräthylen bzw. Perchloräthylen gefunden. Diese Käsesorten werden aus dem Verkehr gezogen. (Schluß) hrs/rr

Bereits am 22. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Belagsarbeiten in der Gerasdorfer Straße

Wien, 22.4. (RK-LOKAL) Wegen Belagsarbeiten muß die Gerasdorfer Straße ab Montag, den 25. April, auf die Dauer von zwei Wochen von der Brünner Straße bis zur Ruthnergasse (in dieser Richtung) gesperrt werden. Stadteinwärts ist die Gerasdorfer Straße in dieser Zeit eine Einbahn, stadtauswärts wird eine Umleitung über die Carabelligasse und die Ruthnergasse geführt. (Schluß) roh/bs

Bereits am 22. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Wasserrohrlegungen für die Aufschließung von Neueßling

Gemeinderatsausschuß genehmigte 10,2 Millionen

Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Die Vergabe der Wasserrohrlegungsarbeiten in Neueßling mit Kosten von 10,2 Millionen Schilling genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport in seiner letzten Sitzung. Diese äußere Aufschließung dieses Stadtteils mit Trinkwasserleitungen ist Teil des Fünfjahres-Planes zum Anschluß aller bisher noch unversorgten Gebiete Wiens an das öffentliche Rohrnetz. (Schluß) and/gg

Bereits am 23. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Häupl eröffnete Schönbornpark

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL eröffnete am Freitag nachmittag in Anwesenheit von Stadträtin Christine SCHIRMER, Bezirksvorsteher Walter KASPAREK, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ludwig ZERZAN und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hannes ZIMA den neugestalteten Schönbornpark im 8. Bezirk. Häupl verwies auf die große Bedeutung dieses Parks als Erholungseinrichtung für den grünarmen 8. Bezirk. Weiters erwähnte er, daß die Bürgerinitiative, die sich für den Ausbau des Bunkers als Spielfläche eingesetzt hatte, einen wesentlichen Beitrag zur Umgestaltung geleistet habe. Er hoffe, daß den Bürgern der Josefstadt mit dem neugestalteten Schönbornpark eine Erholungsfläche geboten werde, die den Anforderungen aller Interessensgruppen gerecht werde, schloß Häupl. (Schluß) du/bs

Bereits am 22. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Renovierungsarbeiten in der Mozart-Wohnung

Wien, 23.4. (RK-KULTUR/LOKAL) In der Mozart-Wohnung, im Figaro-Haus, im 1. Bezirk, Domgasse 5, müssen Fußböden und Wände instandgesetzt werden. Während der Renovierungsarbeiten vom 25. April bis 6. Juni sind abwechselnd Teile der Gedenkstätte geschlossen. Dabei wird in zwei 3-Wochen-Etappen jeweils die Hälfte der Schausammlung zugänglich sein. (Schluß) gab/rr

Bereits am 23. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

„Ewig wird Mutter Eva regieren“ – Podiumsdiskussion im Historischen Museum

Wien, 25.4. (RK-KULTUR) Im Rahmen der Ausstellung „Judentum in Wien“ findet am 27. April im Historischen Museum der Stadt Wien eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „Ejbik Wed Regire Mamme Chave... (Ewig wird Mutter Eva regieren...) — Wie patriarchalisch ist das Judentum?“ statt. Die von der Volkshochschule Hietzing veranstaltete Diskussion beginnt um 19.30 Uhr, die Ausstellung ist ab 18 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/bs

Sonderausstellungen im Bezirksmuseum Liesing

Wien, 25.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Liesing, Wien 23, Canavesegasse 24, sind zur Zeit folgende interessante Sonderausstellungen zu sehen:

- „150 Jahre Eisenbahn mit besonderer Berücksichtigung des Eisenbahnwesens im Raum Liesing“. Eine Kleinbahn-Modellanlage von zirka zehn Metern Länge stellt maßstabgetreu die Südbahn und die Schnellbahnstrecke Atzgersdorf — Mauer — Liesing dar.
- „60 Jahre Marktgemeinde Mauer“
- Eine Gedenkausstellung „März 1938“.

Die Ausstellungen sind jeweils Mittwoch und Samstag, von 10 bis 12 Uhr, bei freiem Eintritt zugänglich. (Schluß) gab/gg

Bürgerdienst im ORF

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Die regelmäßigen Live-Sendungen des Studios Wien mit dem Bürgerdienst beginnen am Dienstag, dem 26. April, mit neuer Sendezeit wieder: Von 14 bis 14.30 Uhr und von 15 bis 15.30 Uhr gibt es über UKW 90 und 95 eine Live-Übertragung vom Bürgerdienst-Bus, der am 26. nachmittags auf dem Viktor-Adler-Markt in Favoriten steht. Gemeinsam mit dem Mobilien Bürgerdienst werden Beschwerden, die die Hörer der Welle Wien beziehungsweise die Besucher des Bürgerdienst-Busses an Ort und Stelle bringen, beim Bürgerdienst — wie immer — möglichst sofort erledigt. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 24. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Biedermeier gefragt – auch in Augarten-Porzellan

Wien, 25.4. (RK-LOKAL/WIRTSCHAFT) Biedermeier ist in. Möbel aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erzielen derzeit Spitzenpreise, die Biedermeier-Ausstellung im Wiener Künstlerhaus erfreut sich regen Besuches. Auch die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten registriert steigende Nachfrage nach Dekoren aus dem Biedermeier.

Die verschiedenen Streublumendekore, die seit Beginn des 19. Jahrhunderts im Erzeugungsprogramm der Manufaktur aufscheinen, sind im Sog des Biedermeier-Booms zu sehr begehrten Artikeln geworden.

Biedermeier-Dekore sind nicht nur die am meisten Verkaufte der Wiener Porzellanmanufaktur Augarten, im Biedermeier hatte die Wiener Manufaktur auch ihre erfolgreichste Zeit. Sie beschäftigte damals rund 500 Mitarbeiter, mehr als doppelt so viele wie heute. (Schluß) wh/gg

75. Geburtstag von Stadtrat a. D. DDr. Prutscher

Wien, 25.4. (RK-KULTUR) Der frühere ÖVP-Stadtrat DDr. Pius PRUTSCHER feiert seinen 75. Geburtstag. Er wurde am 27. April 1913 als Sohn des Architekten und Tischlermeisters Hans Prutscher in Wien geboren. Nach der Matura begann er ein Studium an der Hochschule für Welthandel, wo er 1934 den Titel des Diplomkaufmanns erwarb. 1936 promovierte er zum Doktor der Rechte an der Universität Wien und 1937 zum Doktor der Handelswissenschaften, wieder an der Hochschule für Welthandel. Eine Tischlerlehre schloß er 1937 mit der Gesellenprüfung ab, 1940 folgte die Meisterprüfung.

1959 wurde Dkfm. DDr. Pius Prutscher Wiener Bundesinnungsmeister der Tischler. Bereits seit November 1945 gehörte er als ÖVP-Mandatar dem Wiener Gemeinderat an.

Am 19. Juni 1964 wurde er in den Stadtsenat berufen und gleichzeitig zum amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten gewählt. Diese Position hatte er bis 1971 inne. (Schluß) red/rr

Salsonende für Pensionistenklubs

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Am Freitag, dem 29. April, beenden die Pensionistenklubs des Sozialamtes der Stadt Wien ihre Betriebsperiode 1987/88. In den 189 Pensionistenklubs wurden während sieben Monaten rund 17.500 Besucher betreut. Die Pensionistenklubs sind ab Oktober wieder geöffnet.

In den kommenden Monaten treffen die Klubbesucher einander zu vier gemeinsamen Tagesausflügen. Anmeldungen für den Besuch der Pensionistenklubs, die neben Unterhaltung, kulturellen Veranstaltungen, Basteln und Werken, die Möglichkeit zum Lesen, Vorträge zu hören und Filme zu sehen, bieten, nimmt das zuständige Bezirks-Sozialreferat bzw. die Bezirksvorstehung entgegen. (Schluß) jel/bs

Städtetag im Zeichen des Umweltschutzes

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Vom 27. bis 29. April findet in Innsbruck der 38. Österreichische Städtetag statt, die Generalversammlung des Österreichischen Städtebundes, an der 600 Mandatäre aus österreichischen Gemeinden, und Vertreter kommunaler Verbände aus dem benachbarten Ausland, darunter auch aus Ungarn, Jugoslawien und Südtirol, teilnehmen werden. Als Hauptthema wurde „Stadt und Umwelt“ gewählt, ein Thema, das hohe Priorität besitzt und noch keineswegs bewältigt ist. Zu diesem Thema werden in drei Arbeitskreisen Fachleute aus dem In- und Ausland zu Wort kommen:

- Städtische Umwelt — öffentlicher Raum
(Vorsitz Bgm. Romuald NIESCHER, Innsbruck)
- Luftreinhaltung, Lärmschutz, Abwasserreinigung
(Vorsitz Bgm. Alfred STINGL, Graz)
- Abfallwirtschaft
(Vorsitz Vbgm. Kurt PETERLE, Klagenfurt)

Die Hauptreferate werden der Wiener Umweltschutzstadtrat Dr. Michael HÄUPL und Frau Bundesminister Dr. Marilies FLEMMING halten.

13,4 Millionen Tonnen Sondermüll

Ein Beispiel für die Problematik stellt die Abfallentsorgung dar.

Es sind zwar die Zuwachsraten beim gesamten Müllaufkommen nicht mehr so groß wie noch vor einigen Jahren, trotzdem ist eine deutliche Verschiebung in Richtung Gefährlichkeit des Mülls festzustellen. Bei allen Behandlungsarten fallen wieder Rückstände, wie etwa Filterkuchen aus der Rauchgasreinigung und Klärschlamm aus der Abwasserreinigung, an, deren umweltkonforme Entsorgung ebenfalls gesichert werden muß.

Das Bundesinstitut für Gesundheitswesen geht in seiner Abfallerhebung 1984 von einem Sonderabfallaufkommen in ganz Österreich von 13,4 Millionen Tonnen aus, das sind produktionsbedingte Abfälle aus Industrie und Gewerbe, die nach den derzeit gesetzlichen Grundlagen als „Sondermüll“ gelten.

Davon gelangen vier Millionen Tonnen organisch belastete Spül- und Waschwasser in die Kanalisation, zwei Millionen sind Aushubmaterial für Neubauten und Bauschutt, die deponiert werden. 450.000 Tonnen wandern in den Hausmüll. Als „überwachungsbedürftige Sonderabfälle“ nach Ö-Norm S 2101 schätzt das Institut ein Aufkommen von einer Million Tonnen jährlich.

Wenn man die Menge auf den „Begleitscheinen“ nach dem Sonderabfallgesetz und dem Altölgesetz zusammenrechnet, kommt man aber nur auf 200.000 Tonnen Sonderabfall jährlich. In den EBS Wien wurden im Jahr 1987 57.000 Tonnen, vorwiegend aus Wien und Niederösterreich, entsorgt.

Diese Zahlen zeigen, welchem Problemdruck die Gemeinden ausgesetzt sind, auf deren Gemeindegebiet der Sonderabfall mangels entsprechender Entsorgungsmöglichkeiten verschwindet, und wie wichtig es ist, daß gesetzliche Regelungen erlassen, die Kontrollen verstärkt, aber auch entsprechende Anlagen und Einrichtungen geschaffen und finanziert werden, die eine gesicherte Entsorgung ermöglichen. (Schluß) roh/rr

Wiener Landtag

Fragestunde

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat am Montag um 9 Uhr unter dem Vorsitz des Ersten Präsidenten, Ing. Fritz HOFMANN, zu seiner fünften Sitzung der laufenden Legislaturperiode zusammen.

Auf der Tagesordnung stehen das Wiener Auskunftspflichtgesetz sowie die Novelle zum Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz sowie eine dringliche Anfrage der Volkspartei zum Thema Waldsterben. Die Sitzung wurde mit einer Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß die geplante Weltausstellung nicht ausschließlich über Sponsoren finanziert werden könne. Das Heranziehen von Sponsoren und Werbeträgern könne aber die Kosten wesentlich senken. Unabhängig davon würden auch erhebliche Kosten zur Verbesserung der Infrastruktur, wie etwa Verkehrsträger etc., auftreten. Der Vorbereitungsverein werde selbstverständlich auch ein Finanzierungskonzept erarbeiten.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. FÜRST (ÖVP) über die vorgeschlagenen neuen KFZ-Kennzeichen (rückstrahlend mit Buchstaben-Ziffern-Kombination) stellte Lhpt. Dr. Zilk fest, daß sich die Landeshauptmännerkonferenz in Dürnstein mit diesem Thema befaßt habe. Die Landeshauptleute seien für diese Kennzeichen, wenn sichergestellt werden könne, daß bei einem Beitritt Österreichs zur EG nicht neuerlich die Kennzeichen ausgetauscht werden müßten. Die Zusatzeinnahmen bei Wunsch Kennzeichen würden im Verhältnis 60:40 zwischen Ländern und Bund aufgeteilt.

LAbg. Mag. KAUER (ÖVP) erkundigte sich in der DRITTEN ANFRAGE, ob sich der Landeshauptmann für eine rasche Realisierung der Radareinrichtungen an der Süd-Ost-Tangente einsetzen werde. Landeshauptmann Dr. ZILK erklärte, daß die Verwirklichung in der Kompetenz zweier Ministerien liege und die finanziellen Mittel erst im heurigen Budget zur Verfügung stünden. Ende Mai sollen die ersten beiden Stationen in Betrieb sein, der Rest soll bis zum Sommer installiert werden. Druckmittel gegen den Bund gebe es allerdings nicht, die Stadt Wien habe immer nur auf die rasche Errichtung drängen können.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. Dr. STEYRER (SPÖ), welche Haltung das Land Wien zur Novellierung des Sonderabfallgesetzes einnehme, antwortete StR. Dr. HÄUPL (SPÖ), daß der Entwurf bereits vom Ministerrat verabschiedet wurde. Er unterscheide sich jedoch deutlich von jenem der Bundesländer, und es scheine, daß die Durchführung an die Länder delegiert werden solle. Unbefriedigend sei unter anderem, daß kontaminiertes Erdreich nicht als Sonderabfall behandelt werden soll. Der „Mülltourismus“ werde auch nach diesem Entwurf nicht unterbunden. Die Forderung nach einer Erhöhung der Strafen wurde nicht erfüllt. Im jetzt eingesetzten parlamentarischen Unterausschuß wollen die Bundesländer eine neuerliche Stellungnahme abgeben. Häupl verwies auf die gemeinsamen Anstrengungen von Wien und Niederösterreich zur Bewältigung und Minimierung des Sondermüllanfalls. Wien sei nach wie vor die einzige Gebietskörperschaft in Österreich, die eine Sonderabfallbeseitigungsanlage besitzt. Bei der jetzt laufenden Standortsuche für eine Sondermülldeponie in Niederösterreich müssen die Voraussetzungen für eine politische Akzeptanz durch eine technisch exzellente Vorbereitung und den Kontakt mit den betroffenen Bürgern geschaffen werden. Die niederösterreichischen Bürgerforen scheinen Häupl ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Als eine Vorleistung für das jetzt in Beratung stehende Gesetz bezeichnete der Wiener Umweltstadtrat die Tatsache, daß Wien für Sondermüll bereits ein Begleitscheinsystem realisiert hat und ein österreichweit beispielgebendes EDV-Konzept für die Überwachung entwickelte.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. BRIX (SPÖ), wie das sogenannte Streckenbewilligungsverfahren für Transporte gefährlicher Güter in Wien gehandhabt wird, antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß diese Vorschrift seit 1. April in Rechtskraft ist. Seither ist eine Bewilligung für den Transport von etwa 165 gefährlichen Gütern notwendig. Man werde diese Vorschrift nach einer entsprechenden Übergangsphase etwa ab dem Juli besonders streng handhaben. Dabei werden nicht nur die Anzahl und Menge der Güter beschränkt werden, sondern auch die dafür zur Verfügung stehenden Strecken innerhalb Wiens. Die ZUSATZFRAGE, ob eine entsprechende Informationsstelle dafür eingerichtet werden könnte, bejahte Hatzl.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), wann voraussichtlich die Entscheidung über einen zentralen Fernreisebahnhof für Wien getroffen wird, antwortete StR. SALLABERGER (SPÖ), daß nach den derzeit vorliegenden Besprechungsergebnissen und den zur Verfügung stehenden Finanzierungsmitteln mit einer Realisierung ab den Jahren 1992/93 zu rechnen ist, wobei von einem Standort im Bereich des Südostbahnhofes auszugehen ist.

Auf die ZUSATZFRAGE, ob dabei nicht mit weniger als den geschätzten 5,3 Milliarden Schilling das Auslangen gefunden werden könne, antwortete Sallaberger, daß eine entsprechende Studie dies nachzuweisen versuche, wobei die Planer von einer Überbauung und ökonomischen Verwertung der Bahntrasse ausgehen.

Auf eine weitere ZUSATZFRAGE, ob für den Güterverkehr nicht ein zusätzlicher Umschlagbahnhof errichtet werden soll, sagte Sallaberger, daß eine Errichtung am Stadtrand günstig wäre. Grundsätzlich sollten alle Grundflächen und Einrichtungen der Bundesbahn in die Überlegungen einbezogen werden, denn die Stadtplanung stehe in engem Zusammenhang mit den Überlegungen der Bahn zur Realisierung ihres neuen Konzepts.

Zur SIEBENTEN ANFRAGE von LAbg. GINTERSDORFER (FPÖ) über Bestrebungen, die Kompetenzen für den Denkmalschutz den Ländern zu übertragen, stellte StR. Dr. PASTERK fest, daß es bereits seit 1976 Bestrebungen gebe, den Ländern auf diesem Gebiet mehr Kompetenzen im Vollzug, nicht aber in der Gesetzgebung zu übertragen. Derzeit seien Verhandlungen mit dem Bund im Gange, wobei Wien eine geänderte Behördenzuständigkeit mit Mitwirkungsrechten anstrebe. Das Beispiel Ronacher zeige, daß Wien hier eher strenger vorgehe als das Bundesdenkmalamt. In seinen ZUSATZFRAGEN verwies LAbg. Gintersdorfer auf einen Expertenprotest gegen eine „Verlängerung“ in diesem Bereich. Die Experten hätten die Sorge geäußert, daß Länder verstärkt unter den Druck von Interventionen geraten könnten. Dr. Pasterk unterstrich ihre Wertschätzung für die Arbeit des Bundesdenkmalamtes, meinte aber doch, daß es sinnvoll wäre, den Ländern im Vollzugsbereich mehr Kompetenzen einzuräumen.

Wiener Auskunftspflichtgesetz

StR. SALLABERGER (SPÖ) beantragte die Annahme des Wiener Auskunftspflichtgesetzes, das die Auskunft der Organe des Landes und der Gemeinde Wien über die Angelegenheiten in ihrem Wirkungsbereich regelt. Demnach ist jedermann Auskunft zu erteilen, soweit eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht dem nicht entgegensteht.

Präs. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) begrüßte das Gesetz, das nun das Recht des Bürgers auf Auskunft regelt und diese Auskunft zu einer Pflicht der Verwaltung macht. Dieses Gesetz stellt damit ein Stück mehr Republik, ein Abgehen von hoheitlicher Verwaltung dar.

LAbg. JANK (SPÖ) wies darauf hin, daß mit diesem Gesetz dem Bedürfnis des Bürgers nach Transparenz und tatsächlicher Information nachgekommen wird. Es bedeutet für Wien gesetzliches Neuland, da es bisher

Forts. von Blatt 756

Forts. auf Blatt 758

keine Auskunftspflicht gegeben hat. Allerdings hat die bürgernahe Verwaltung Wiens vom Bürgerdienst bis zum Landes- und Stadtarchiv bereits vielfach in seinem Sinne gehandelt.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beantragte eine Novelle zum Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz. Demnach ist die Stadt Wien in den Fällen, in denen sie zur Bestattung Verstorbener verpflichtet ist, nicht primär auch zur Tragung der Kosten verpflichtet. Über die Ausstattung der zum Leichentransport verwendeten Fahrzeuge können nähere Vorschriften erlassen werden. Die Feuerbestattung soll nur mit Materialien durchgeführt werden dürfen, die keine Gefahren für die Gesundheit von Menschen und für die Umwelt darstellen.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Dringliche Anfrage über Maßnahmen gegen das Waldsterben

Die ÖVP brachte eine Dringliche Anfrage über Maßnahmen gegen das Waldsterben in den Wiener Quellschutzgebieten und über die Sicherung der Wiener Trinkwasserversorgung ein.

In der Begründung der Dringlichen Anfrage stellte LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP) fest, das ständig fortschreitende Waldsterben stelle nach wie vor ein großes Problem dar. Nach der letzten Waldzustandsinventur sei Wien mit 68,5 Prozent geschädigten Waldbestandes das mit Abstand am ärgsten betroffene Bundesland.

In der Debatte zur Dringlichen Anfrage hob LAbg. Dr. HAWLIK hervor, daß sich die Wälder in den Quellschutzgebieten in einem Maße verschlechtert hätten, daß Anlaß zu ernster Sorge bestehe. Die Schäden haben in letzter Zeit stark zugenommen, und es würden keine geeigneten raschen Maßnahmen zur Sanierung gesetzt. Die Anreicherung des Bodens mit Schwermetallen, die Auswaschung von Nährstoffen und die Bodenversauerung sowie die Wildschäden in den Schutzwäldern im Rax- und Schneeberggebiet hätten zugenommen. Wien habe zwar seit 1982 ein Luftreinhaltegesetz, dessen Exekution aber nicht möglich sei, weil die Durchführungsverordnungen fehlen. Es sei eine Schande, so Dr. Hawlik, daß diese Verordnungen noch nicht erlassen seien.

Er bedauere es, daß sein Vorschlag zur Errichtung eines Nationalparks Wienerwald abgelehnt worden sei, betonte LAbg. Mag. KABAS (FPÖ). Die Initiative müsse von Wien ausgehen, weil damit die vitalen Interessen der Stadt Wien berührt werden. Kabas wiederholte einen schon vor längerer Zeit gemachten Vorschlag der FPÖ, den Wienerwald im Bereich der Bundeshauptstadt als Bannwald zu deklarieren. Zu den noch ausstehenden Verordnungen zum Vollzug des Luftreinhaltegesetzes meinte Kabas, daß die dazu nötigen Unterlagen seitens der Akademie der Wissenschaften bereits vorliegen. Weiters forderte Kabas, die Stadtverwaltung solle durch Förderungen im Ausmaß von je 3.000 Schilling den nachträglichen Einbau von Katalysatoren schmackhaft machen. Damit könnte eine beachtliche Reduktion von Schadstoffen erzielt werden.

Die Stadt Wien hat in den letzten Jahren Maßnahmen gesetzt, die sich sehen lassen können und die vorbildlich sind, sagte LAbg. BRIX (SPÖ). So konnte auf dem Gebiet der Luftreinhaltung enorm viel erreicht werden. Die Wiener Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen werden bis Anfang der neunziger Jahre international beispielgebend sein. Beim Schwefeldioxid- und Stickstoffausstoß konnten große Verbesserungen erzielt werden. Die

Forts. von Blatt 757

Forts. auf Blatt 759

in Wien beim Flötzersteig, den Entsorgungsbetrieben Simmering und künftig bei der Spittelau angewandten Grenzwerte sind deutlich besser als die bundesgesetzlich vorgeschriebenen. Beim Vergleich Wiens mit Tirol und Vorarlberg hinsichtlich der Förderung des Katalysatoreinbaus sind, so Brix, die unterschiedlichen Dimensionen zu berücksichtigen. Während Wien dafür 450 Millionen ausgeben müßte, wären es in Tirol und Vorarlberg zusammen höchstens 60 Millionen. Brix verwies dann auf die Anstrengungen des städtischen Forstamtes, den Wald zu schützen, während jenseits der Stadtgrenzen beispielsweise überbreite Forststraßen angelegt werden dürfen. Wien pflanzt Millionen Bäume und führt in mehreren Stadtteilen Aufforstungen durch. Der hohe Waldanteil von 18 Prozent soll erhalten und womöglich vergrößert werden.

Seit Jahren kränkt der Wienerwald, kritisierte LAbg. WELAN (ÖVP). Die zweite Rettung des Wienerwaldes ist, so Welan, schwieriger, langwieriger und politischer als die erste und eine Aufgabe für mehrere Generationen. Für die Rettung des Wienerwaldes sollte ebensoviel Öffentlichkeitsarbeit wie für die Rettung des Stephansdomes aufgewendet werden. „Wenn wir uns für eine Weltausstellung vorbereiten, sollten wir auch eine Waldausstellung vorbereiten“, forderte Prof. Welan. Der Wienerwald sei im Wiener Stadtgebiet deutlich mehr geschädigt als im übrigen Teil. Es gebe aber, obwohl der Wienerwald als eines der bedeutsamsten österreichischen Waldschadensgebiete bezeichnet werden muß, keine detaillierte Waldinventur, keine Waldschadenskarte, obwohl diese für Feindiagnosen und Therapien notwendig wäre. Eine vernetzte Vorsorgepolitik fehlt nach Meinung von Prof. Welan. Die ÖVP fordert ein Maßnahmenbündel, zu dem unter anderem eine radikale Minderung der Emissionen, ein Verkehrskonzept und eine Generalsanierung des Wienerwaldes, gestützt auf die großen Erfahrungen Wiens gehören sollten. Der Wienerwald sollte zum Nationalpark werden, wenn schon nicht rechtlich, dann in den Auswirkungen, im Hinblick auf seine Nähe zum Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen. Es wäre eine Bodenschutzkonzeption notwendig. Der Zusammenhang zwischen Ökologie und Demokratie sollte beachtet werden. Es sollte einen besseren Dialog auf Bezirks-, Landes- und Expertenebene geben.

LAbg. OUTOLNY (SPÖ) meinte, daß die Opposition zu oft die erfolgreiche Arbeit der Stadt Wien zum Schutz des Waldes und zur Luftreinhaltung ignoriere. Tatsache sei, daß die Ursachen und Zusammenhänge für das Waldsterben selbst von der Wissenschaft noch nicht eindeutig erfaßt worden sind. Er erachte etwa die Zusammenarbeit betreffend den Wienerwald mit Niederösterreich für sehr wichtig und gut. Outolny verwies darauf, daß im März das europäische Umweltjahr zu Ende gegangen ist. Trotz einer sehr negativen Gesamtbilanz sei Österreichs Vorreiterrolle beim Umweltschutz in vielen Bereichen bestätigt und gerechtfertigt worden. Und innerhalb Österreichs habe vielfach Wien diese Vorreiterrolle. Outolny wies darauf hin, daß Wien bereits seit 1982 ein Luftreinhaltegesetz hat, Niederösterreich seit 1986. Aber ohne Zweifel seien noch weitere Maßnahmen notwendig.

StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) stellte in seiner mündlichen Beantwortung der Dringlichen Anfrage zunächst fest, daß die Bekämpfung des Waldsterbens zu einer nationalen Aufgabe geworden ist. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, daß die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Verwaltung in Wien funktioniere. Im Auftrag der Stadt werden zahlreiche Untersuchungen durchgeführt, die eine Grundlage für die praktische Arbeit bilden.

Bei der Bekämpfung des Waldsterbens ist die Verringerung der Luftschadstoffe nur ein Problem von vielen. So werden beispielsweise die jährlichen Schäden durch Luftverunreinigung in einer sozialpartnerschaftlichen Studie mit zwei Milliarden Schilling angegeben, während die Wildschäden in Österreichs Wäldern jährlich drei bis vier Milliarden Schilling ausmachen.

Forts. von Blatt 758

Forts. auf Blatt 760

Forts. von Blatt 759

Neben der Zusammenarbeit sei vor allem auch die Information und Umwelterziehung der Menschen zu verstärken.

In der formellen Beantwortung der Dringlichen Anfrage sagte StR. Häupl, daß derzeit in Wien am Entwurf für ein Bodenschutzgesetz gearbeitet wird. Auch auf Bundesebene seien derartige Vorbereitungen im Gang. Im Forstgesetz sei das Vorsorgeprinzip als Grundlage für eine langfristige Waldsanierung enthalten, und Wien handle auch danach. Die Waldschadensforschung werde in Wien durch zahlreiche Forschungsaufträge an Hochschulen und Instituten vorangetrieben. Das Naturschutzmanagement funktioniere durch die gute Zusammenarbeit der Magistratsabteilungen. Zudem werde demnächst in der Magistratsabteilung 49 ein Waldschadensreferat eingerichtet. Zur Festsetzung effektiver Schadstoffgrenzwerte der Luft wird derzeit an Verordnungsentwürfen gearbeitet, die den letzten Stand der Technik berücksichtigen sollen. Teilweise bestehen derartige Grenzwerte bereits jetzt, sagte Häupl. Die positive Wirkung von Katalysatoren stehe außer Zweifel. Ihm stellten sich die Fragen, so Häupl, weshalb daher eine bundesgesetzliche Regelung zur Nachrüstung von Autos nicht zustande komme und warum in Österreich ein Katalysator ohne die notwendigen Einbaukosten zwischen 6.000 und 8.000 Schilling, in Japan aber nur 1.000 Schilling kostet. Eine Förderung wäre grundsätzlich möglich, sie erfordere aber bei geschätzten 150.000 Nachrüstungen einen sehr hohen finanziellen Aufwand. Zum Schutz der Wiener Quellschutzgebiete erfolgt seit Jahren eine naturnahe Waldbewirtschaftung, sagte Häupl. Es gebe keinen Kahlschlag, es werden keine Pestizide zur Schädlingsbekämpfung und keine Großmaschinen eingesetzt. Es wird künftig Bioöl für Motorsägen verwendet und es erfolge kein Forststraßenbau mehr. Zur Walderhaltung und Aufforstung sei Wien durch mehrere Bundes- und Landesgesetze verpflichtet. Und schließlich wird seit Jahren eine intensive Umweltinformation durch die Stadt Wien betrieben. Auch in den Schulen gebe es hervorragende Broschüren zum Umweltschutz. Trotzdem könne er sich ein integriertes Medienkonzept zwischen Bundes- und Landesebene vorstellen.

In der Frage des Waldsterbens müsse ausgesprochen werden, was ist. Gegenseitige Vorwürfe seien nicht hilfreich, schloß Häupl.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 12.45 Uhr. (Schluß) red

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Nach dem Landtag trat der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP) über die Absicht von Vizebürgermeister MAYR, den Vergnügungspark „Luna Luna“ um 45 Millionen Schilling zu erwerben, stellte Bürgermeister Dr. ZILK fest, daß derzeit die Gespräche noch im Laufen sind. Er teile die Ansicht von Vizebürgermeister Mayr und sei der Überzeugung, daß sich Wien-Werbung nicht auf die Präsentation von Heurigen, Sängerknaben und Lipizzanern beschränken dürfe. Bezüglich der Rentabilität verwies Zilk auf „Flic Flac“, wo im ersten Jahr 72 Prozent und im zweiten Jahr 60 Prozent der Kosten eingespielt werden konnten. In einer ZUSATZFRAGE meinte GR. NEUMANN, daß er sich schwer vorstellen könne, wie man „Luna Luna“ so umsetzen könne, daß es — beispielsweise in Moskau — mit Wien und den Wiener Weltausstellungsplänen im Zusammenhang gebracht wird. Zilk versicherte, daß eine entsprechende Popularisierung kein Problem sei und verwies auf das internationale Medienecho bei Andre Hellers Luftballonaktion. In einer zweiten ZUSATZFRAGE erkundigte sich GR. Neumann, ob die Folge- und Betriebskosten in den 45 Millionen Schilling, die bereits von der Zentralsparkasse in Form eines Kredits bereitgestellt worden seien, enthalten sind. Zilk teilte mit, daß die genannte Summe, in der auch die Instandsetzung von „Luna Luna“ enthalten sei, der Abgeltung von Rechten diene. Im übrigen verwies er darauf, daß auch andere Projekte der Fremdenverkehrswerbung, zum Beispiel für Produkte der Weinwirtschaft oder der Mode, aus Steuergeldern finanziert werden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Mag. KABAS (FPÖ) über die Möglichkeit einer Förderungsaktion für Nachrüstkatalysatoren nach dem Vorbild Vorarlbergs, verwies StR. HÄUPL (SPÖ) auf seinen bereits im Landtag dargelegten Standpunkt. Er betonte, daß man prüfen müsse, ob ein Förderungssystem tatsächlich effizient sei. In einer ZUSATZFRAGE wollte Mag. Kabas wissen, ob Wien in dieser Frage gegenüber dem Bund die Initiative ergreifen werde. Häupl betonte die Notwendigkeit von Nachrüstkatalysatoren, meinte aber, daß es neben der Förderung auch die Möglichkeit einer gesetzlichen Verschreibung oder einer Abgabe für Autos ohne Katalysatoren gäbe.

Gerade im Umweltbereich habe sich herausgestellt, daß Förderungen nicht immer zielführend sind. In einer zweiten ZUSATZFRAGE verwies Kabas auf die in Vorarlberg laufende Förderungsaktion und wollte wissen, wann in Wien die weitere Vorgangsweise geklärt sein werde. Häupl stellte fest, daß die Ergebnisse der Vorarlberger Aktion bisher äußerst mager seien. Die Meinungsbildung in Wien werde seiner Ansicht nach bis zum Sommer abgeschlossen sein.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. BRIX (SPÖ), wie er das Ansuchen der Firma Shell um eine Ausnahmegenehmigung aus der Bausperre im Gebiet des Ölhafens Lobau beurteile, sagte StR. SALLABERGER (SPÖ), daß dieses Gebiet bis zur Verhängung der Bausperre im April 1987 die Widmung Industriegebiet gehabt hat. Durch das Vorhaben der Firma Shell liegt keine Umgehung dieser Widmung vor, weshalb auch ein Rechtsanspruch der Firma auf die Durchführung des Baues abgeleitet werden könnte. Generell sei zu sagen, daß die Planung der Firma Shell als umweltfreundlich bezeichnet werden kann und daß sie damit im Sinne einer umfassenden Lösung zu sehen ist, die eine Sanierung des gesamten Gebietes durch entsprechende Umweltmaßnahmen wie die gesamte Umspundung und die Errichtung einer zweiten Ölsperre vorsehen sollten.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. KAMMERER (SPÖ), welche Bedeutung er den Vorschlägen im Rahmen des Donauraumwettbewerb für die Gestaltung der Uferbereiche des Donaukanals zumißt, sagte StR. SALLABERGER, daß er die Verwirklichung dieser Vorschläge nach dem Abschluß der Baumaßnahmen für den Rechten Hauptsammelkanal anstrebt. Im übrigen wird der Donaukanal nach der Inbetriebnahme des Hauptsammlers nicht mehr durch Wiener Abwässer verschmutzt werden und — bei Verwirklichung der entsprechenden Maßnahmen im oberen Bereich der Donau — eventuell sogar Badewasserqualität aufweisen können.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) gab StR. SALLABERGER bekannt, daß der ÖGB als Eigentümer der Grundstücke der Primavesivilla in Hietzing auf eine Bebauung des derzeitigen Gartens der Liegenschaft verzichte. Eine Neubearbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes werde er demnächst dem Gemeinderat vorlegen.

Kulturstadtrat Dr. PASTERK (SPÖ) befaßte sich in der Beantwortung der SECHSTEN ANFRAGE von GR. GINTERSDORFER (FPÖ) mit der Zukunft der Tschauner-Bühne in Ottakring. Sie suche nach einem gangbaren ökonomischen Weg, damit der Charme und der Charakter dieser Traditionsbühne erhalten bleibe. Eine Subvention in der Größenordnung zwischen vier und sechs Millionen Schilling erscheine ihr zu hoch, auch die Renovierung des Buffetbetriebes erachte sie als zu groß geplant. Die Renovierungskosten könnten nicht aus dem Kulturbudget kommen, sie habe aber bereits Gespräche mit Sponsoren aufgenommen.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) erkundigte sich in der SIEBENTEN ANFRAGE nach dem Zeitpunkt der grundsätzlichen Entscheidung, ob im Rinterzelt „BRAM“ erzeugt wird. Dazu erklärte StR. Dr. HÄUPL (SPÖ), daß im Rahmen der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes eine Gegenüberstellung von Abfallvermeidung, -trennung und -wiederverwertung erfolgt. Es wird auch entschieden, ob und in welchem Umfang Bram im Rinterzelt hergestellt werden soll. Ein Zwischenergebnis wird im Juni vorliegen, die entscheidenden Unterlagen sind für den kommenden Herbst zu erwarten. Häupl bekannte sich grundsätzlich dazu, einer Wiederverwertung gegenüber der Verbrennung den Vorzug zu geben. Sollte es jedoch nicht möglich sein, Abnehmer für Altstoffe zu finden, müsse es zu einer Verbrennung kommen.

Ankauf des Superädifikats Oberbayern

GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ) beantragte den Kauf des Superädifikates Restaurant Oberbayern.

GR. KIRCHNER (FPÖ) kritisierte, daß es nicht Aufgabe der Stadt Wien sein könne, eine Bierhalle zu kaufen. Überdies sei der Kaufpreis zu hoch. Die Verschwendung von 12,6 Millionen Schilling für eine Großdisco sei ein sorgloser Umgang mit Steuergeldern.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) ergänzte, daß dieser Kauf eine „Gefälligkeitsreaktion“ gegenüber dem derzeitigen oder einem künftigen Nutzer sei. Unverständlich sei auch die Zustimmung der ÖVP. Es sei zu fragen, welche Interessen hinter diesem Kauf stehen. Als Standort für eine Discothek sei das Oberbayern von zweifelhafter Qualität. Außerdem sei der bauordnungsgemäße Brandschutz nicht gegeben.

StR. EDLINGER (SPÖ) kritisierte die Argumentation der FPÖ, wonach die Stadt Wien ein Bierlokal erwerben oder betreiben wolle. Der Ankauf des Gebäudes diene dazu, positive private Initiativen und Aktivitäten im Wiener Volkspark zu fördern. Um weitere „Spielhöhlen“ im Prater zu verhindern, sei es notwendig, ordnend einzugreifen. Mit entsprechenden Investitionen für Brandschutzeinrichtungen müsse der künftige Pächter rechnen.

Forts. von Blatt 761

Forts. auf Blatt 763

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) übte Kritik an diesem ordnungspolitischen Eingriff. Kein Privater wäre bereit gewesen, diesen Kaufpreis zu zahlen. Außerdem liege bis jetzt das versprochene Praterkonzept noch nicht auf dem Tisch.

Die Berichterstatteerin GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ) verwies darauf, daß es bereits einen Maßnahmenkatalog des Wirtschaftsförderungsfonds zur Erneuerung des Praters gebe. Der Erwerb des Oberbayern folge der Notwendigkeit einer größeren Mehrzweckhalle. Das Lokal sei leicht erreichbar, die Anrainer seien vor Lärm geschützt, der Kaufpreis sei angemessen und die Auswahl eines künftigen geeigneten Betreibers möglich.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Großversuch Tempo 30

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) stellte den Antrag, aus den Erträgen der Parkometerabgabe einen Betrag von 1,3 Millionen Schilling zur Finanzierung der im Jahre 1987 angefallenen Kosten des Großversuches Tempo 30 zu genehmigen.

In seiner Wortmeldung verwies GR. PRINZ (FPÖ) auf Versuche in München, bei denen von der Beschränkung auf Tempo 30 allerdings die Haupt- und Durchzugsstraßen ausgenommen sind. Die FPÖ unterstütze alles, was zu einer Reduktion der Lärmbelastigung führt, müsse aber vor einer Einbeziehung des gesamten Straßennetzes in eine Tempo 30-Aktion während der Nachtstunden warnen. Keinesfalls nütze es der Verkehrsmoral, wenn Tempo 30 verordnet wird, damit letztlich Tempo 50 eingehalten wird. Prinz regte an, die Autoindustrie zu veranlassen, die Kraftfahrzeuge leiser zu machen und die Verkaufsstrategie auf lärmgeplagte Menschen abzustimmen.

GR. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) verwies auf die im Wiener Parkometergesetz festgelegte Zweckbindung. In erster Linie seien die Erträge der Parkometerabgabe dem Garagenbau zuzuführen. Allerdings werde nur ein sehr geringer Teil des Geldes tatsächlich für neue Garagen verwendet. Anträge und Vorschläge der ÖVP, die Mittel zur Gänze für den Garagenbau zu verwenden, seien leider immer abgelehnt worden. Eine Verwendung dieser zweckgebundenen Gelder für eine Untersuchung zum Großversuch Tempo 30 sowie für die Anschaffung von Verkehrszeichen sei seiner Ansicht nach gesetzlich nicht gedeckt. Zur Einführung einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf freiwilliger Basis meinte Regler, daß es die Unfallgefahr erhöhe, wenn einzelne Verkehrsteilnehmer anders fahren. Es gebe mehr Überholvorgänge, öffentliche Verkehrsmittel würden aufgehalten. Auch er plädierte wie sein Vorredner für ein Netz von Straßen, wo die zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht unter 50 Stundenkilometer liegen dürfe. Das vorliegende Geschäftsstück müsse die ÖVP ablehnen, da sie die Verwendung von Mitteln der Garagenförderung für Maßnahmen der Verkehrssicherheit als zweckwidrig erachte.

GR. OBLASSER (SPÖ) bezeichnete den Großversuch „Tempo 30“ als notwendig, um nachzuweisen, wie sich die Maßnahme auswirkt. Das Ergebnis war in den vier Versuchsgebieten unterschiedlich und brachte wichtige Erkenntnisse. Oblasser wies darauf hin, daß sich Bürgermeister Zilk immer für eine Empfehlung für Tempo 30 bis 40 in den Nachtstunden ausgesprochen habe und die Möglichkeit einer späteren Volksbefragung in Erwägung gezogen habe.

Zur Zweckbindung der Parkometerabgabe sagte Oblasser, daß diese als Maßnahme für die Erleichterung des innerstädtischen Verkehrs definiert ist. Natürlich gehören dazu auch der Garagenbau und die Schaffung von Park-and-ride-Möglichkeiten, die von der Stadt Wien im Zuge des U-Bahn-Baues ja ohnedies berücksichtigt werde. Generell sei es notwendig, ein

Forts. von Blatt 762

Forts. auf Blatt 764

Konzept für den ruhenden Verkehr zu schaffen, das neben dem Garagenbau für die Wohnbevölkerung auch die Frage der Parkraumbewirtschaftung einschließt. Abschließend sprach sich Oblasser für die Verbesserung der Überwachungsmaßnahmen aus, um damit den Regelungen im Straßenverkehr den entsprechenden Nachdruck zu verleihen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Dringliche Anfrage über EKAZENT-Consult

Die ÖVP brachte eine DRINGLICHE ANFRAGE an den Bürgermeister über den geplanten Verkauf der EKAZENT-Consult ein.

In der Begründung der Dringlichen Anfrage betonte GR. Dr. MAIER (ÖVP), daß durch den geplanten Verkauf die Probleme rund um die EKAZENT-Consult im Zusammenhang mit dem Praterstadion nicht geklärt würden. Weiters kritisierte der Redner, daß die Grundsatzentscheidung über den Verkauf an allen Gremien des Gemeinderates vorbeigelaufen sei. Er forderte den Bürgermeister auf, alles zu tun, damit keine Kontrollen umgangen werden.

Zu Beginn der Debatte über die Dringliche Anfrage meinte GR. Dr. MAIER, die Transaktion stelle ein Schuldbekenntnis dar und den Versuch, sich der Kontrolle zu entziehen. Es müsse aber geklärt werden, wer dafür politisch verantwortlich sei. Die ÖVP werte die Transaktion als einen Hinweis auf eine verfehlte Holding-Politik, die mit ihren Firmenverflechtungen nicht mehr durchschaubar sei. Der geplante Verkauf der EKAZENT-Consult mache den Skandal nicht geringer.

Dr. Maier kritisierte, daß die Beteiligungskommission abgeschafft worden sei. Es sei dies ein Gremium gewesen, in dem Transaktionen im Zusammenhang mit der Holding besprochen worden sind. Er forderte den Bürgermeister auf, mangels politischer Kontrolle im Holdingbereich die Beteiligungskommission wieder einzusetzen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, er stehe Vizebürgermeister MAYR wohl kritisch gegenüber, wolle jedoch auch sinnvolle Aktionen anerkennen. Dazu gehöre der Verkauf von Gemeindefirmen, für die es keinen kommunalen Bedarf gibt, wie die EKAZENT-Consult. Das gelte unabhängig von den Vorkommnissen rund um die Stadion-Sanierung. Hirschall verwahrte sich gegen den Vorwurf von ÖVP-Gemeinderat Dr. Maier, es habe an Kontrolle gemangelt. Das Kontrollamt habe geprüft, und an diesem Bericht sei nicht zu rütteln. Die Verantwortung der EKAZENT-Consult stehe fest. Nun solle die Holding zeigen, wie sie zum Kontrollamtsbericht steht. Die Vernachlässigung der Bauaufsicht sei festgestellt. Er hoffe nun, führte Hirschall weiter aus, daß bald Konsequenzen bei der Geltendmachung von Regreßansprüchen gezogen werden. Der geplante Verkauf sei erfreulich und ermutigend, ergänzte Hirschall und wies darauf hin, daß es bei diesem Unternehmen bereits einmal „merkwürdige Provisionszahlungen“ gegeben habe.

GR. NEUMANN (ÖVP) erklärte, bei der Stadion-Sanierung seien die Kosten um über 40 Prozent gegenüber dem vorgesehenen Kostenlimit explodiert. Das Kontrollamt habe festgestellt, die Stadthalle hätte zeitgerecht eine Sachkrediterhöhung beantragen müssen. Aber der seinerzeitige Stadtrat Mrkvicka habe beruhigt, während es dem Finanzstadtrat hätte auffallen müssen, wie sich die Kosten entwickeln. Dieser habe jedoch in „parteilicher Pflichterfüllung“ geschwiegen. Nun soll eine teilstaatliche Bank, deren Firmen an der Errichtung des Stadions beteiligt waren, die EKAZENT-Consult übernehmen. Hier sei nicht die Privatisierung Vater des Gedankens. Im Zusammenhang mit dem Verkauf der EKAZENT-Consult sollte klar werden, wie es mit offenen Rechnungen und Forderungen steht, wie es um die Zukunft begonnener und geplanter Projekte, wie etwa des Neugebäudes in Simmering, steht, wie die Planung für die

Forts. von Blatt 763

Forts. auf Blatt 765

Forts. von Blatt 764

Heldenplatzgarage, das Margaretenbad und die Roßauer Kaserne aussieht. Die Länderbank sei erst vor wenigen Jahren mit einer Milliarden-spritze aus den roten Zahlen geholt worden, nun solle sie in eine neue Krise geführt werden. Vizebürgermeister Mayr bediene sich kommunaler Firmen und halbstaatlicher Banken, um seine Ziele mit Steuergeldern zu erreichen. Neumann forderte eine Wiedereinsetzung der Beteiligungskommission und ihre Ausstattung mit mehr Kontrollmöglichkeiten.

GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) stellte fest, daß der Gemeinderat auf die wirtschaftliche Vermögensverwaltung der Stadt zu achten hat. Weil der Verkauf der EKAZENT-Consult lediglich über die Medien bekannt wurde, mußte die Opposition zum Mittel der Dringlichen Anfrage greifen. Es sei zu klären, wie es zu den horrenden Baukostenüberschreitungen, zu Fehl- und Doppelverrechnungen gekommen sei und wer die wirtschaftliche und politische Verantwortung dafür trage. Überdies sei zu fragen, wieviel die EKAZENT-Consult wert sei, wenn man sie nun verkaufen will. Auch stelle sich die Frage nach der Verantwortung der Stadthalle und des Sportamtes.

Vizebürgermeister MAYR warf der ÖVP vor, eine Politik von politisch motivierten Behauptungen und Unterstellungen auch persönlicher Art zu betreiben. Das habe nichts mit sachbezogener Kritik zu tun, sagte Mayr. Mayr wies in diesem Zusammenhang auf die Kritik der ÖVP bezüglich der Schenkung des AKH an die Wiener Universität, der Planung des Zentralbahnhofs oder auch der Donauraumplanung hin. Das gleiche gelte für die Aussagen der ÖVP über die Renovierung des Stadions. Hier seien verschiedene Fakten, wie die notwendige Aufstockung der Sachkredite und die durch die mangelhafte Bauaufsicht der EKAZENT verursachten Mehrkosten von der ÖVP vermischt worden. Zum möglichen Verkauf der EKAZENT sagte Mayr, daß diese als Consulting-Firma vom Vertrauen der Kunden lebe. Nach der politischen Diskussion sei gerade dieses Vertrauen in Mitleidenschaft gezogen. Eine grundsätzliche Lösung sei in Diskussion, die Entscheidung werde in den zuständigen Gremien der Wiener Holding getroffen.

In Beantwortung der Dringlichen Anfrage teilte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK mit, er sei über die Verkaufsabsichten bezüglich der EKAZENT-Consult informiert worden und halte den Zeitpunkt des Verkaufs für optimal. Diese Transaktion stehe in keinem Zusammenhang mit der Prüfung des Unternehmens. Wirtschaftspolizei und Staatsanwaltschaft haben ihre Untersuchungen noch nicht abgeschlossen. Im Zusammenhang mit dem sogenannten „Stadion-Skandal“ liege kein Fehlverhalten eines Mitgliedes der Wiener Stadtregierung vor. Die von der Volkspartei geforderte Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse bei der EKAZENT-Consult sei durch die Geschäftsordnung nicht gedeckt und falle in den Aufgabenbereich der Holding. Die Wiedereinsetzung der Beteiligungskommission lehnte Bürgermeister Dr. Zilk ab und meinte, die Mängel hätten auch durch eine politische Kontrolle nicht festgestellt werden können. Dazu sei das Kontrollamt das richtige Organ.

Die Sitzung des Gemeinderates schloß um 16.40 Uhr. (Schluß) red

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133840, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 26. April 1988

Blatt 766

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk begrüßt Einigung der Sozialpartner über Ladenschlußzeiten (772)

Kommunal/Lokal:

Neuer Flächenwidmungsplan im 10. Bezirk (768)

Stadt Wien fördert Tumorforschung (769)

Fahrradtransport in der U-Bahn wird ausgeweitet (770)

Wieder Startschuß für Tramwaymuseum und Oldtimerrundfahrten (770)

Tramwaytag am 4. Juni mit „European Disco Championship“ (771)

Hundeset für Wiener Hundebesitzer (773)

Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal wird am 30. April eröffnet (774)

Kultur:

90. Geburtstag von Günther Haenel (767)

90. Geburtstag von Günther Haenel

Wien, 26.4. (RK-KULTUR) Der Schauspieler Günther HAENEL wurde am 1. Mai 1898 in Dresden geboren. Sein erstes Engagement erhielt er 1921 bei einem Wandertheater. 1925 war er in Würzburg engagiert, 1928 in Darmstadt und ab 1932 in Hamburg. 1939 übersiedelte er nach Wien, wo er neun Jahre später gemeinsam mit Gustav Manker und Karl Paryla die „Sozietät des Neuen Theaters in der Scala“ gründete. Er machte hier eine Anzahl erfolgreicher Inszenierungen, trennte sich aber im Jahre 1952 von der Scala und wurde Regisseur und Schauspieler am Volkstheater. Zeitweise spielte er auch im Theater in der Josefstadt. 1958 wurde Günther Haenel Mitglied des Burgtheaters.

Im Burgtheater führte Haenel gelegentlich auch noch Regie wie in Stücken „Der Unschuldige“ von Hochwälder oder in Schönherr's „Weibsteufel“; großteils war er aber als Schauspieler tätig. So spielte er unter anderen den Firs in Tschechows „Kirschgarten“, den Squenz im „Sommernachts Traum“, den Kardinal von Budapest in Raffalts Papst-Stück „Der Nachfolger“, den Hauptmann in Büchners „Woyzeck“, den Wagner in Goethes „Faust“ und den Klosterbruder in Lessings „Nathan der Weise“.

1958, als die Josef-Kainz-Medaille zum ersten Mal vergeben wurde, war Günther Haenel der erste, der zusammen mit Rosa Albach-Retty und Leopold Lindtberg damit ausgezeichnet wurde. 1967 erhielt Haenel den Berufstitel „Professor“, 1974 wurde er zum Kammerschauspieler ernannt. 1979 erhielt Günther Haenel die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. (Schluß) red/gg

Neuer Flächenwidmungsplan Im 10. Bezirk

Öffentliche Auflage

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Für ein 30 Hektar großes Gebiet im 10. Bezirk, zwischen Laaer-Berg-Straße, Verteilerkreis Favoriten (Altes Landgut), Favoritenstraße und Kennergasse wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Der Planentwurf liegt vom 28. April bis 26. Mai während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Durch die vorgeschlagenen Festsetzungen sollen unter Berücksichtigung des Bestandes und der vorhandenen Entwicklungen die großen bestehenden Wohnhausanlagen, die gemischten Nutzungen entlang der Favoritenstraße, die bestehenden Betriebsbaugebiete, die wichtige regionale Grünverbindung zwischen Bürgergasse und dem Steg über die Südost-Tangente sowie die bestehenden Parkanlagen, Freizeit- und Erholungseinrichtungen wieder berücksichtigt werden. (Schluß) and/rr

Stadt Wien fördert Tumorforschung

Zusammenarbeit mit Boltzmann-Institut

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Das schon seit mehr als 20 Jahren bestehende Ludwig-Boltzmann-Institut für radiologisch-physikalische Tumordiagnostik unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Herbert POKIESER kann in Hinkunft die Räumlichkeiten und die Apparate der Kernspinnresonanz-Tomographie im Wiener Allgemeinen Krankenhaus mitbenützen. Damit fördert die Stadt Wien die Arbeiten des Instituts vor allem auf dem Gebiet der Krebsforschung. Ein entsprechender Vertrag zwischen dem Wiener Anstaltenamt und der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft — Österreichische Gesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung — wurde vom Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen in seiner letzten Sitzung genehmigt.

Die Magnetische Kernspinnresonanz-Tomographie ist eine vielversprechende Neuentwicklung auf dem Gebiet der bildgebenden Diagnostik ohne Strahlenbelastung des Patienten. Sie bietet neue diagnostische Möglichkeiten im Bereich des Gehirns und des Rückenmarks sowie bei Weichteil- und Knochentumoren. Mit Hilfe der Magnetresonanz-Spektroskopie kann der Tumorstoffwechsel untersucht werden. Auch die Herzdiagnostik wird wesentlich verbessert und ist vor allem angenehmer für den Patienten. Der Kernspintomograph im Zentralen Institut für Radiodiagnostik des AKH wird in einem Zweischichtenbetrieb von 7 bis 20 Uhr eingesetzt; die zweite Schicht steht dabei größtenteils der Forschung zur Verfügung.

Auch die anderen medizintechnischen Einrichtungen des Zentralen Instituts für Radiodiagnostik können für Forschungszwecke verwendet werden. Die Hauptaufgabe liegt aber natürlich in der Untersuchung von Patienten. So wird die hochauflösende Farb-Ultraschalldiagnostik zum Nachweis von Tumormetastasen und für Strömungsuntersuchungen an Blutgefäßen und Tumoren eingesetzt.

Mit Hilfe der modernen digitalen Angiographie und der Computertomographie werden auch therapeutische Eingriffe an Gefäßsystemen vorgenommen, zum Beispiel die Öffnung von Gefäßverschlüssen mit Lasertechnik oder — unter Vermeidung von Operationen — gezielte Punktionen und Drainagen von Abszessen. (Schluß) sc/bs

Fahrradtransport in der U-Bahn wird ausgeweitet

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Die Möglichkeit, Fahrräder in der U-Bahn zu transportieren, soll nun ausgeweitet werden. Dies kündigte Verkehrstadtrat Johann HATZL Dienstag an. Die Wiener Verkehrsbetriebe werden die „Ferienregelung“ — Fahrradtransport auch an Werktagen außerhalb der Spitzenzeiten möglich — nun auf die Zeit von 9. Mai bis 30. September ausweiten. In dieser Zeit dürfen Fahrräder in der U-Bahn an Sonn- und Feiertagen ganztägig, an Samstagen ab 9 Uhr und Montag bis Freitag von 9 bis 15 Uhr sowie ab 18.30 Uhr mitgenommen werden. Die restliche Zeit des Jahres ist der Fahrradtransport nur an Sonn- und Feiertagen und an Samstagen ab 14 Uhr möglich.

Bei den Beförderungsbedingungen für den Fahrradtransport ändert sich nichts. Die wichtigsten Regeln für die Beförderung des Fahrrades ist ein zusätzlicher Fahrschein erforderlich. Das Fahrrad darf, um die Behinderung der anderen Fahrgäste möglichst gering zu halten, nur in den durch ein Fahrradsymbol gekennzeichneten mittleren Einstiegsräumen jedes Wagens abgestellt werden. Pro Einstiegsraum dürfen maximal zwei Fahrräder abgestellt werden.

Die Wiener Verkehrsbetriebe ersuchen ihre Fahrgäste um Disziplin: Noch immer kommt es vor, daß auf den Bahnsteigen mit den Fahrrädern gefahren wird, was natürlich zum Schutz der anderen Fahrgäste nicht erlaubt ist, oder daß andere Regeln nicht eingehalten werden. (Schluß) roh/bs

Wieder Startschuß für Tramwaymuseum und Oldtimerrundfahrten

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Tramwaymuseum in der Straßenbahnremise Erdberg (Erdbergstraße 109) ist ab 7. Mai 1988 wieder geöffnet, und zwar bis 2. Oktober an allen Samstagen, Sonntagen und Feiertagen von 9 bis 16 Uhr. Für Gruppen können separate Termine telefonisch unter der Nummer 501 30/2273 vereinbart werden. Der Eintritt ist frei.

Die GustostückerIn der Ausstellung: eine Pferdestraßenbahn aus dem Jahre 1871, eine Dampftramway-Lokomotive aus dem Jahre 1885, die erste Triebwagentype mit geschlossener Plattform, die letzte Triebwagenserie vor dem Zweiten Weltkrieg, der sogenannte „Amerikaner“, oder der erste Gelenktriebwagen Österreichs aus dem Jahre 1957.

Ebenfalls ab 7. Mai beginnen wieder die bei Touristen, aber auch vielen Wienerinnen und Wienern beliebten Wien-Rundfahrten mit der Oldtimertramway. Diese originelle Stadtrundfahrt mit einer Tramwaygarnitur aus dem Jahre 1929 wird in der Fremdenverkehrssaison jeden Samstag, Sonntag und Feiertag ab dem Karlsplatz (Otto-Wagner-Pavillon) durchgeführt. Informationen über diese Rundfahrten sind in der Informationsstelle der Wiener Verkehrsbetriebe in der U-Bahn-Station Karlsplatz (Telefon 587 31 86) werktags von 7 bis 18 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 8.30 bis 16 Uhr zu erhalten. Dort findet auch der Kartenvorverkauf statt. Der Preis beträgt für Erwachsene 150 Schilling, für Kinder 50 Schilling. (Schluß) roh/rr

Tramwaytag am 4. Juni mit „European Disco Champlonshp“

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Der diesjährige Tramwaytag, eine bei den Fahrgästen der Wiener Verkehrsbetriebe bereits zur Tradition gewordene Veranstaltung, findet am 4. Juni in der Remise Speising im 13. Bezirk, Hetzendorfer Straße 128, statt. Im Anschluß an den „Tramwaytag“ wird von einem privaten Veranstalter in Zusammenarbeit mit den Wiener Verkehrsbetrieben das „European Disco Championship 1988“ durchgeführt, kündigte Stadtrat Johann HATZL Dienstag an. Von 10 bis 16 Uhr gibt es dort ein buntes Programm mit viel Information und Unterhaltung. Einige Punkte daraus:

- Festzug mit Oldtimergarnituren ab Kennedy-Brücke ab 9.30 Uhr zum Bahnhof Speising
- Modellausstellung
- Puppenspiele für Kinder
- Fahrsimulator
- Tramwayquiz
- Flohmarkt
- Münzprägung
- Musikprogramm
- Sonderpostamt
- Tunnelspaziergang in der U 6/Philadelphiabrücke
- Information und Diskussion zu allen Fragen des öffentlichen Verkehrs

Sonderfahrtscheine für die Benützung von Straßenbahn, U-Bahn und Autobus am 4. Juni ab 9 Uhr sind ab 28. Mai gratis bei allen Informations- und Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe erhältlich.

Interessant für junge Besucher: im Anschluß an den Tramwaytag findet in der Remise Speising ab 17 Uhr das „EUROPEAN DISCO CHAMPIONSHIP 1988“, die Wahl des besten Disc-Jockeys aus den interessantesten Discotheken Europas, statt. Diese Veranstaltung wird bis 21.45 Uhr dauern. Derzeit sind auf Ö 3 bereits die Vorwahlen für den Vertreter Österreichs im Gange. Der 4. Juni wird damit eine optimale Möglichkeit vor allem für junge Besucher bieten, sich einerseits über kommunale Einrichtungen wie die Wiener Verkehrsbetriebe zu informieren und andererseits — im Anschluß daran — eine „rauschende Disconacht“ zu erleben. (Schluß) roh/rr

Zilk begrüßt Einigung der Sozialpartner über Ladenschlußzeiten

Wien, 26.4. (RK-POLITIK) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßte am Dienstag in seinem Pressegespräch die Einigung der Sozialpartner über die Ladenöffnungszeiten. Er habe immer den Standpunkt vertreten, so Zilk, daß eine Lösung im Interesse der Konsumenten gefunden werden müsse. Ebenso sei er immer für eine partnerschaftliche Lösung eingetreten, die keine Gruppe benachteiligt. Die Einigung der Sozialpartner sei ein Beweis für die Sinnhaftigkeit und den Weiterbestand der Sozialpartnerschaft.

Das nunmehrige Ergebnis sei zwar nur ein erstes provisorisches, man habe aber jetzt ein Jahr Zeit, um Erfahrungen zu sammeln. In diesem Zusammenhang meinte Zilk, es wäre sinnvoll, wenn sich die Geschäftsleute auf einen bestimmten Tag einigen, und appellierte, dies freiwillig zu tun. Es wäre nämlich niemandem gedient, wenn die Öffnungszeiten dem Zufall überlassen blieben. Er, Zilk, erwarte sich hier eine freiwillige Koordination.
(Schluß) red/rr

Hundeset für Wiener Hundebesitzer

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Einen weiteren Beitrag zu einem sauberen Wien soll das Hundeset bieten, das in den kommenden Tagen kostenlos an die Wiener Hundebesitzer/innen — zunächst in den Bezirken 1 und 3 bis 9 — versendet wird: Das Hundeset „Gassi“, Produkt einer österreichischen Firma, enthält ein Plastiksackerl und einen Schaufelteil zum Einschaufeln des Hundekots. Mit einem freundlichen Pickerl und der Aufforderung, Wien sauber zu halten — „Ich weiß, was sich gehört ... mein Herrl und mein Frauerl wissen's auch!“ — werden die Wiener Hundehalter gebeten, den Hundekot, falls ein Malheur verbotenerweise am Gehsteig oder in einer Fußgängerzone passiert, auch wegzuräumen. Stadträtin Christine SCHIRMER stellte die neue Aktion Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters vor.

Die restlichen 50.000 Wiener Hundebesitzer werden ein derartiges Reinigungsset — man kann stattdessen natürlich auch ein Sackerl und ein Papiertaschentuch nehmen — erhalten, sobald die Firma die weiteren Sets liefern kann. Zusätzlich soll vom Erzeuger aus über Trafiken und Supermärkte ein eigenes Vertriebsnetz aufgebaut werden. (Schluß) hrs/gg

Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal wird am 30. April eröffnet

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Den neuen Kunst- und Kulturmarkt am rechten Ufer des Donaukanals werden Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadträtin Christine SCHIRMER am Samstag, dem 30. April, um 14 Uhr bei der Asphaltstockschießbahn in der Nähe der Salztorbrücke eröffnen. Das kommende Wochenende ist das erste, an dem der neue Kunst- und Kulturmarkt geöffnet ist: Am Samstag von 14 bis 20 und am Sonntag von 10 bis 20 Uhr. Antiquitäten, Kunstgegenstände und kunstgewerbliche Waren werden ebenso angeboten wie Bücher, Musikalien, Blumen, Souvenirs, Obst und Gemüse. Der neue Kunst- und Kulturmarkt am stadtseitig gelegenen Ufer des Donaukanals, etwa zwischen Schottenring und Urania, soll an den Wochenenden von Mai bis September nicht nur eine neue Fremdenverkehrsattraktion werden, sondern auch ein weiterer Beitrag zur Belebung des Donaukanals sein. (Schluß) hrs/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 27. April 1988

Blatt 775

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Bereits 50.000 Besucher bei „Wien 1938“ (776)
- Möbel für Kindergärten (777)
- Wohnungskommission 2 zieht um (778)
- „Medizin 2000“: Die medizinische Ausbildung muß geändert werden (779)
- Jugendamt bietet Hilfe für Alleinerzieher (781)
- Grapefruit-Kontrolle auch in Wien (782)
- Badesaison beginnt am 1. Mai (783)
- Am Sonntag Eröffnung des Sommerbades Döbling (783)
- Am 2. Mai beginnt Fernseh-Lokalisierung (784)
- Viele Anfragen beim Krebsinformationsdienst (785)

Kultur:

- „Wien-Theatergeschichte“ präsentiert (780)

Bereits 50.000 Besucher bei „Wien 1938“

Wien, 27.4. (RK-LOKAL/KULTUR) Bereits mehr als 50.000 Besucher haben in der Volkshalle des Wiener Rathauses die Ausstellung „Wien 1938“ gesehen. Dienstag nachmittag konnte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK den 50.000sten Besucher begrüßen, es war eine Schulklasse, die 4 A des Gymnasiums in Perchtoldsdorf. Zur Erinnerung erhielten die 30 Schüler, die mit ihrer Professorin gekommen waren, Bücher und ein Erinnerungsgeschenk. Die Ausstellung ist noch bis 30. Juni täglich von 10 bis 18 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei. (Schluß) ull/rr



Möbel für Kindergärten

Wien, 27.4. (RK-LOKAL) Möbel für Kindertagesheime der Stadt Wien übergaben Vertreter des Fachausschusses der Tapezierer an Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL im Kindergarten Felbigergasse 45 im 14. Bezirk.

Die 140 Möbelstücke wurden im Rahmen des Berufswettbewerbes der Wiener Arbeiterkammer für Tapeziererlehrlinge hergestellt. (Schluß)
jel/bs



Wohnungskommission 2 zieht um

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Die Wohnungskommission 2, eine von fünf Servicestellen für Beschwerden in Wohnungsfragen, zieht in ein neues Lokal. Die Sprechstunden finden ab 5. Mai im 3. Bezirk, Landstraßer Gürtel 8/6. Stock/Zimmer 40 (bisher 4, Belvederegasse 36-38/1/2) jeden Donnerstag, von 14 bis 17.30 Uhr, statt. Die Wohnungskommission 2 ist für die Bezirke 3, 4, 10 und 11 zuständig.

Gleichzeitig werden die Sprechstunden der Wohnungskommissionen 1 und 4 verlängert und der Beginn auf 14 Uhr vorgelegt.

Die Wohnungskommissionen behandeln jährlich etwa zweitausend Beschwerden gegen die städtische Wohnhäuserverwaltung, in Fragen der Wohnbauförderung oder im Zusammenhang mit Vormerkung oder Vergabe von Gemeindewohnungen. In zwei Drittel der Fälle kann sofort geholfen werden. Ein Drittel der Fälle wird einer Kommission aus Delegierten der im Gemeinderat vertretenen Parteien unter Vorsitz eines unabhängigen Juristen zur Entscheidung vorgelegt. Fast alle strittigen Fälle werden dort einstimmig entschieden.

Beschwerden können schriftlich bei der Wohnungskommission, 1082 Wien, Bartensteingasse 9, oder mündlich in den jeweiligen Sprechstunden vorgebracht werden:

- Wohnungskommission 1 (Bezirke 1, 2, 6, 7, 8, 9, 20) 8, Bartensteingasse 9/2, jeden Dienstag von 14 bis 17.30 Uhr
 - Wohnungskommission 2 (Bezirke 3, 4, 10, 11) 3, Landstraßer Gürtel 8/6/40, jeden Donnerstag von 14 bis 17.30 Uhr
 - Wohnungskommission 3 (Bezirke 5, 12, 13, 23) 12, Schönbrunner Straße 259, jeden Donnerstag von 15 bis 17.30 Uhr
 - Wohnungskommission 4 (Bezirke 14 bis 19) 17, Elterleinplatz 14, jeden Dienstag von 14 bis 17.30 Uhr
 - Wohnungskommission 5 (Bezirke 21, 22) 22, Donauzentrum (Büro- und Ärztezentrum), jeden Dienstag von 15 bis 17.30 Uhr.
- (Schluß) ah/gg

„Medizin 2000“: Die medizinische Ausbildung muß geändert werden

Stacher kündigt Diskussion auf breiter Basis an

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) In der medizinischen Ausbildung müssen Änderungen vorgenommen werden. Das war die übereinstimmende Ansicht der Teilnehmer an einem Diskussionsabend, der im Rahmen der Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“ Dienstag abend im Wiener Rathaus stattfand und die „Ausbildung in medizinischen Berufen“ zum Thema hatte. Der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER kündigte bei dieser Veranstaltung an, daß die Diskussion im Herbst auf breiter Basis fortgesetzt wird.

Die Diskussionveranstaltungen werden sich dann mit den spezifischen Ausbildungsproblemen der Medizinstudenten, des Pflegepersonals und der medizinisch-technischen Assistenzberufe beschäftigen. Ein Diskussionspunkt werde zum Beispiel sein, ob die Ausbildung von Krankenschwestern und -pflegern bis zu einem Maturaniveau fortgesetzt werden solle. Diese Fragen müßten vor allem deshalb grundsätzlich diskutiert werden, damit sich in der Öffentlichkeit ein Bewußtsein für die Problematik der medizinischen Ausbildung entwickeln könne. Dieses Bewußtsein müsse vorhanden sein, wenn wesentliche Änderungen durchgesetzt werden sollen.

Dr. Schagen: Medizin hat Krankenpflege zurückgedrängt

Dr. Udo SCHAGEN vom Institut für Geschichte der Medizin der Freien Universität Berlin hielt ein Referat über das Thema „Medizin 2000 — Sind wir vorbereitet? Ausbildung in medizinischen Berufen“. Der Referent stellte fest, daß die unverändert geltende Hierarchie zwischen Ärzten und Nicht-ärzten in den medizinischen Berufen für viele Bereiche der Medizin nicht mehr funktional sei. Medizin und Krankenpflege seien heute nur zum Teil in Einklang zu bringen. Als Beispiel nannte Dr. Schagen die Krankenschwester, die nicht mehr genug Zeit hat, dem Patienten in Ruhe das Essen zu verabreichen oder das Bett herzurichten, die nicht mehr mit dem Patienten über seine Ängste im Zusammenhang mit seiner Krankheit sprechen kann, weil ihre Arbeitszeit für Hilfstätigkeiten bei medizinisch-technischen Eingriffen gebraucht wird. Die Medizin habe zunehmend die Krankenpflege zurückgedrängt. Dies äußere sich auch im Berufsverständnis: Tätigkeiten, die der Medizin sehr nahe sind, wie zum Beispiel die Intensivmedizin, die Endoskopie oder die Anästhesie, hätten das höchste Berufsprestige und die höchste Bezahlung. Die eigentliche Pflege werde dagegen geradezu mißachtet.

Als problematisch bezeichnete Dr. Schagen die Spezialisierung innerhalb der ärztlichen Tätigkeit. Im Jahr 1924 gab es in Deutschland 13 verschiedene Fachärzte. Heute können Ärzte in der Bundesrepublik 53 Gebiets-, Teilgebiets- und Zusatzbezeichnungen erwerben — zwischen denen sich der Patient zurechtfinden muß. Die Ausbildung zum Facharzt in den Krankenhäusern sei hochspezialisiert. In der Praxis habe es der junge Facharzt dann aber mit ganz anderen Problemen zu tun. In seiner Unsicherheit setze er dann — auch am unpassenden Objekt — den ganzen diagnostischen, im wesentlichen technischen Apparat in Bewegung, den die heutige Medizin zur Verfügung hat. Für die Zukunft forderte der Referent

- eine stärkere Eigenverantwortung der bisher sogenannten medizinischen Hilfsberufe,
- eine Abwendung von der überflüssigen Fülle der Spezialfächer, vor allem in der Grundausbildung,
- die Hilfe für ein Leben mit Behinderungen, die durch chronische Krankheiten verursacht werden, und
- die Durchsetzung vorbeugender Maßnahmen, um krankheitsverursachende Einwirkungen zu verhindern.

(Schluß) sc/bs

„Wien-Theatergeschichte“ präsentiert

Wien, 27.4. (RK-KULTUR) Der im Auftrag des Vereins für Geschichte der Stadt Wien von Felix CZEIKE (Direktor des Wiener Stadt- und Landesarchivs) herausgegebene und im Verlag Jugend & Volk erschienene Band „Wien-Theatergeschichte“ von Franz HADAMOWSKY wurde Dienstag nachmittag in der Österreichischen Nationalbibliothek präsentiert. Das Werk ist der zweite im Rahmen der neuen Reihe „Geschichte der Stadt Wien“ erschienene Band. In Vorbereitung ist „Wien-Wirtschaftsgeschichte“.

Der Autor der Theatergeschichte, Hadamowsky, war viele Jahre Leiter der Theatersammlung der Österreichischen Nationalbibliothek. Er hat sein umfangreiches Wissen und seine reiche Erfahrung durch überaus gründliches Quellenstudium ergänzt, was in dem vorliegenden Buch entsprechenden Niederschlag findet. Vieles, was einer spekulativen Theatergeschichtsschreibung als Tatsache erschien, wurde durch das kritische Vorgehen Hadamowskys als Legende entlarvt, etwa die Gründung des Wiener Burgtheaters als „deutsches Nationaltheater“. Der Band umfaßt einen weitgespannten Zeitraum — von den Anfängen, den quellenarmen Perioden der Antike und des Mittelalters, bis zum Ende des Ersten Weltkriegs.

„Wien-Theatergeschichte“ (825 Seiten, 125 Abbildungen) ist im Buchhandel zum Preis von 980 Schilling erhältlich. (Schluß) am/rr

Jugendamt bietet Hilfe für Alleinerzieher

Kurse zur Bewältigung spezifischer Probleme

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Das Jugendamt der Stadt Wien plant die Durchführung von Kursen für Alleinerzieher, um diesen bei der Bewältigung der aus ihrer Lage resultierenden Probleme zu helfen.

Insgesamt gibt es in Wien 54.000 Haushalte mit alleinerziehenden Familienerhaltern, das sind 23 Prozent aller Haushalte mit Kindern. Alleinerzieher sehen sich neben ökonomischen Problemen auch mit der Erziehung vor erhöhte Anforderungen gestellt. Sie müssen die Erziehungsfunktion beider Elternteile übernehmen und darüber hinaus oft mehr als andere Familien Erziehungsfunktionen an öffentliche Institutionen oder an Verwandte abgeben. Zudem müssen sie eine neue Identität als Teilfamilie finden.

Das Jugendamt der Stadt Wien plant nun Kurse für Alleinerzieher. Ziel der Kurse soll es sein, durch Sammeln neuer Erfahrungen in praktischen Übungen und durch Reflektieren des eigenen Verhaltens neue Erziehungsstrategien zu erwerben. In sechs Doppelstunden werden unter psychologischer Leitung gesellschaftliche Normen und persönliche Werthaltungen in der Erziehung sowie der Umgang mit den Bedürfnissen jenseits der Elternrolle diskutiert. Im besonderen geht es dabei um die Bekämpfung der Vorurteile, mit denen Alleinerzieher oft konfrontiert sind, um die Sicherheit in Bezug auf die eigenen Erziehungsmethoden und um die Koordination sonstiger Lebensbedürfnisse mit der Erzieherrolle. Ferner werden in den Kursen Methoden der Konfliktbewältigung aufgezeigt und im Rollenspiel geübt. Dabei werden besonders die bei Besuchen des anderen Elternteiles auftretenden Konflikte angesprochen.

Die Kurse, die wöchentlich stattfinden, sollen 8 bis 12 Teilnehmer umfassen. Kursorte sind das Julius-Tandler-Familienzentrum, 1090 Wien, Lustkandlgasse 50 und die Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstelle, 1140 Wien, Felbigergasse 45, Kurszeit ist jeweils Donnerstag 17.30 bis 19.30 Uhr. Die Kurse werden voraussichtlich Anfang Mai beginnen. Die telefonische Anmeldung ist in der Telefonischen Erziehungsauskunft von Montag bis Freitag von 8 bis 11 Uhr unter der Nummer 31 93 58 erforderlich. (Schluß) gab/rr

Grapefruit-Kontrolle auch in Wien

Wien, 27.4. (RK-LOKAL) Die italienische Regierung hat für Italien ein Verkaufsverbot für Grapefruits aus Israel erlassen, nachdem in einem italienischen Supermarkt vergiftete Grapefruits gefunden worden waren. Das österreichische Bundeskanzleramt/Gesundheitsministerium hat — obwohl für Österreich kein entsprechender Anruf erfolgte, noch sonst Hinweise auf vergiftete Grapefruits vorhanden sind — daraufhin die Länder vorsorglich angewiesen, aus Israel stammende Grapefruits genau zu überprüfen.

Das Wiener Marktamt zieht daher seit heute früh Proben sowohl auf dem Großgrünmarkt in Inzersdorf als auch in Supermärkten, um Grapefruits untersuchen zu lassen. Zusätzlich wurden bzw. werden auch die Händler sowohl am Großgrünmarkt — über den der Großteil des für Wien bestimmten Importgemüses bzw. -obstes kommt — als auch bei den Supermärkten entsprechend informiert. Beim Großgrünmarkt werden zusätzlich zu den Grapefruits auch andere aus Israel stammende Früchte untersucht. (Schluß) hrs/gg

Badesaison beginnt am 1. Mai

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Am Sonntag, dem 1. Mai, eröffnen die städtischen Wiener Sommerbäder. Mit dem neuen Sommerbad Döbling stehen den Wienerinnen und Wienern nunmehr 18 städtische Sommerbäder zur Verfügung.

Das Kongreßbad wird nach Abschluß der Renovierungsarbeiten voraussichtlich Mitte Juli eröffnet werden. Da der Badebetrieb aufgrund von Beckensanierungsarbeiten im Krapfenwaldbad und im Laaerbergbad etwas beeinträchtigt ist, gibt es dort ermäßigte Eintrittspreise, und zwar beim Krapfenwaldbad um 50 Prozent und beim Laaerbergbad um 25 Prozent. (Schluß) dz/bs

Am Sonntag Eröffnung des Sommerbades Döbling

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen eines „tropischen Festes“ unter dem Motto „W.A.S.S.E.R.F.E.S.T ? COOL AM POOL“ eröffnet Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Sonntag, dem 1. Mai um 15 Uhr, das neue Sommerbad Döbling in der Geweygasse 6.

In mehr als eineinhalbjähriger Bauzeit wurde im Auftrag der Bäderverwaltung neben dem bestehenden Hallenbad ein Erlebnisbad inmitten von 27.000 Quadratmetern Grün- und Erholungsfläche geschaffen. Das neue Döblinger Sommerbad ist somit ein weiterer Schwerpunkt bei der Realisierung des Bäderkonzepts der Stadt Wien. Das neue Bad bietet mehr als 2.000 Besuchern Platz und einen wunderschönen Ausblick über ganz Wien. Es ist sozusagen als Ersatz für das alte Hohe Warte-Bad gedacht, das irreparabel geworden war. Da das Bad an einem Hang liegt, sind sowohl Liegewiesen als auch Schwimmbecken auf verschiedenen Höhen angelegt worden. Das 500 Quadratmeter große Erlebnisbecken hat mehrere Badebuchten, einen Strömungskanal und ist von Felsen und Pflanzen umgeben. Weiters gibt es ein Wärmebecken mit Sitzmulden und Massage-Sprudeldüsen, ein Sportbecken und ein Kinderbecken, außerdem Sonnenbäder, Spiel- und Liegewiesen sowie Ruhezone. Durch die Inbetriebnahme des Sommerbades Döbling stehen der Wiener Bevölkerung nunmehr 18 städtische Sommerbäder zur Verfügung, wobei sechs Bäder als kombinierte Hallen- und Sommerbäder geführt werden.

Nun noch zum Eröffnungsprogramm: Zu den Unterhaltungsschwerpunkten des Poolfestes zählen u.a. eine Modenschau, die Aktion „Schau auf Dich“, Kinderanimation und Spiele. Die Gruppen Gala Brazil und Frontline treten auf. Durch das Programm führt Martina RUPP. (Schluß) du/rr

Am 2. Mai beginnt Fernseh-Lokalisierung

Wien, 27.4. (RK-LOKAL) Am Montag, dem 2. Mai, beginnt der ORF mit der Fernseh-Lokalisierung. Die neue Sendung des Landesstudios Wien für alle Wiener Zuschauer heißt „Wien Heute“, und ist von Montag bis Freitag zwischen 18.30 und 19 Uhr auf Kanal 34 zu sehen. Über die Details informierte der Wiener Landesintendant Othmar URBAN Mittwoch in einem Pressegespräch.

„Wien Heute“ bietet Fernsehen aus Wien für alle Wiener. Der Zuschauer, der sich morgens auf der Tangente über einen großen Verkehrsstau ärgert, soll am Abend erfahren, weshalb der Verkehr ins Stocken geraten ist. Neben den klassischen Inhalten von regionalen Informationssendungen wird das Informationsservice groß geschrieben: In „Wien Heute“ soll es Einkaufstips und Veranstaltungshinweise geben, wird man sich in der Szene umhören, Trend und Zeitgeist aufspüren, neue Lokale testen und vieles andere.

Die Wiener Fernsehteilnehmer, die derzeit FS 2 vom Sender Kahlenberg auf Kanal 24 empfangen, werden das Wiener Stadtfernsehen auf Kanal 34 sehen können. Für den Raum Kalksburg wird das neue Programm von der Sendestation Breitenfurt-Kaiserstein auf dem neuen Kanal 48 gesendet, von den Sendern Himmelhof und Neuwaldegg wird auf den bisherigen FS 2-Kanälen abgestrahlt — es sind hier wie für die Kabelfernseher keinerlei Maßnahmen und Umstellungen erforderlich.

Für die übrigen Wiener Fernsehhaushalte ist eine Umstellung auf Kanal 34 erforderlich. Für die Beratung wurde eine eigene Servicenummer des Wiener Stadtfernsehens installiert: Unter den Rufnummern 65 47 65 und 65 47 66 hat das Landesstudio einen Beratungsdienst eingerichtet, der von Montag bis Freitag zwischen 9 und 16 Uhr mit Rat und Tat zur Verfügung steht. Unter dieser Nummer wird erklärt, wie man die Umstellung selbst vornehmen kann, oder — sollte der Kunde sich nicht zurechtfinden — es wird die Möglichkeit geboten, kostenlos einen Techniker anzufordern, der ins Haus kommt und das Wiener Stadtfernsehen einstellt. Dieses Service wird voraussichtlich bis Mitte Mai geboten. (Schluß) ull/bs

Viele Anfragen beim Krebsinformationsdienst

Stacher unterstreicht Wichtigkeit der Aufklärung

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) 785 Menschen haben in den vier Monaten seit seiner Gründung den telephonischen Krebsinformationsdienst in Wien in Anspruch genommen. Die Gesprächsinhalte bezogen sich vor allem auf psychosoziale Fragen (28 Prozent), medizinische Fragen und Vorbeugung (je 23 Prozent) sowie auf Fragen der Behandlung (19 Prozent). Über Krebserkrankungen und über die Tätigkeit des Krebsinformationsdienstes berichteten der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, der Präsident der Österreichischen Krebsgesellschaft, Univ.-Prof. Dr. Johann Heinrich HOLZNER, und der Sekretär dieser Gesellschaft und verantwortliche Projektleiter des Informationsdienstes, Univ.-Prof. Dr. Heinz LUDWIG, Mittwoch vormittag in einer Pressekonferenz.

Stadtrat Stacher unterstrich die Notwendigkeit einer umfassenden Krebsinformation und begrüßte die Einrichtung des telephonischen Auskunftsdienstes. Krebs sei heute kein Tabu mehr, man spreche über die Krankheit, aber die Aufklärung lasse immer noch zu wünschen übrig. Wie der Gesundheitsstadtrat bekanntgab, sind 1986 in Wien 5.037 Patienten an Krebs gestorben. In den Wiener städtischen Krankenanstalten sind im gleichen Jahr 24.700 Patienten mit Krebserkrankungen behandelt worden. Sie verbrachten zusammen 337.000 Pflage tage in den Spitälern. 17.000 Patienten waren Wiener, 7.400 kamen aus anderen Bundesländern. Diese Zahlen, so Stacher, zeigen die Größe des Problems, wie viele Menschen betroffen sind und wie wichtig daher die bestmögliche Information über die Krankheit ist.

Mangelhaftes Wissen über Krebs oder unbegründete Ängste vor dieser Erkrankung führen oft zu Verzögerungen in der Diagnose und in der Behandlung. Dadurch kann es aber zu einer beträchtlichen Verminderung der Heilungschancen kommen. Deshalb beschloß die Österreichische Krebsgesellschaft im vergangenen Jahr, in Wien einen telephonischen Krebsinformationsdienst einzurichten. Auf Initiative von Stadtrat Stacher hat die Stadt Wien dem Informationsdienst Räumlichkeiten zu einem symbolischen Mietbetrag zur Verfügung gestellt.

Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr

Der Krebsinformationsdienst ist Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr unter der Wiener Telefonnummer (0222) 48 70 48 zu erreichen. Die Auskünfte werden kostenlos und auf Wunsch auch anonym erteilt. Informationen werden zu folgenden Fragen geboten: Krebsursachen und riskante Lebensführung, Krebsvorsorgeuntersuchungen, Krebsfrüherkennung, Methoden der Krebsdiagnostik, Operative Tumorbehandlung, Strahlentherapie, Chemotherapie und Nebenwirkungen, Diät und Pflegemaßnahmen, Wissenstand über „alternative“ Behandlungsmethoden, Selbsthilfegruppen, Soziale Hilfe und sozialrechtliche Fragen, Einrichtungen des Gesundheitswesens und Allgemeine Aufklärung.

Das Team des Informationsdienstes hat sich vor Beginn der Auskunftstätigkeit ein halbes Jahr lang auf diese Aufgabe vorbereitet. Es wurde auf verschiedenen onkologischen, chirurgischen und strahlentherapeutischen Abteilungen geschult. Außerdem wurde mit psychosozialen und psychoonkologischen Einrichtungen sowie Selbsthilfegruppen Kontakt aufgenommen.

Die Fülle des von den Mitarbeitern erarbeiteten Informationsmaterials ist in einer Datenbank gespeichert, die weiter ausgebaut und ständig mit den neuesten Erkenntnissen ergänzt wird. Der Informationsdienst verfügt auch über ein Register der für die Krebsdiagnose und Krebsbehandlung in den öffentlichen Krankenanstalten Österreichs vorhandenen Möglichkeiten. (Schluß) sc/rr/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Ingressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 28. April 1988

Blatt 786

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Selbstschutzveranstaltungen im Mai (787)
- Pflegefamilie: Soziale Hilfe mit Zukunft (788)
- Wien — Zentrum für Hornhauttransplantationen (790)
- 38. Österreichischer Städtetag in Innsbruck (791-794)
- Verkehrsumleitung in Breitenlee (795)
- Petrik: Zustand der Wiener Bundesschulen ist katastrophal (796)
- Stadtfest: Kein Betrieb der innerstädtischen Autobuslinien (nur FS)

Kultur:

- Kinderführungen in der Biedermeier-Ausstellung (789)
- Fritz Mular liest Roda Roda (nur FS)

Selbstschutzveranstaltungen im Mai

Wien, 28.4. (RK-LOKAL) Im April und Mai finden im Zentrum Simmering, Simmeringer Hauptstraße 96a, mehrere Selbstschutzveranstaltungen statt. Derzeit läuft dort ein Erste-Hilfe-Kurs, am 3. und 10. Mai lautet das Thema „Vorbeugender Gesundheitsschutz“, am 17. Mai geht es um Schutzraumfragen, und am 19. und 26. Mai erfährt man Wissenswertes über vorbeugenden Brandschutz. Die Schlußveranstaltung ist für den 31. Mai angesetzt. Beginn ist jeweils um 18.30 Uhr. Im kommenden Herbst finden in vier weiteren Bezirken Selbstschutz-Kursreihen statt. Die Teilnahme an allen Veranstaltungen ist kostenlos.

Persönliche Beratung

Zum Thema Selbst- und Zivilschutz bietet die Stadt Wien auch persönliche oder telefonische Beratung sowie die Zusendung von Informationsmaterial an. Beratungswünsche kann man entweder auf einem Vordruck deponieren, der in der Stadtinformation im Rathaus und in den Bürgerdienst-Außenstellen aufliegt, oder die Informationen per Telefon anfordern (Stadtinformation, 43 89 89). Mit seinen Wünschen kann man sich schriftlich auch direkt an die Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation, Rathaus, 1082 Wien, wenden.

Informationszentren

Informationszentren befinden sich in allen Bürgerdienst-Außenstellen. Sie bieten grundsätzliche Auskünfte sowie Informationsmaterial des Bundesministeriums für Inneres über Selbstschutz und Zivilschutz. Folgende Informationszentren sind Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr geöffnet:

- 3., Karl-Borromäus-Platz 3
- 10., Laxenburger Straße 43-47
- 11., Enkplatz 2
- 12., Hufelandgasse 2
- 13., Hietzinger Kai 1-3
- 15., Rosinagasse 4
- 16., Richard-Wagner-Platz 19
- 18., Martinstraße 100
- 20., Brigittaplatz 10
- 21., Am Spitz 1
- 22., (Kagran), Schrödingerplatz 1 (beim Donauzentrum)
- 23., (Liesing), Lehmannngasse 1 (im Haus der Bezirksvorsteherung)
(Schluß) and/rr

Pflegefamilie: Soziale Hilfe mit Zukunft

Jugendamt wirbt um Pflegeeltern

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) Das Jugendamt der Stadt Wien wirbt wieder um Pflegeeltern für jene Kinder, deren Verbleib in der eigenen Familie aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist. Betreuung und Hilfe für Kinder, deren Eltern besonders große soziale Schwierigkeiten haben oder den Aufgaben der Erziehung nicht gewachsen sind, durch solche „Eltern auf Zeit“ werden auch in Zukunft eine große Rolle in der Jugendwohlfahrt spielen.

Die fachliche Hilfe für Pflegeeltern wurde ausgebaut, und ein spezielles Vorbereitungsprogramm für Pflegeeltern, das in den Volkshochschulen angeboten wird, ist erarbeitet worden.

Wie wichtig die Arbeit der Pflegefamilien ist, zeigt die Tatsache, daß sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Kinder in Heimen und der Zahl der Kinder bei Pflegefamilien zugunsten der Pflegefamilien umgekehrt hat. Gab es noch vor zehn Jahren wesentlich mehr Heim- als Pflegekinder, so sind heute fast 60 Prozent der vom Jugendamt der Stadt Wien betreuten Kinder und Jugendlichen bei Pflegeeltern, während etwa 40 Prozent, vor allem Geschwister, ältere oder behinderte Kinder, in Heimen untergebracht sind.

Auskünfte über Pflegefamilien gibt es bei den Bezirksjugendämtern der Stadt Wien. (Schluß) jel/rr

Kinderführungen in der Biedermeier-Ausstellung

Wien, 28.4. (RK-KULTUR/LOKAL) In der Biedermeier-Ausstellung im Wiener Künstlerhaus finden ab sofort jeden Sonntag um 10.30 Uhr Kinderführungen statt. Damit wird dem großen Interesse für das Kinderfest Rechnung getragen, das am vergangenen Sonntag in der Ausstellung stattgefunden hat. 900 Kinder haben das Fest besucht, insgesamt verzeichnete die Ausstellung an diesem Tag 3.000 Besucher. Mit den Samstagführungen ergibt sich die Möglichkeit einer weiteren Betreuung der Kinder in der Ausstellung. (Schluß) gab/rr

Wien - Zentrum für Hornhauttransplantationen

Neue Wiener Operationsmethode

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) Wien ist derzeit Österreichs Zentrum für Hornhaut-Transplantationen. Federführend ist dabei die II. Universitäts-Augenklinik, an der in den letzten zwei Jahren rund 200 Patienten — über 90 Prozent davon erfolgreich — eine neue Hornhaut eingepflanzt erhielten. In diesem Zusammenhang hat eine neuentwickelte und seit kurzem angewandte Operationsmethode, bei der eine mittels Laser „geschliffene Hornhaut“ ohne Nähte als „lebende Kontaktlinse“ aufgepflanzt wird und in weiterer Folge einwächst, bereits weltweit Anerkennung gefunden. Weniger bekannt dürfte hingegen sein, daß die erste Hornhauttransplantation weltweit ebenfalls in Österreich und zwar vom Primararzt Eduard ZIRM in Olmütz im Jahre 1906 durchgeführt worden war. Dies wurde Mittwochabend im Rahmen der „Gesundheitspolitischen Presserunde“ von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bekanntgegeben.

Verletzungen, Herpes, Astigmatismus

Laut Univ. Doz. Dr. Günther GRABNER, Leiter der 1979 ins Leben gerufenen „Wiener Hornhautbank“ an der II. Universitäts-Augenklinik, werden gegenwärtig pro Jahr in Österreich rund 300 bis 400 Hornhauttransplantationen durchgeführt. In den USA sind es vergleichsweise 30.000 bis 40.000 Patienten jährlich. Zu den häufigsten Ursachen für Trübungen der Hornhaut, die bis zum totalen Verlust der Sehkraft führen können, zählen vor allem das Auftreten von Herpesviren, AIDS, Verletzungen bzw. Verätzungen des Auges sowie schwere Fälle von Astigmatismus (Hornhautverkrümmungen).

Fünf Prozent werden abgestoßen

Wesentlichste Voraussetzung für den operativen Eingriff ist, wie Univ. Doz. Dr. Grabner betonte, das Finden einer für den Patienten geeigneten Hornhaut. Diese Suche erfolgt durch einen im Rahmen der Wiener Hornhautbank installierten Computer, der sämtliche „Verträglichkeitsdaten“ des Patienten und der zur Verfügung stehenden, mittels flüssigem Stickstoff oder Gewebekultur konservierten Hornhäute, gespeichert hat und auch mit „Eurotransplant“ in Leiden, Holland, verbunden ist. Die Wartezeit liegt gegenwärtig zwischen drei Wochen und sechs Monaten. Die Zahl der auf eine geeignete Hornhaut wartenden Patienten bei 15 bis 30. Trotz Ausstellungen können allerdings Abstoßungserscheinungen auftreten, die in bis zu fünf Prozent der Fälle zu einer endgültigen Abstoßung führen.

Schaffung einer Transplantations-Organisation

Univ.-Prof. Dr. Stacher sprach sich im Rahmen der Presserunde für die Schaffung einer eigenen Transplantations-Organisation bzw. eines Vereines aus. Dieser sollte, ähnlich wie „Eurotransplant“ in Holland, für Gesamtösterreich die Transplantationen in sämtlichen Organbereichen koordinieren und organisieren bzw. eventuell auch die in diesem Zusammenhang auftretenden rechtlichen Probleme klären. Gegenwärtig erfolgt die Durchführung von Organ-„Wünschen“ in Österreich ehe unkoordiniert und jeweils von jeder einzelnen Klinik bzw. jedem einzelnen Spital aus. Erste Gespräche zur Realisierung dieses Vorhabens wurden laut Stacher kürzlich begonnen. Darüber hinaus wies der Gesundheitsstadtrat erneut auf den Umstand hin, daß die in den letzten Jahren durch die vermehrt durchgeführten Transplantationen entstandene „Kostenexplosion“ zum überwiegenden Teil von den Spitälern getragen wird. So erhält die Stadt Wien etwa nach wie vor pro Patient und Tag nur 900 Schilling seitens der Sozialversicherung. (Schluß) zi/bs

38. österreichischer Städtetag in Innsbruck

Bürgermeister Dr. Zilk: Gemeinden beim Umweltschutz unterstützen!

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) Gestern, Mittwoch abend, eröffnete der Präsident des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, in Anwesenheit von Bundespräsident Dr. Kurt WALDHEIM, Bundesminister Karl BLECHA sowie des Tiroler Landeshauptmannes Dr. Alois PARTL den 38. Österreichischen Städtetag im Innsbrucker Kongreßhaus. An der bis 29. April dauernden Tagung nehmen rund 600 Delegierte österreichischer Gemeinden sowie Vertreter kommunaler Verbände aus dem Ausland teil. Zum Hauptthema des diesjährigen Städtetages wurde die kommunale Umweltpolitik gewählt.

Bundespräsident Waldheim würdigte in seiner Ansprache die Arbeit des Österreichischen Städtebundes und verwies auf die Chancen, aber auch Probleme der Ballungszentren. Die Umweltfrage bezeichnete der Bundespräsident als eines der brennendsten Probleme der Gegenwart. Die Schwierigkeit bestehe vor allem darin, daß die Lösung der Probleme nicht durch einzelne Maßnahmen erreicht werden könne, sondern daß das Verhalten geändert werden müsse. In Hinblick auf die Zukunftssicherung gebe es kaum eine wichtigere Aufgabe, als konsequente Umweltschutzpolitik zu betreiben.

Minister Blecha forderte eine klare Kompetenzverteilung im Umweltschutzbereich. So sollten die Kompetenzen für die Sondermüllentsorgung beim Bund konzentriert werden. Als eines der größten Umweltprobleme in den Städten Österreichs bezeichnete Blecha den Lärm. In diesem Zusammenhang kündigte der Innenminister für die nächsten Monate eine neuerliche „Aktion scharf“ der Exekutive gegen den Verkehrslärm an.

Drei Arbeitskreise zum Thema Umwelt

Am Donnerstag stand der Österreichische Städtetag in Innsbruck im Zeichen von drei Arbeitskreisen, die sich mit verschiedenen Aspekten des generellen Themas „Umwelt“ beschäftigten.

„Städtische Umwelt – öffentlicher Raum“

Den ersten Arbeitskreis unter dem Titel „Städtische Umwelt – öffentlicher Raum“ leitete der Innsbrucker Bürgermeister Romuald NIESCHER. Der Vorsitzende des Wiener Gemeinderatsausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Gemeinderat Ing. Horst-Georg RIEDLER, beklagte als Referent in diesem Arbeitskreis den Verlust an öffentlichem Raum in der städtischen Umwelt. Waren früher Plätze, Straßen und Gassen bis zum Einsetzen der Motorisierung öffentlicher Lebensraum, so haben nun die Städter diesen Lebensraum dem Auto geopfert, um Mobilität zu gewinnen. So wurde Wohnqualität gegen Bequemlichkeit getauscht. In den dicht bebauten Bereichen bedeutet Stadterneuerung nunmehr nicht nur Revitalisierung alter Häuser, sondern zugleich Rückgewinnung von öffentlichem Raum für die Menschen, die dort wohnen. Größere Grünflächen, geringere Bebauungsdichte, Verkehrsberuhigung, Straßenrückbau und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs könnten dazu dienen. Im Detail ergeben sich jedoch immer wieder Konfliktstoffe innerhalb der Bevölkerung, wie das Beispiel des Verlustes von Parkplätzen zeigt. Oft müsse deshalb auf optimale Lösungen verzichtet werden.

Mit der Finanzierung dieser Aspekte beschäftigte sich Mag. Ernst KNOTH vom Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum. Der Investitionsbedarf sei nicht abgedeckt, die Förderungen werden mangelhaft koordiniert, stellte Knoth fest. Die öffentlichen Gelder sollten auch im Hinblick auf die Auslösung privater Investitionen effizienter eingesetzt werden. Vor allem aber forderte Knoth eine Verbesserung der Hilfe des Bundes und der Länder.

Nationalratsabgeordneter Dr. Sixtus LANNER, der Vorsitzender der Kampagne des Europarates für den ländlichen Raum ist, befaßte sich mit den Verflechtungen von Stadt und Land, die ihre Probleme nur im Zusammenwirken lösen könnten. In der Entwicklung von Stadt und Land gehe eine Übergangsperiode zu Ende, sagte Lanner. Der Weg führe nicht mehr zu großen Zusammenballungen, sondern in den offenen Raum. Der ländliche Raum habe gegenüber den Städten einen hohen Wohn-, Freizeit- und Erlebniswert, eine weniger belastete Umwelt und überschaubarere Strukturen mit mehr Mitwirkungsmöglichkeiten. Ziel der Politik müsse jedoch die Schaffung von möglichst gleichwertigen und ausgewogenen Lebensbedingungen in ganz Österreich sein. Lanner warnte in diesem Zusammenhang davor, dem ländlichen Gebiet die Grundausstattung an Infrastruktur vorzuenthalten, aber auch vor einer touristischen Übererschließung.

Luftreinhaltung, Lärmschutz, Abwasserreinigung

Der zweite Arbeitskreis beschäftigte sich unter Leitung des Grazer Bürgermeisters Alfred STINGL mit dem Themen Luftreinhaltung, Lärmschutz und Abwasserreinigung. Der Linzer Stadtrat Josef ACKERL stellte fest, daß es in Linz, obwohl diese Stadt oft dazu diene, die Umweltprobleme anderer Gemeinden hinter ihr zu verstecken, bereits seit Beginn der 80er Jahre zu umfangreichen Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Luft gekommen sei. Bis 1990 sollen die Emissionen an Schwefeldioxid von 19.000 Tonnen im Jahr auf 7.000 Tonnen, die Stickoxide von 17.000 auf 10.000 Tonnen und der Staub von 7.500 auf 3.000 Tonnen reduziert werden. Die Stadtbetriebe Linz haben eine Großraumkläranlage errichtet, an die neben der Stadt Linz und allen Industriebetrieben auch die Linzer Umlandgemeinden angeschlossen sind. Insgesamt kosten die Luftsanierungsmaßnahmen rund sieben Milliarden Schilling. Ackerl forderte zur weiteren Verbesserung der Luftqualität bessere Gesetze auf Bundesebene. Er beklagte das derzeitige Gesetzeswirrwarr und forderte ein öffentliches Nahverkehrskonzept seitens des Bundes.

Senatsrat Dr. Franz JAKUBEC aus Wels ersuchte als Verwaltungsjurist den Gesetzesgeber und die verantwortlichen Politiker um Verfahrensgesetze, die es bei aller Bürgernähe und bei der Wahrung des Parteiengleichs ermöglichen, auch zu einem bestimmten Zeitpunkt einen Schlußstrich unter die Ermittlungen zu setzen und einen klaren Bescheid zu erlassen. Nur so wäre es möglich, verschiedene Verfahren wie zum Beispiel zur Einrichtung einer Sondermülldeponie sinnvoll durchzuführen.

Der Berliner Staatssekretär Dr. Hans-Ludwig DREISSIGACKER, Senator für Stadterneuerung und Umweltschutz in Berlin, erklärte, daß die Städte nur dann ihren Beitrag zum Umweltschutz leisten können, wenn auf den anderen politischen Ebenen die entsprechenden rechtlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Umweltschutz sei nicht zum Nulltarif zu haben. Bei allen Regelungen für die kommunalen Haushalte müßten der Bund und die Länder anerkennen, daß die Städte ihre neuen und zusätzlichen Umweltschutzaufgaben nur dann erfolgreich wahrnehmen können, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen entsprechend angepaßt werden.

Abfallwirtschaft

Unter dem Vorsitz des Klagenfurter Vizebürgermeisters, Kurt PETERLE, befaßte sich der dritte Arbeitskreis mit der Abfallwirtschaft. Dipl.-Ing. Dr. Peter Thomas RUGGENTHALER stellte die Sonderabfallentsorgung am Beispiel der Entsorgungsbetriebe Simmering dar, der einzigen in Österreich existierenden Sondermüllbehandlungsanlage. Die Stadt Wien hat vor nahezu zehn Jahren mit der Errichtung der Entsorgungsbetriebe Simmering eine Pionierleistung zur Verarbeitung des Sonderabfalls in Österreich erbracht. Nur durch eine funktionierende Abfalllogistik (Mengen- und

Forts. von Blatt 791

Forts. auf Blatt 793

Schadstofffassung, Zeitpläne, Analytik, Begleitende Kontrolle) und einen optimierten Betrieb ist es möglich, die derzeitige Kapazität von 60.000 Tonnen im Jahr optimal zu nützen. Die Klärschlammwässerung und -verbrennung wurde in den letzten zwei Jahren durch neue Zentrifugen, Öleinsparung und Anhebung der Verbrennungskapazität wirkungsvoll verbessert. Alle Rauchgase werden in einer vierstufigen Naßwäsche gereinigt, wobei für die Emissionen Grenzwerte eingehalten werden, die Modellcharakter für Anlagen dieser Art haben. Die Verbrennungsrückstände stellen deponiefähige Produkte dar, wobei hier auch noch Verfahren zur weiteren Nutzung der Rückstände in Entwicklung sind. Durch die permanente Innovation in den Verfahren und Anlagen der EBS wird die Funktion dieses Entsorgungsbetriebes als umweltverbesserndes und nicht umweltbelastendes Unternehmen garantiert.

Mag. Christoph SCHARFF von der Wirtschaftsuniversität Wien sagte, die Abfallwirtschaft stehe heute durch eine Reihe neuer, zum Teil recht fortschrittlicher Gesetze vor einem Generationswechsel. Der Bewußtseinsstand habe sich in der Bevölkerung und in den Gebietskörperschaften stark verbessert. Die tägliche Praxis hinke dem aber leider oftmals hinterher: Abfallvermeidung sei ein Schlagwort ohne gesetzliche Basis. Die Abfallverwertung werde jedoch als Beitrag zur Entsorgung anerkannt. Altlastenerhebung und -sanierung seien heute noch die Ausnahmen. Der unzureichende Zustand der Deponie schaffe aber heute die Altlastenprobleme der Zukunft. Eine kurzsichtige Verhinderungspolitik gegen neue Abfallbehandlungsanlagen und Sondermülldeponien zementiere einen gefährlichen status quo. Musteranlagen sollten eine verantwortungsvolle und umweltkonforme Entsorgung demonstrieren. Notwendig sei es, wieder Vertrauen in die Problemlösungskapazitäten der Gemeinden und in die Sorgfalt der Aufsichtsbehörden zu schaffen.

Die Entscheidung über Entsorgungs- und -verwertungsmethoden werde vielfach auf Gemeinden abgeschoben, die dann mit der Lösung überregionaler Probleme konfrontiert werden, stellte der Grazer Stadtrat Dipl.-Ing. Klaus GARTLER fest. Sinnvolle Lösungen werden durch das stark negativ besetzte Image der Abfallwirtschaft erschwert. Ein wichtiger Lösungsansatz wäre ein Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes zur Schaffung einer neuen „Verpackungsphilosophie“, die in erster Linie auf die Zielsetzungen einer Kreislaufwirtschaft ausgerichtet sein sollte.

Bericht des Generalsekretärs

Der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK, wies in seinem Bericht darauf hin, daß der Österreichische Städtebund mit über 200 Mitgliedsgemeinden, in denen vier Millionen Menschen leben, mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung vertritt.

Neben der Stellungnahme zu tagespolitischen Fragen werde der Städtebund in Hinkunft noch stärker als bisher auf langfristige Probleme eingehen, die für die Gemeinden von Bedeutung sind, kündigte Pramböck an. Tiefgreifende Auswirkungen auf die kommunalen Aufgaben wird die Tatsache haben, daß in den nächsten 25 Jahren der Anteil junger Menschen deutlich zurückgehen und die Zahl der über 60jährigen noch stärker ansteigen werde. Das werde bei der gegebenen Finanzknappheit viele innovative Ansätze in der Kommunalpolitik erfordern, um die zu erwartenden negativen Auswirkungen zu minimieren.

Pramböck kündigte weiters die Bildung eines Wirtschaftsausschusses, die Ausarbeitung von zukunftsorientierten Unterlagen über Altenhilfe und eine Informationsveranstaltung über die Auswirkungen der Teilnahme Österreichs am gemeinsamen Binnenmarkt der EG auf die Gemeinden an.

Forts. von Blatt 792

Forts. auf Blatt 794

Zur Finanzsituation der Gemeinden stellte Pramböck fest, daß deren Anteil am gesamten Abgabenertrag von 13 Prozent in den 70er Jahren auf 11,5 Prozent Mitte der 80er Jahre gesunken sei. Die Einkommenssteuerreform 1986 habe die Gemeinden alleine mit 1,6 Milliarden Schilling belastet, durch die Neuregelung der Grunderwerbssteuer werden die Gemeinden 1987 und 1988 zusammen etwa eine Milliarde Schilling an Einnahmen verlieren. Der Österreichische Städtebund fordere daher, daß zur finanziellen Absicherung der Gemeindeautonomie die Gemeinden aus der Steuerreform nicht überdurchschnittlich belastet werden dürfen, und daß Mindereinnahmen aus der Steuerreform im Zuge des Finanzausgleiches wieder auszugleichen sind.

Großes Augenmerk wäre der finanziellen Absicherung der Gemeindeautonomie durch die Erhaltung und den Ausbau der Gemeindeabgaben, die 1986 24 Milliarden Schilling und damit rund 40 Prozent der Steuereinnahmen der Gemeinden ausmachten, zu widmen.

„Bei allen finanziellen Forderungen müssen die Gemeinden mit Nachdruck bemüht sein, die ihnen gestellten Aufgaben sparsam, zweckmäßig und wirtschaftlich durchzuführen, um diese Forderungen auch zu rechtfertigen“, stellte Generalsekretär Dr. Pramböck abschließend fest. (Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 793

Verkehrsumleitung in Breitenlee

Wien, 28.4. (RK-LOKAL) Ab kommenden Montag, den 2. Mai, sind im 22. Bezirk im Bereich von Breitenlee wegen des Baues eines Straßenkanals entsprechende Verkehrsmaßnahmen erforderlich: Während der bis in den Oktober dauernden Bauarbeiten wird die Breitenleer Straße ab der Süßenbrunner Straße stadtauswärts als Einbahn geführt. Der stadteinwärts fließende Verkehr wird über die Leandergasse, den Rautenweg und die Süßenbrunner Straße zurück zur Breitenleer Straße geleitet. (Schluß) pz/bs

Petrik: Zustand der Wiener Bundesschulen Ist katastrophal

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Auf rund drei Milliarden Schilling bezifferte der Vizepräsident des Wiener Stadtschulrates, ÖVP-Landtagsabgeordneter Dr. Wolfgang PETRIK, den Sanierungsaufwand für die Wiener Bundesschulen. Einige der 70 Schulgebäude, so Petrik, befinden sich in einem katastrophalen Bauzustand. Ein moderner Unterricht sei dadurch oftmals nicht mehr realisierbar. Es gäbe immer noch Wanderklassen; Turnsäle und Funktionsräume fehlen.

Petrik forderte eine „Schulerneuerungswelle“ und die Ausarbeitung eines gemeinsamen Schulentwicklungskonzeptes. Als ersten Schritt sollte der Wiener Landtag ein derartiges Konzept erstellen und als Forderung an die Bundesregierung beschließen.

Veränderung der Schulpolitik

Da die pädagogischen Erfordernisse zwischen den Ballungsräumen und dem Flachland unterschiedlich sind, sprach sich Petrik für eine Veränderung der Schulpolitik aus. In Wien gingen etwa 55 Prozent der Kinder in die Unterstufe der AHS, in manchen Bezirken bis zu 80 Prozent, während im Bundesdurchschnitt knapp 25 Prozent der Kinder die AHS-Unterstufe besuchen. Auch die Schulen selbst sollten mit mehr Autonomie ausgestattet werden. In diesem Zusammenhang kritisierte der Vizepräsident des Stadtschulrates auch die starke Bürokratisierung der Schulverwaltung. (Schluß)
fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 29. April 1988

Blatt 797

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neue Telefonnummer der Wiener Verkehrsbetriebe (798)
- Neue Telefonnummer der Rettungszentrale (798)
- Änderungen bei der Einzelwohnungsverbesserung (799)
- Terminvorschau vom 2. bis 12. Mai (800/801)
- Nun erstmals verdorbenes Olivenöl entdeckt (802)
- Zweites verdorbenes Olivenöl (802)
- Umfangreiche Kanalbauten in Hirschstetten (803)
- Österreichs erster „mobiler Computertomograph“ (804/805)
- 38. Österreichischer Städtetag in Innsbruck (806-808)
- Matzenauer: Schulentwicklungsprogramm des Stadtschulrates (809)
- FPÖ kritisiert Zivilschutzmaßnahmen der Stadtverwaltung (810)
- Wien ist auf dem Gebiet des Zivilschutzes aktiv (810)
- Sommerbäder öffnen erst am 2. Mai (nur FS/28.4.)
- Öffentliche Verkehrsmittel am 1. Mai (nur FS)
- Nächste Woche Verkehrsbeschränkung auf der Linie „J“ (nur FS)
- Revisionsarbeiten in der Hauptkläranlage (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (798)

Neue Telefonnummer der Wiener Verkehrsbetriebe

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Die Telefonnummer der Wiener Verkehrsbetriebe (1041 Wien, Favoritenstraße 9-11) wird mit 1. Mai 1988 geändert. Die neue Nummer lautet 501 30-0. Die Durchwahlnummern bleiben gleich. (Schluß) roh/gg

Neue Telefonnummer der Rettungszentrale

Notruf bleibt gleich

Wien, 29.4. (RK-LOKAL) Die Zentrale des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien in der Radetzkystraße hat ab sofort eine neue Telefonnummer: 7 11 19. Die Nummern der Nebenstellen bleiben gleich und können durchgewählt werden. Ist die Nummer der Nebenstelle nicht bekannt, muß man 0 wählen. Die Kurznummer des Rettungs-Notrufes bleibt gleich: 144. (Schluß) sc/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf

Wien, 29.4. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 4. Mai, findet um 17 Uhr im Festsaal der Bezirksvorstehung 6, Amerlingstraße 11, eine Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Hernals

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Hernals findet am kommenden Mittwoch, dem 4. Mai, um 16 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 17, Elterleinplatz 14, 1. Stock, statt. (Schluß) red/rr

Änderung bei der Einzelwohnungsverbesserung

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Die Förderung der Einzelwohnungsverbesserung in Wien wird nun effizienter. Jährlich nehmen über 12.000 Wiener Haushalte diese Förderung in Anspruch, um damit Verbesserungsarbeiten in ihren Wohnungen im Wert von rund 1 Milliarde Schilling zu finanzieren. Weil dabei zunehmend auch Maßnahmen gefördert wurden, die nur eine Modernisierung bereits gut ausgestatteter Wohnungen bedeuteten, wird die Förderung nun geändert.

Künftig wird nur mehr der Neueinbau (bisher auch der Umbau) eines Bades, eines WC, einer Heizungsanlage, von Kücheninstallationen, von Wasser-, Strom- oder Gasleitungen gefördert.

Der Förderungswerber sollte künftig mit 120.000 Schilling Baukosten (bisher 150.000 Schilling) auskommen. Alles was darüber liegt, wird nicht gefördert. Ein Wohnungsinhaber kann daher künftig bis zu dieser Obergrenze für jeweils eine Wohnung einmal innerhalb von 10 Jahren um Förderung von Verbesserungsmaßnahmen ansuchen. Ausgenommen von dieser Obergrenze sind Substandardwohnungen und Wohnungszusammenlegungen.

Für Wohnungen mit einer Nutzfläche von unter 22 Quadratmetern wird keine Förderung mehr gewährt, damit derartige Wohnungen bei einer Weitervermietung nicht zu teuer werden. Für Wohnungen mit einer Nutzfläche von 22 bis 40 Quadratmetern wird eine Förderung gewährt, wenn die Baukosten 2.000 Schilling pro Quadratmeter nicht übersteigen. Für Darlehen, die zum Einbau von Fenstern aufgenommen werden, wird keine Landesbürgschaft mehr gewährt. Und schließlich muß der Förderungswerber künftig mit einem Selbstbehalt von 5 Prozent der Baukosten rechnen.

Die neuen Förderungsrichtlinien gelten ab sofort. Die Kreditinstitute wurden auf diese neuen Richtlinien bereits hingewiesen, sodaß eine entsprechende Beratung erfolgen kann. Informationen erteilt auch die Informationsstelle für Wohnungsverbesserung der Magistratsabteilung 50 (1, Rathausstraße 2, 1. Stock, Tel. 42 800/3341, 3359). (Schluß) ah/bs

Terminvorschau vom 2. bis 12. Mai

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 2. bis 12. Mai hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 2. MAI:

11.00 Uhr, Pressetermin für Aktion Stephansdom („Grundsteinlegung“ für Dommodell aus Spielbausteinen) (Stephansplatz)

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

16.30 Uhr, Pressekonferenz Festwochen „Klangtheater“ (Messepalast)

DIENSTAG, 3. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an o. Hochschulprof. Joannis Avramidis, Prof. Paul Badura-Skoda und o. Univ.-Prof. Dr. Erich Mittenecker (Stein. Saal, Rathaus)

MITTWOCH, 4. MAI:

11.30 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal „40 Jahre Landesjugendreferat“ (PID)

14.30 Uhr, Ehrenzeichenübergabe durch Bgm. Zilk an Serge Sabarsky (Arb.-Zi, Bgm.)

DONNERSTAG, 5. MAI:

9.00 Uhr, Symposion: „Der Wiener Weg in der Heimerziehung“ mit Vbgm. Smejkal (Wappensaal)

10.30 Uhr, Pressekonferenz Gürtelausstellung mit Bgm. Zilk, StR. Salla-berger (Foyer, Stadthalle)

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

12.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Univ.-Prof. Dr. Kurt Freisitzer, Univ.-Prof. Dipl. Arch. Dr. Jakob Maurer und Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Thomas Sieverts (Wiener Stadthalle, Foyer)

FREITAG, 6. MAI:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung

10.00 Uhr, Pressekonferenz „1 Jahr Aktion: Rettet den Steffl“ mit Erzbischof Groer, Bgm. Zilk (Stephansdom)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur

SAMSTAG, 7. MAI:

20.45 Uhr, Festwocheneröffnung auf dem Rathausplatz

MONTAG, 9. MAI:

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Komm. Rat Ing. Karl Dittrich (Arb.-Zi., Bgm.)

DIENSTAG, 10. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

MITTWOCH, 11. MAI:

11.00 Uhr, Angelobung der Wehrmänner der Garnison Wien, Bgm.Zilk und der Militärkommandant von Wien (Rathausplatz)

12.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Kammersänger Giuseppe Taddei (Roter Salon, Rathaus)

DONNERSTAG, 12. MAI:

ab 9.00 Uhr, Nationaler Radwandertag, Start: Salztorbrücke (Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 800

Nun erstmals verdorbenes Olivenöl entdeckt

Wien, 29.4. (RK-LOKAL) Bei den Untersuchungen von Olivenöl auf Rückstände von Perchloräthylen (PER) bzw. Trichloräthylen (TRI) wurde nun erstmals ein verdorbenes Olivenöl (mit Werten über 0,1 Milligramm) entdeckt: Bei einer vom Marktamt gezogenen und von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt des Bundes kontrollierten Probe des „Huile d' olive virgin extra“ der französischen Firma PUGET, Charge 2557 mit Ablaufdatum 3/89, wurden 0,6 Milligramm PER und 0,12 Milligramm TRI festgestellt. Das Öl wurde beim Importeur beschlagnahmt und aus den Geschäften zurückgezogen. (Schluß) hrs/rr

Zweites verdorbenes Olivenöl

Wien, 29.4. (RK-LOKAL) Auch bei Olivenöl der Firma Meinl mit der Bezeichnung „kalt gepreßtes Olivenöl“ in einer 0,35-Liter-Flasche mit Ablaufdatum 12/88 wurde nun von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt des Bundes 0,24 Milligramm PER gefunden. Das Öl ist damit verdorben und wird von der Firma aus dem Verkehr gezogen. (Schluß) hrs/gg

Umfangreiche Kanalbauten in Hirschstetten

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich der Stadtrand-Siedlung in Hirschstetten im 22. Bezirk sind wegen des Baues eines Straßenkanals umfangreiche Arbeiten in mehreren Straßenzügen sowie die Umleitung der Autobuslinie „95 B“ notwendig. Die Gesamtdauer dieser am Montag, dem 2. Mai, beginnenden Bauarbeiten beträgt rund 10 Monate.

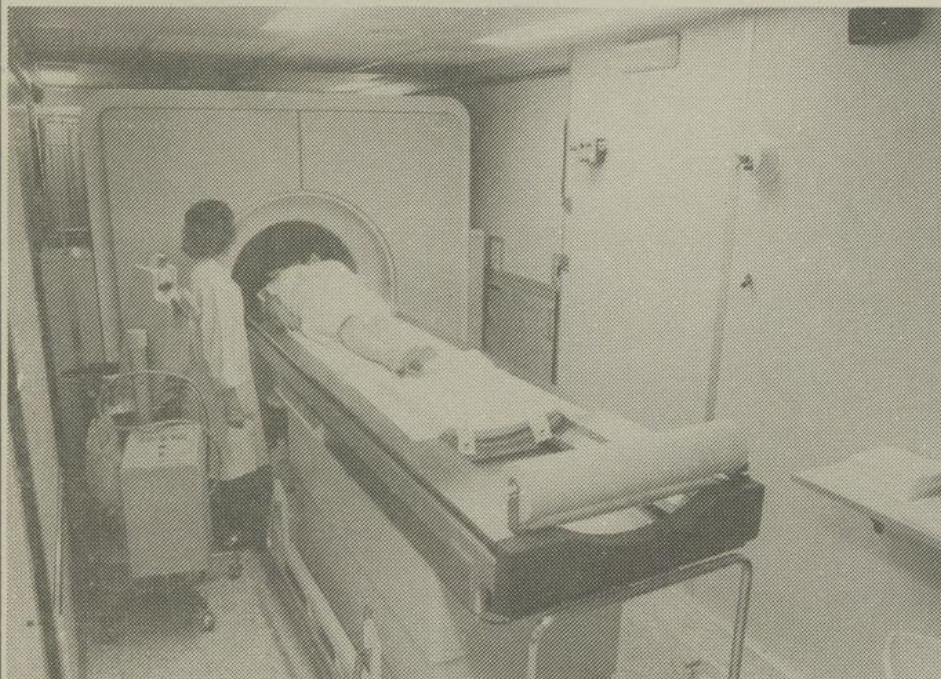
Die betroffenen Straßenzüge sind: Hausfeldstraße, Portheimgasse, Quadenstraße, Schneebeerengasse, Vogelbeerengasse, Mehlbeerengasse, Kaspargasse, Gugliagasse, Stemolakgasse, Am Heidjöchl.

Die Arbeiten erfolgen unter Festlegung einer Einbahn mit einer 3,5 Meter breiten Restfahrbahn in der Hausfeldstraße von der Portheimgasse bis und in Richtung Am Heidjöchl. Die Umleitung des Gegenverkehrs erfolgt über die Strecke Hausfeldgasse — Am Heidjöchl — Quadenstraße — Hausfeldstraße. Die Autobuslinie „95 B“ fährt für die Dauer der anschließenden Bauphase in der Portheimgasse (Sperrung) über Quadenstraße — Am Heidjöchl — Hausfeldstraße. Die Bushaltestelle wird nach Hausfeldstraße Nummer 58 bis 60 verlegt. (Schluß) pz/rr

Österreichs erster „mobiler Computertomograph“

Computertomograph für Franz-Josef-Spital

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Im Zentralröntgeninstitut des Franz-Josef-Spitals (Vorstand Univ.-Prof. Dr. Konrad BREZINA) wurde vor kurzem Österreichs erster „mobiler Computertomograph“ in Betrieb genommen. Das von der Firma Siemens entwickelte Gerät ist in einem von der Firma Steyr Daimler Puch konstruierten Container untergebracht, der an das Gebäude des Zentralröntgeninstitutes „angekoppelt“ wurde. Bei dieser neuen Einrichtung handelt es sich um die erste „mobile“ Anlage dieser Art in Österreich. Mit der Installierung des neuen CT wurde einem dringenden Bedarf entsprochen, da die Patienten des Franz-Josef-Spitals bisher zu CT-Untersuchungen in andere Krankenhäuser gebracht werden mußten. Freitag wurde die neue Anlage von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegesprächs vorgestellt.



Der CT im Container

Bei dem neuen Gerät Somatom DRH handelt es sich um eine Anlage der letzten Generation, die von der Firma Siemens entwickelt und erzeugt wurde. Die Kosten beliefen sich inklusive des Containers auf insgesamt 17 Millionen Schilling. Der Container ist so konstruiert, daß er mit einem Sattelschlepper von Krankenhaus zu Krankenhaus geführt werden könnte, womit die Möglichkeit besteht, mehrere kleine Krankenhäuser mit einem solchen Gerät zu versorgen. Im Franz-Josef-Spital wird er allerdings stationär verwendet und ist über einen gedeckten Zugang durch einen Zwischencontainer an den Wartebereich des Zentralröntgeninstitutes angeschlossen. Der Vorteil dieser für Österreich vollkommen neuen Entwicklung besteht vor allem darin, daß fast keine baulichen Veränderungen notwendig waren. So konnte das Gerät außerhalb des Krankenhauses fertig montiert und betriebsbereit an das Zentralröntgeninstitut „angedockt“ werden. Mit nur zwölf Metern Länge ist sein Platzbedarf relativ gering. In den Vereinigten Staaten stehen gegenwärtig 600 solcher mobiler CT-Einheiten im Einsatz.

Steigende Patientenfrequenz

Univ.-Prof. Dr. Brezina wies im Rahmen des Pressegesprächs auf die in den letzten Jahren erfolgte Ausweitung der Diagnostikmöglichkeiten und

auf die damit verbundene Patientenfrequenz des Zentralröntgeninstitutes hin. So hat diese etwa im Bereich der Strahlentherapie in den letzten zehn Jahren um mehr als 35 Prozent zugenommen. Bei der Diagnostik stieg die Patientenfrequenz von 30.000 im Jahre 1977 auf 44.000 im Jahre 1987, also um 50 Prozent. Die Zahl der Untersuchungen hat sich in diesem Zeitraum mit 85.000 mehr als verdoppelt. Das diagnostische Leistungsangebot ist überaus umfangreich und umfaßt neben den konventionellen Röntgenuntersuchungen, allein 9.000 Ultraschalluntersuchungen pro Jahr. Zu den weiteren Schwerpunkten zählen auch die Frühdiagnostik des Brustkrebses, die Gefäßdiagnostik und die Gefäßerweiterungsbehandlung (Dilatation). Dazu kommen noch rund 1.100 Untersuchungen der Hals-, Nasen- und Ohrenerkrankungen, der Schilddrüse, der Hoden, sowie rheumatischer und sporttraumatischer Veränderungen.

Weltweit 10.700 CT-Einheiten

Weltweit stehen gegenwärtig rund 10.700 CT-Einheiten im Einsatz. In der BRD sind es 700. In Österreich 51, in Wien 19 — davon befinden sich in den städtischen Krankenanstalten insgesamt 9 (inklusive des neuen CT im Franz-Josef-Spital). Was den weiteren Bedarf an CT-Geräten betrifft, so wird dieser weltweit mit jährlich 2.000 Geräten angegeben.

1 Million Meßdaten

Der neue Computertomograph, der eine besonders schonende Untersuchung ermöglicht, sammelt über den Patienten rund eine Million Meßdaten und errechnet daraus die unterschiedliche Dichte der einzelnen Organe. Im Gegensatz zum Röntgenbild sind auch die geringsten Unterschiede nachweisbar. Diese verbesserten Diagnosemöglichkeiten bilden eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgversprechende Behandlung. So können in wenigen Minuten das Schnittbild am Monitor beurteilt und danach die weiteren, notwendigen Schnitte programmiert werden. Entsprechend der Fragestellung sind insgesamt vier Schnittbilder pro Minute möglich. Sämtliche Untersuchungen sind außerdem auf einer Laserplatte digital gespeichert und können von dort immer wieder abgerufen werden.

Messung von Knochen und Gewebe

Darüber hinaus ist es mit dem neuen Computertomographen aber auch möglich, Lunge oder Knochen sowie verschiedene Weichteilgewebe, wobei Veränderungen von wenigen Millimetern sichtbar gemacht werden können, zu untersuchen. Ein Spezialprogramm ermöglicht es außerdem, auch den Mineralgehalt des Knochens zu messen, womit eine Früherkennung der Osteoporose möglich ist. (Schluß) zi/gg

Forts. von Blatt 804

38. österreichischer Städtetag in Innsbruck

Resolution: Besorgnis über atomare Anlagen

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Der 38. Österreichische Städtetag, der sich in den letzten beiden Tagen ausführlich mit „Stadt und Umwelt“ beschäftigte, hat Freitag eine Resolution zu diesem Thema beschlossen. In ihr wird einleitend darauf hingewiesen, daß die österreichischen Gemeinden zu den größten Investoren auf dem Gebiet des Umweltschutzes gehören. Neue Aufgaben werden auf diesem Gebiet auch in Zukunft große finanzielle Mittel erfordern.

Der Städtetag gibt in seiner Resolution seiner „großen Besorgnis“ darüber Ausdruck, daß durch den Bestand vieler atomarer Anlagen in der unmittelbaren Umgebung Österreichs Gesundheit und Sicherheit der österreichischen Bevölkerung gefährdet seien. Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um potentielle Gefahren für die österreichische Bevölkerung auf ein Minimum zu beschränken.

Als wichtige Aufgaben zur Verbesserung der Qualität des öffentlichen Raumes in den Städten bezeichnet der Städtetag regulierende Maßnahmen für den Individualverkehr, Maßnahmen zur Sicherung von Grünflächen für die Naherholung und leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel. So sollte laut Städtebund im Rahmen der von den Ländern neu zu gestaltenden Wohnbauförderung die Chance genutzt werden, ausreichende Beträge für Erneuerungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Die im Bundesbudget verfügte Kürzung von Mitteln aus der Nahverkehrsmilliarde bezeichnet der Städtetag als umwelt- und verkehrspolitisch verfehlt und fordert ihre Rückgängigmachung. Straßenbaumittel sollten auch vermehrt zu Begleitmaßnahmen wie Begrünung oder Schallschutz sowie für Rückbaumaßnahmen und Garagenbau eingesetzt werden.

Forderungen zur Luftreinhaltung

Auf dem Gebiet der Luftreinhaltung hält der Österreichische Städtetag weitere Maßnahmen für dringend erforderlich. So wird eine weitere Reduktion verkehrsbedingter Abgase durch den nachträglichen Einbau von Einweg-Katalysatoren und durch die Erlassung von Tempolimits für nicht umgerüstete Fahrzeuge gefordert. Weiters verlangt wird die Herabsetzung der Emissionsgrenzwerte nach dem Dampfkessel-Emissionsgesetz, die Vereinheitlichung des Umweltschutzrechtes mit Parteistellung der Gemeinden, die Förderung des forcierten Ausbaus der Fernwärme, die Einbeziehung von Maßnahmen der Gemeinden in die Förderung aus dem Umweltfonds sowie die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung des Umweltfonds durch den Bund. In Anbetracht der besonderen Bedeutung Österreichs als Transitland wird die Österreichische Bundesregierung aufgefordert, bei der Annäherung an die Europäische Gemeinschaft die Angleichung der Abgasvorschriften an die strengeren österreichischen und schweizer Regelungen mit Nachdruck zu verlangen.

Lärmschutz

Der Lärm wird als eine besonders konzentrierte Umweltbelastung im städtischen Lebensraum bezeichnet. Zur wirksamen Verbesserung der Lärmsituation fordert der Städtetag eine Reduzierung der Emissionsgrenzwerte für Lärm, Regelungen zur Begrenzung der Fahrgeschwindigkeit für alle Fahrzeuge und ein Fahrverbot für Lastfahrzeuge während der Nachtstunden. Weiters wird ein weiterer Einsatz von Bundes- und Landesmitteln für einen verstärkten Lärmschutz von Wohnungen an verkehrsreichen Straßen sowie die nachträgliche Errichtung von Lärmschutzeinrichtungen an Eisenbahnstrecken verlangt. Verstärkte Maßnahmen zur Verlage-

zung des Güterfernverkehrs und des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene und für den Straßenrückbau sowie die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen beim Ausbau von Bundes- und Landesstraßen werden urgirt.

In die Bereiche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung haben die Gemeinden schon Milliardenbeträge investiert. Das Ausbauprogramm kann jedoch keineswegs als abgeschlossen angesehen werden. Der Städtetag fordert deshalb den Bund und die Länder auf, die erforderlichen Finanzierungsmittel bereitzustellen. Auf Grund des Engagements der Gemeinden wird ein Mitspracherecht bei der Vergabe der Mittel des Wasserwirtschaftsfonds gefordert.

Forderung nach modernem Abfallwirtschaftsgesetz

Einen Mangel an Bereitschaft, das Müllaufkommen in einem ursächlichen Zusammenhang mit Produktion und Konsum zu sehen, konstatiert der Städtetag bezüglich der Abfallproblematik. Deshalb wird die rasche Beschlußfassung eines modernen Abfallwirtschaftsgesetzes gefordert. Dieses sollte als Schwerpunkte die Müllvermeidung und -wiederverwertung, die Verpflichtung der Einführung von Pfand- und Recyclingsystemen und das Verbot bestimmter Produkte wie halogenisierter Kohlenwasserstoffe oder PVC enthalten.

Zur Lösung des Müllproblems wären laut Städtetag auch folgende Maßnahmen angebracht: eine Sicherstellung der Vermarktungsmöglichkeiten von Altstoffen aus der getrennten Müllsammlung, die Förderung von zentralen Anlagen zum Recycling, zur Kompostierung, zur thermischen Nutzung und zur Deponierung von Reststoffen, die Errichtung einer weiteren Sonderabfallbehandlungsanlage nach den EBS für Österreich und von Sonderabfalldeponien sowie die Schaffung einer bundesgesetzlichen Regelung zur österreichweiten Untersuchung und Sanierung von Altlasten. Dafür sollte ein Fonds geschaffen werden, der durch die Verursacher finanziert wird.

Häupl: Umweltpolitik zwischen Grundkonsens und Konflikt

Sollen im Umweltschutzbereich, etwa beim nachträglichen Einbau von Katalysatoren, jene gefördert werden, die freiwillig mittun, oder soll es eine „Bestrafung“ über Steuern oder Tempolimit der „Umweltsünder“ geben? Dies war eine der zentralen Fragen des Referates von Wiens Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL vor dem Städtetag in Innsbruck.

Häupl bezeichnete eingangs die Kommunen als Ausgangspunkte der ökologischen Diskussion. In den Zielkonflikten wie Umwelt, Verkehr oder Umwelt-Wohnen gebe es bereits einen gesellschaftlichen Grundkonsens, bei Einzelfragen wie etwa dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs komme es aber zu gesellschaftlichen Konflikten.

Häupl forderte die Beseitigung der Asymetrie zwischen dem „reparierenden“ und dem „prophylaktischen“ Umweltschutz. Ersterer ist noch immer der dominierende, wohingegen der prophylaktische Umweltschutz große Innovations- und Entwicklungschancen für die österreichische Wirtschaft beinhaltet.

Eine „verbraucherseitige“ Energiepolitik, in der das Energiesparen eine dominierende Rolle spiele, sollte vom Bund im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages an die EVUS überdacht werden, sagte Häupl.

Bezüglich der Abfallwirtschaft stellte Häupl fest, die traditionellen Depo- nien und die international verstärkt eingesetzten Müllverbrennungsanlagen würden angesichts der steigenden Abfallmengen nicht mehr ausreichen. Neue Konzepte müßten vor allem die Abfallvermeidung, die Abfalltrennung und die Abfallverwertung berücksichtigen. Bei der Abfalltrennung halte er einen Grad von 20 bis 30 Prozent für realistisch, der Auf-

Forts. von Blatt 806

Forts. auf Blatt 808

bau eines Altstoffmarktes wäre erforderlich. Bei der Abfallverwertung sollte die energetische Nutzung unter Berücksichtigung aller umwelttechnischen Voraussetzungen im Vordergrund stehen. Häupl bezeichnete in diesem Zusammenhang ein Bundesabfallwirtschaftsgesetz und ein Sonderabfallgesetz, das Handhabe gegen den „Mülltourismus“ bieten müßte, für dringend erforderlich.

Im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung bezeichnete Häupl auch Nachrüstkatalysatoren als wesentlichen Beitrag. Hier sollte überlegt werden, ob nicht nur Förderungen, sondern im Gegensatz dazu Abgaben für katalysatorlose Autos oder differenzierte Tempolimits sinnvoll wären. Generell sollte eine ernsthafte Diskussion über die Finanzsteuerung in der Umweltpolitik hinsichtlich Förderung oder Besteuerung einsetzen. Abschließend verlangte Häupl eine schnelle gesetzliche Regelung der Umweltverträglichkeitsprüfung, wie sie in der EG bevorstehe.

Flemming: einiges schon erreicht

Bundesminister Dr. Marilies FLEMMING bezeichnete den Umweltschutz als großes Anliegen der Bundesregierung. Es sei schon einiges erreicht worden, so ein Chemikaliengesetz, ein Smogalarmgesetz mit den strengsten Grenzwerten Europas und eine Immissionsschutzvereinbarung der Länder, eine Novelle zum Dampfkesselmissionsgesetz sei in parlamentarischer Behandlung, sie würde einen Investitionsschub von rund 12 Milliarden Schilling auslösen. Ein echtes Luftreinhaltungsgesetz solle folgen.

Die SO₂-Emissionen konnten mit einer Reduzierung von 60 Prozent schon hinter den Stand von 1950 zurückgedrängt werden. Das hat allerdings nur eine Reduktion der Immissionen um rund 25 Prozent bewirkt. Deshalb sei eine intensive Umweltaußenpolitik erforderlich. Sie werde bereits betrieben über intensive Kontakte mit der EG, der Schweiz, der DDR, Ungarn und Polen.

Hinsichtlich der Energiepolitik erklärte sich Flemming mit Stadtrat Häupl einverstanden. Flemming verlangte wiederum Tempolimits für Autos ohne Katalysator, was sie mehr als Druckmittel für das Umrüsten als zur momentanen Schadstoffreduzierung erforderlich bezeichnete.

Zur Abfallwirtschaft stellte Flemming fest, daß es keine einzige Sondermülldeponie in Österreich gebe, jedoch 400.000 Tonnen Überwachungsbedürftiger Sondermüll im Jahr anfiel, von dem man zum Großteil nicht weiß, wo er hingehet. Keine Lösung sei der Transport ins Ausland, Flemming forderte in diesem Zusammenhang ein Ende des „Mülltourismus“. In Österreich gebe es 4.000 Zeitbomben an unsachgemäßen Deponien, die heute saniert werden müssen, da die Probleme im Gegensatz zu der Zeit, da die Deponien angelegt wurden, bekannt sind. Hier erhebesich die Frage der Finanzierung, weil oftmals die Verursacher nicht mehr bekannt sind oder die extrem hohen Kosten von bis zu einer Milliarde Schilling bei einer Deponie ohnehin nicht aufbringen können.

Die Zusammensetzung des Hausmülls habe sich in den letzten Jahren gefährlich geändert, der Verpackungsanteil sei auf 50 Prozent des Volumens gestiegen. 7.000 bis 10.000 Tonnen Problemstoffe, darunter 44 Millionen Batterien pro Jahr, sind im Hausmüll enthalten. Es werden aber 72 Prozent des Hausmülls noch immer direkt deponiert.

Die Novelle zum Sonderabfallgesetz ermögliche erstmals strenge Kontrollen, wie Stichproben von Transporten, und sehe eine Meldepflicht vor. Die Ein- und Ausfuhr von Sonderabfall könne damit in Zukunft genau überwacht werden, sagte Flemming. (Schluß) roh/bs/rr

Forts. von Blatt 807

Matzenauer: Schulentwicklungsprogramm des Stadtschulrates

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) „Es ist erfreulich, daß nun auch der Vizepräsident des Wiener Stadtschulrates, ÖVP-Gemeinderat Dr. Wolfgang PETRIK, zur Kenntnis genommen hat, daß einige Bundesschulgebäude in Wien dringend generalsaniert werden müssen“, erklärte der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Zu der Forderung nach einem „konsensualen Schulentwicklungskonzept“ sei anzumerken, daß es bereits seit Anfang der achtziger Jahre ein Schulentwicklungsprogramm des Stadtschulrates für Wien gibt, dessen Notwendigkeit vom Parlament bereits 1985 und 1987 bestätigt wurde. Auf die unverzügliche Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen wird seitens des Stadtschulrates für Wien genau geachtet werden, um sicherzustellen, daß in naher Zukunft keine Schule wegen Gefährdung der Schüler gesperrt werden muß.

Es sei schmerzhaft, feststellen zu müssen, daß pädagogische Modelle einer gerechten, humanen und demokratischen Schule immer wieder Gegenstand für parteipolitische Querelen sein müssen. Die pädagogische Überlegenheit von Gesamtschule und Ganztagschule gegenüber allen anderen Modellen sei auch von konservativen Pädagogen unbestritten. Im Bereich des Stadtschulrates für Wien sei es gelungen, innovative Akzente und zukunftsweisende Impulse zu setzen, schloß Prof. Matzenauer. (Schluß) wstr/gg

FPÖ kritisiert Zivilschutzmaßnahmen der Stadtverwaltung

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Kritik an den Zivilschutzmaßnahmen der Stadt Wien, zwei Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, übte am Freitag FP-Gemeinderat Hilmar KABAS in einem Pressegespräch. Kabas urgierte einen Schutzraumkataster und die Ausgestaltung geeigneter Baulichkeiten für Zivilschutzzwecke, die Erarbeitung eines Evakuierungsplanes für die Bevölkerung, einen Bevorratungsplan, die Ausweitung der Dekontaminationseinrichtungen und die Abhaltung regelmäßiger Katastrophenübungen. Nach Meinung von Gemeinderat Kabas könnte es in Wien, die Erstellung eines entsprechenden Konzeptes vorausgesetzt, innerhalb eines Zeitraumes von etwa 20 Jahren flächendeckend ausreichend Schutzräume für die Bevölkerung geben. Diese seien angesichts der Nähe Wiens zu ausländischen Kernkraftwerken besonders wichtig. Eine für den 1. Bezirk erstellte Studie hinsichtlich zivilschutztauglicher Räumlichkeiten liege wohl vor, sei aber nicht veröffentlicht worden. Trotz Ankündigungen sei auch noch nichts bekannt, wie weit die Wiener U-Bahn-Röhren für Zivilschutzzwecke nutzbar gemacht werden könnten, während diese Schutzmöglichkeit beispielsweise jetzt in München genützt werde. Alle Maßnahmen der Stadt Wien sollten sich auf einen Zivilschutzmaßnahmenkatalog stützen, der nach seiner Beschlußfassung durch den Gemeinderat schließlich als verbindlicher Leitfaden angewendet werden soll. In diesem Katalog müßten, so Kabas, die Maßnahmen terminisiert und in bezug auf die Kosten quantifiziert werden. (Schluß) and/gg

Wien ist auf dem Gebiet des Zivilschutzes aktiv

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Wien ist auf dem Gebiet des Zivilschutzes aktiv. Das erklärte Stadtrat Dr. Michael HÄUPL am Freitag im Zusammenhang mit einem Pressegespräch der Wiener FPÖ. Häupl stellte fest, daß an den von FPÖ-Gemeinderat Hilmar KABAS urgierten Maßnahmen seit längerem mit Nachdruck gearbeitet werde. Es sei allerdings bedauerlich, daß die Fragen des Zivilschutzes offenbar kein vordringliches Anliegen der Wiener Bevölkerung sind, da die von der Stadt Wien kostenlos angebotenen und vielfach beworbenen Zivilschutzkurse nur von einer verschwindenden Minderheit angenommen werden. Der von Kabas geforderte „Zivilschutzmaßnahmenkatalog“ sei in vielen Bereichen bereits durch die von der Stadt Wien gesetzten Maßnahmen vorhanden und werde ständig erneuert und überarbeitet. Von den Bezirken werden gegenwärtig, so Häupl ergänzend, in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Katastrophenschutzpläne erstellt. Sie werden auch Übersichten über aktivierbare Kräfte und Ressourcen enthalten.

Im Büro von Vizebürgermeister Ingrid Smejkal wurde zur Feststellung von Hilmar Kabas, in einem Haus der Begegnung seien radioaktiv strahlende Filter gelagert gewesen, erklärt: Diese Filter stammten aus Lüftungsanlagen der Häuser der Begegnung, waren in Kunststoff eingeschlossen und gaben, wie Messungen bewiesen, keine Strahlung nach außen ab. Inzwischen seien die Filter bereits zur Entsorgung nach Seibersdorf gebracht worden. (Schluß) and/gg



